

Stenographischer Bericht

7. Sitzung des steiermärkischen Landtages.

II. Periode.

28. April bis 9. Mai 1924.

Inhalt:

Personalien: Entsendung des Abg. Riemelmoser in den Gemeinde- und Verfassungsausschuß an Stelle Singl (79);

Abwesenheitsanzeige der Abg. Kaufmann (120), Aust (203), Pörtl, Steiner (261), Kiegler, Peintinger, Hornik und Dr. Kammerer (277).

Auflage: Beilage Nr. 41 und Verzeichnis Nr. 5 der schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, Zl. 185—188 (79), Beilage Nr. 46 (337).

Zuweisungen: Die schriftlichen Regierungsvorlagen und Anträge (79);

Rückziehung der Vorlage, E.-Zl. 188, betreffs Instandsetzung des Landhauses durch die Landesregierung (227).

Verhandlungen: Bericht des Finanzausschusses über Beilage Nr. 15, Landesvoranschlag für 1924 (Beilage Nr. 41). — Allgemeine Erörterung. — Hauptberichterstatter Spak (82). — Redner: Prijsching (84), Refel (86 und 160), Wallisch (95, 99 und 332), Winkler (103), Dr. Süßler (121 und 216), Gföller (126 und 323), Dr. Rintelen (135), Peintinger (137), Aust (138 und 140), Rosenwirth (151), Dr. Uhrer (163), Stameß (170), Hornik (178), Pichler (185 und 203), Wihany (214), Hartleb (219), Randler (228), Ruschak (232), Reichin (229 und 261), Dr. Oberegger (273), Wolf (277, 294 und 303), Huber (305), Oberzaucher (308 und 311), Tausk (314), Saringer (320), Zenz (328), Machold (340).

Anträge: Mikola, Zl. 195, betreffs Regelung des Fürsorgewesens (311).

Anfragen: Wolf, Tausk, Pörtl, Zl. 22, an den Landeshauptmann wegen Verleihung der Bundesbürgerchaft Erbs (79). — Dringliche Behandlung. — Begründung Wolf (80, 82). — Beantwortung Dr. Rintelen (81). — Redner: Pongraf (82);

Schreckenthal, Winkler, Zl. 23, an den Landeshauptmann in Angelegenheit der Heranziehung bäuerlicher Arbeitskräfte bei Bahnbauten (99);

Aust, Oberzaucher, Regner, Zl. 24, an den Landeshauptmann wegen einer Grundverteilung in Groß-Loßming. (103). — Dringliche Behandlung. — Begründung Aust (114). — Beantwortung Dr. Rintelen (117), Kiegler (117). — Redner: Oberzaucher (119), Aust (120);

Stameß, Oberzaucher, Reichin, Pichler, Zl. 25, an den Landeshauptmann wegen Änderung der Gemeindegrenzen Eggenberg—Gößling (140). — Dringliche Behandlung. — Begründung Stameß (167). — Beantwortung Dr. Rintelen (169);

Dr. Oberegger, Zl. 26, an den Landeshauptmann, betreffend die Mehrleistungen der Mittelschullehrer (169). — Dringliche Behandlung. — Begründung Dr. Oberegger (174). — Beantwortung Dr. Rintelen (174). — Redner Dr. Süßler (175);

Oberzaucher, Refel, Rosenwirth, Neumann, Zl. 27, an den Landeshauptmann wegen Beeinflussung von Bundesbeamten in dienstlichen Angelegenheiten (169). — Dringliche Behandlung. — Begründung Oberzaucher (175). — Beantwortung Dr. Rintelen (177). — Redner: Rosenwirth (177);

Pichler, Zl. 28, an den Landeshauptmann wegen Abrechnung der den Gemeinden gebührenden Abgabenertragsanteile (227). — Dringliche Behandlung. — Begründung Oberzaucher (227). — Beantwortung Dr. Rintelen (228);

Hartleb, Winkler, Schreckenthal, Zl. 29, an den Landeshauptmann wegen Belästigung bäuerlicher Besitzer durch Wiener Bankfirmen (277). — Dringliche Behandlung. — Begründung Hartleb (287). — Beantwortung Dr. Rintelen (288). — Redner: Schreckenthal (288), Winkler (289), Oberzaucher (290), Steiner (290), Refel (291);

Wallisch, Zl. 30, an den Landeshauptmann wegen einer Beschwerde gegen den Bürgermeister Johann Koller in Breitenau (277). — Dringliche Behandlung. — Begründung Wallisch (293). — Beantwortung Dr. Rintelen (293);

Sartrier, Wihany, Ferner, Zl. 31, an den Landeshauptmann, betreffend Einbrüche in Weingartenhäuser an der jugoslawischen Grenze (311);

Oberzaucher, Saringer, Reichin, Zl. 32, an den Landeshauptmann wegen der Delogierung von Wohnparteien aus den der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft gehörigen Dienstwohnungen (311). — Dringliche Behandlung. — Begründung Oberzaucher (337). — Beantwortung Dr. Rintelen (339). — Redner: Oberzaucher (339).

Präsident Kölbl eröffnet die Sitzung am 28. April um 4 Uhr 40 Minuten nachmittags.

Präsident: Ich stelle vorerst in loyaler Weise fest, daß in der letzten Sitzung bei der Abstimmung über den Antrag der Frau Abg. Tausk auf Eröffnung der Wechsellrede nach Beantwortung der Anfrage durch den Landeshauptmann von Seite des Präsidiums ein Irrtum unterlaufen ist, da nach der geänderten Geschäftsordnung dem Verlangen stattzugeben war, wenn zehn Abgeordnete dieses Verlangen unterstützen.

Es wird weiters mitgeteilt, daß in den Gemeinde- und Verfassungsausschuß der Herr Abg. Riemelmoser an Stelle des Abg. Singl entsendet wird.

Da kein Einspruch erhoben wird, betrachte ich diese Umstellung als genehmigt.

Aufgelegt wurde heute die Beilage Nr. 41 und das Verzeichnis Nr. 5 der schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge.

Zugewiesen werden wie folgt (verliest auch die Überschriften der einzelnen Vorlagen):

Einlaufzahl 185 und 188 dem Finanzausschuß;

Einlaufzahl 186 dem Eisenbahnausschuß, und

Einlaufzahl 187 dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß.

Hat jemand zu diesen Zuweisungen etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall.

Eingebracht wurde eine dringliche Anfrage der Abg. Wolf, Tausk, Pörtl und Genossen an den Landeshauptmann wegen Verleihung der Bundes-

bürgerschaft an den aus Österreich ausgewiesenen Erös.

Ich bringe diese dringliche Anfrage sofort zur Verhandlung und erteile zur Begründung Herrn Abg. Wolf das Wort.

Wolf: Hohes Haus! Aus der Presse konnten wir vor einigen Monaten entnehmen, daß in Wien wegen der Ausweisung des ungarischen Schiebers Erös großer Lärm geschlagen wurde. Die Ausweisung ist erfolgt, weil sich dieser ungarische Staatsbürger anlässlich der Regelung der Autoabgabe im Lande Wien eine insame Heße gestattet hat. Er hat Inserate in die Zeitungen gegeben, er hat alles getan, um dem Wiener Landtage Schwierigkeiten zu machen, nur um diese notwendige soziale Verfügung des Wiener Landtages in den Augen der Bevölkerung herabzusetzen, ja er hat geradezu zum Schwindel und zur Steuerhinterziehung aufgefördert. Sein Verhalten war darnach angetan, dem Lande Wien bedeutende Steuermittel zu entziehen und somit alle Wohlfahrts Einrichtungen im Lande Wien zu hemmen und zu gefährden. Seinen Schutz ließ er besonders den Reichen und Wohlhabenden angedeihen, also Leuten, die seinesgleichen waren, die sich in der Nachkriegszeit in einer Art und Weise bereichern konnten. Der Wiener Landtag mußte sich damit beschäftigen, und die Polizeidirektion Wien hat die Ausweisung des Erös beschlossen. Wir müssen zugeben, daß dieser Erös gewiß manche Qualitäten besaß, die bei einem größeren Teil der Bevölkerung, jenen Teil, der ein Einkommen ohne Arbeit besitzt, sehr begreiflich und schußbedürftig erschienen sind. Er hat sich ganz offen als Mitglied der Regierungspartei bekannt, er hat sich besonders in Adelsgesellschaften bewegt und sich dort wohl gefühlt, er hat den Schutz der Adelskreise für sich in Anspruch genommen, durch viele teure Inserate die Zeitungen für sich gewonnen und damit die betreffende Partei, die die Zeitungen für sich hat. Er hat also sicherlich manche Eigenschaften besessen, die es begreiflich erscheinen lassen, daß gegen die notwendige Ausweisung, gegen die Polizeidirektion Wien die bürgerlichen Parteien beinahe geschlossen den Schutz des Erös übernommen haben. In dem Presselärm, der damals entstanden ist, wurde betont, daß es sich um einen Ausländer handle und daß man Ausländern das Gastrecht gewähren müsse. Wir sind der Meinung, daß die Wiener richtig gehandelt hatten, wenn sie diesen unnützen Menschen, diesen Parasiten (Rufe: „Sehr richtig!“) das Asylrecht nicht gewährt haben, denn wir meinen, daß das Asylrecht wohl jedem politischen Emigranten gebühre, daß es aber nicht angeht, einen Menschen zu dulden, der sich in diesem Staate auf Kosten der Bevölkerung zu bereichern versucht, nicht nur sich selbst maßlos als Ausauger und Wucherer ausbreitet, sondern den Handel auch ausdehnt auf die übrigen Menschen und in seiner Propaganda feindselige Handlungen entfaltet. (Zwischenrufe.) Ein Rekurs des Erös wurde vom Wiener Landtage abgewiesen. Nun entnehme ich aus der Zeitung, daß die steirische Landesregierung mit einem Erlasse vom 13. März dem Erös die Bundesbürgerschaft verliehen hat, und wir hören weiter, daß die Gemeinde St. Kathrein am Hauenstein (Heiterkeit) ihm die Zu-

ständigkeit verliehen hat. (Zwischenruf: „Pfarrer Jenz als Schutzhengel der Juden!“) Wir glauben nun, daß Herr Erös sich wahrscheinlich nicht dauernd in St. Kathrein niederlassen, seinen Wohnsitz dort aufschlagen wird und dort kaum seine Geschäfte in der bisher üblichen Form wird abwickeln können. Wir sind der Meinung, daß die Landesregierung durch ihren Erlaß und die Gemeinde St. Kathrein am Hauenstein, welche dem Schieber Erös Unterschlupf gewährt, sich einer illoyalen Haltung gegenüber dem Wiener Landtage schuldig gemacht haben, ein Verhalten, das in diesem Staate zu den schwersten Störungen führen könnte, wenn eine Landesregierung gegen die andere einfach auftritt. Wir sind der Meinung, daß dies eine Frontmachung gegenüber dem Wiener Landtage ist, daß das rote Wien hier besonders getroffen werden sollte, da wir wiederholt die Beobachtung haben machen müssen, daß Länder, wo christlichsoziale Mehrheiten vorhanden sind, gegenüber Wien bei jeder Gelegenheit feindselig auftreten. Wir glauben, daß auch der Herr Landeshauptmann dieser Heimatrechtsverleihung nicht ganz fernsteht, weil wir ja wissen, daß Erös ein persönlich gut Bekannter des Herrn Seipel ist (Rufe: „Hört!“), und in seinem Auto zur Wahlzeit durch Steiermark gefahren ist (Widerspruch bei den Christlichsozialen), und wir wissen, daß der Herr Landeshauptmann von Steiermark immer bereit ist, dem Herrn Seipel als Parteifreund jede Gefälligkeit zu erweisen. Ich glaube, daß durch das Verhalten der Landesregierung das Ansehen des Landes nicht gefördert worden ist. Wir sind der Meinung, daß man von der Landesregierung verlangen kann, daß sie sich anderen Bundesländern gegenüber anständig und loyal verhält. Wenn wir also wissen, daß es sich um eine persönliche Gefälligkeit handelt, dann müssen wir schon fragen, ob wirklich das Mandat des Landeshauptmannes dazu da ist, um persönliche Gefälligkeiten gegen Seipel, gegen den christlichsozialen Parteimann, oder gegen einen ungarischen Schieberjuden auszuüben. Es ist merkwürdig, daß man in diesem Zusammenhange gezwungen ist, beide Herren, den Prälaten Seipel und den jüdischen Schieber Erös, in einem Atem zu nennen. Das kommt aber öfter vor. Wir sind nicht dafür, daß gerade Steiermark der Unterschlupf für ein ausbeuterisches Gefindel sein muß, welchem es beliebt, hier seinen Wohnsitz aufzuschlagen, eines Gefindels, dessen sich ein anderes Land entledigt hat, weil es den Schutz der Landesinteressen wahrzunehmen vermag. Wir glauben also, daß eine Aufklärung notwendig ist, wie es sich in dieser Sache verhält. Wir müssen schon aus dem Grunde Aufklärung verlangen, da ähnliche Fälle vielleicht in Zukunft noch verschleierter und noch vorsichtiger ins Werk gesetzt werden könnten. Wir wissen, daß unsere Anfrage nichts ändern wird an der Tendenz der jetzigen Regierungspartei, die darauf ausgeht, alles zu schätzen, was müßlos Geld erworben hat, aber wir müssen darauf dringen, daß Steiermark nicht das rückständige Land ist, nicht der Unterschlupf für alle jene Menschen, die in der Nachkriegszeit sich schamlos bereichern wollen. Ich glaube, daß es nicht in der Ordnung war, wenn es zutrifft, was wir aus den Zeitungen erfahren haben, daß der Landeshauptmann

die Bundesbürgerschaft an Erös verliehen hat. Aber ich frage, wieso gerade die Gemeinde St. Kathrein am Hauenstein dazukommt, wo der Herr Pfarrer Jenz dabei ist, dem Erös die Heimatzuständigkeit zu verleihen? Vielleicht, daß es dem Herrn Jenz bei seiner besonderen Betriebsamkeit gelingt, beim Juden Erös auch die Seelenanierung vorzunehmen. Vielleicht gelingt es ihm, es ist aber auch möglich, daß er nicht eine solche Seelenanierung vornehmen kann, vielleicht ist es auch möglich, daß dadurch seine näheren Parteifreunde oder seine Partei Vorteile aus dieser Gefälligkeit gegen Erös beziehen können. Jedenfalls muß man sich aber Gedanken darüber machen, daß wieder ein Geistlicher mit einem Juden in Verbindung ist, wieso also gerade diese Pfarre ausersehen worden ist, da ja Pfarrer Jenz sicherlich genug Einfluß auf die Pfarre St. Kathrein am Hauenstein hat. Wir sehen aus der ganzen Sache, wie kontrollos die christlichsoziale Mehrheit herrscht, wie die christlichsoziale Partei glaubt, alles unternehmen zu können und keine Rechenschaft schuldig zu sein. Ich verweise darauf, daß auf die letzte Anfrage unserer Genossin Tausk der Herr Landeshauptmann erklärt hat, sie sei nicht ernst zu nehmen. Ich glaube, daß diesmal der Herr Landeshauptmann sich diesen Ausspruch nicht erlauben dürfte, ich glaube, es war keine zufällige Entgleisung des Landeshauptmannes, sondern dies war die Stellung der Partei, deren Führer und erster Exponent der Landeshauptmann ist. Wir haben als sozialdemokratische Arbeiterpartei alle Ursache, uns gegen eine solche Behandlung des Landeshauptmannes zur Wehre zu setzen und dem Herrn Landeshauptmann zu sagen, daß das, was hier von einem Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei gesprochen wird, ernst zu nehmen ist, weil es im Auftrage der gesamten Partei erfolgt. (Rufe: „Sehr richtig!“) Der Herr Landeshauptmann muß sich wirklich vergegenwärtigen, daß hier in diesem Hause nicht nur Christlichsoziale sitzen, sondern daß auch wir Sozialdemokraten uns gestattet haben, hier Platz zu nehmen. Herr Landeshauptmann, wir bitten, diese Anfrage der sozialdemokratischen Partei mit allem Ernst zu beantworten und nicht wieder zu versuchen, wie das vorigemal, meine Herren, ein Mitglied unserer Partei verächtlich abzutun und lächerlich zu machen. So können wir uns das nicht bieten lassen. Unter Hinweis auf diese vorgebrachten Tatsachen gestatten wir uns an den Herrn Landeshauptmann die dringliche Anfrage zu richten:

1. Ist dem Herrn Landeshauptmann die Angelegenheit der Verleihung der Bundesbürgerschaft durch das Land Steiermark und des Heimatrechtes durch die Gemeinde St. Kathrein am Hauenstein an Herrn Erös bekannt, und

2. was wird er tun, um die Verleihung des Heimatrechtes durch die Gemeinde St. Kathrein am Hauenstein rückgängig zu machen, und was wird er tun, um die Verleihung des Heimatrechtes durch das Land rückgängig zu machen. (Beifall bei den sozialdemokratischen Abgeordneten.)

Präsident: Zur Beantwortung dieser Anfrage hat sich der Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Rintelen: Die Verleihung der Staatsbürgerschaft und der Heimatzuständigkeit an Erös ist mir bekannt. Die Gemeinde St. Kathrein am Hauenstein (Ruschak: „Ist beglückt worden damit!“) hat beschlossen, an Herrn Erös die Zuständigkeit zu verleihen und er hat daraufhin um die Staatsbürgerschaft angesucht. Ich habe nicht das Recht, da einzugreifen. (Unverständlicher Zwischenruf Wallisch.) Was haben Sie gemeint, Herr Wallisch? Wie lange er hier wohnt? (Wallisch: „Wenn ein Arbeiter ansucht, so wird er abgewiesen.“) Ich bin nicht gewohnt, in jedem einzelnen Falle immer zu fragen, wie lange der Betreffende da ist. Ich bemerke folgendes: Ich habe kein Recht, den Gemeinden vorzuschreiben, wem sie die Aufnahme in die Gemeinde zusichern sollen und wem nicht. Was die Frage der Zuständigkeit anbelangt, so unterliegt sie allerdings der Ermessenssache der Landesregierung. Die Landesregierung hat sich dabei die Frage vorzulegen, ob Gründe gewichtiger Natur vorliegen gegen die Persönlichkeit dessen, der ansucht. Sonst ist es regelmäßig Unus, daß einem durch die Gemeinde vorgelegten Ansuchen entsprochen wird. Solche Gründe sind in persönlicher Beziehung nicht vorgelegen. Es hat allerdings Herr Erös einen Konflikt mit der Wiener Gemeinde gehabt, aber diesem Konflikt liegen auf beiden Seiten rein politische Motive zugrunde, und in dieser Beziehung — bilde ich mir ein — bin ich so freiheitlich, daß ich rein politische Motive niemanden in seinem Privatleben nachfrage. (Lebhafter Beifall auf der rechten Seite des Hauses. — Oho-Rufe bei den Sozialdemokraten.) Die Frage, wo irgend jemand zuständig ist, ist rein eine Frage des Privatlebens. Er hat einen Konflikt gehabt mit der Wiener Gemeinde, weil er gegen die Steuervorschläge des Wiener Finanzreferenten aufgetreten ist (Wallisch: „Als Ausländer!“), und zwar vielleicht etwas zu leidenschaftlich und temperamentvoll. Ja, als Ausländer kann er dagegen austreten, weil ihn eine Steuer auch trifft. Die Ausländer haben sich nicht hineinzumengen in die inneren Angelegenheiten zwischen dem österreichischen Staat und den eigenen Staatsbürgern, wenn aber ein Organ des Staates eine Maßnahme trifft, die Ausländer betrifft, wenn eine Steuer auch die Ausländer trifft, dann hat auch der Ausländer natürlich das Recht, sich dagegen zu wehren. (Große Unruhe.) Ich frage, ist das freiheitlich, wenn man jemanden nach dem größeren oder geringeren Maße der politischen Agitation seine ganze Existenz untergraben will? (Reich: „Diese Frage gilt Ihnen!“) Erös lebt schon jahrzehntelang in Wien, hat seine Familie dort gegründet, und jetzt frage ich, was liegt gegen Herrn Erös vor? Ich bemerke, daß der Herr Vorredner eine Reihe von Ausdrücken, Schieber, Jude usw., gebraucht hat. Meines Wissens ist Erös überhaupt kein Jude, er war Schiffsleutnant. Was die Bemerkung anbelangt, daß er ein Schieber ist, so betone ich, daß das eine einfache Behauptung ist, die heute vorgebracht wurde ohne die geringste Grundlage. Da sind Äußerungen gefallen, Schieberjude, Schiebergesindel, Gesindel und so fort. Meine Verehrten, soll ich als Landeshauptmann meiner Entscheidung solche allgemein gehaltene, nicht fundierte Angriffe zugrundelegen? (Abg. Wolf: „Haben Sie

sich den Akt von Wien kommen lassen?“) Wenn man auf Grund solcher Schlagworte, für die Sie keine Beweise haben, eine Entscheidung treffen soll, wenn Sie auf Grund meiner Verfügung gegen meine Person so schwere Angriffe vorbringen, so möchte ich doch bitten, dieselben zu unterstützen und zu fundieren.

Sie haben gesagt, daß ich eine sozialdemokratische Anfrage in der letzten Sitzung lächerlich gemacht und gesagt habe, ich nehme sie nicht ernst. Sie wissen, daß es mir nie eingefallen ist, eine Anfrage, die von Ihnen kommt, nicht ernst zu nehmen. Das sehen Sie aus den vielen Interpellationsbeantwortungen. Ich habe die Worte: „ich kann das nicht ernst nehmen“, in dem Zusammenhange gebraucht, daß ich gesagt habe, wenn jemand mir bei diesem Sachverhalt, bei dieser Zusammenstellung den so schweren Vorwurf macht, daß ich mein Wort nicht gehalten hätte, so kann ich das in diesem Zusammenhang nicht ernst nehmen. Damit meinte ich weder Ihre Partei, noch eine Person der Interpellanten, sondern ich wollte nur besagen, was für mich, für meine Person, der Vorwurf des nichtgehaltenen Wortes bedeutet.

Ich möchte noch bemerken, daß die Verordnung der Zusicherung des Heimatrechtes durch die Gemeinde vollkommen gesetzmäßig war, ebenso wie auch die Verleihung des Staatsbürgerrechtes nicht den Gesetzen widersprach. Jede Spitze hat diesen Verordnungen gefehlt und ich möchte schließlich sagen, sprechen wir doch auch von anderen Ausländern, die hier geduldet worden sind. Es gibt so viele Ausländer, die hier geduldet wurden, es sind Ausländer bei uns im Lande geduldet worden, die in Ungarn ganz andere Sachen gemacht haben. (Rufe: „Sehr richtig.“) Seien wir daher konsequent, seien wir alle miteinander freizeitlich, lassen wir in solchen Fragen jede politische Gesinnung beiseite und versuchen wir nicht, eine Existenzgrundlage zu zerstören, weil er bei einer andern Gelegenheit durch seine energische politische Agitation uns unangenehm geworden ist.

Wolf: Nachdem wir mit der Beantwortung dieser Anfrage uns nicht zufrieden geben können, beantrage ich das Eingehen in die Wechselrede. (Der Präsident stellt die Unterstützungsfrage; die Unterstützung wird gegeben.)

Pongraf: Hohes Haus! Um was handelt es sich bei der Verleihung der Bundesbürgerschaft an Herrn Erös? Wie bekannt, ist Erös von der Polizeidirektion Wien von Rechts wegen ausgewiesen worden. Sein Rekurs ist von der Wiener Regierung von Rechts wegen abschlägig beschieden worden. Was tut die Landesregierung von Steiermark? Sie verleiht dem von Wien ausgewiesenen Erös die Bundesbürgerschaft und macht die Verfügung einer anderen Behörde unwirksam. Erös erhält zudem von einer Gemeinde in Steiermark die Zusicherung der Aufnahme in den Gemeindeverband, in der er vielleicht gar nie war und auch nicht hinkommen dürfte. Wenn wir wissen, wie schwierig es für einen einfachen Menschen ist, die Bundesbürgerschaft zu erwerben, so muß die Aufnahme des Erös sehr auffallen. Dies umsomehr, als es scheint, daß in Steiermark bei Aufnahme in den Heimatverband eine besondere Praxis gehandhabt wird. So hat

die Landesregierung die Bundesbürgerschaft beispielsweise auch an Nathan Stupp, Kaufmann im 2. Bezirk, am Tabor Nr. 22 in Wien wohnhaft, geboren 1856 in Iluste, Polen, und ebendahin heimatberechtigt, verliehen. Was glauben Sie, welche Gemeinde hat diesen Nathan Stupp aufgenommen? Die Gemeinde Wohlsdorf im politischen Bezirk Deutschlandsberg, dem Wahlbezirk des Herrn Nationalrates Gimpl. Weiters hat diese Gemeinde aufgenommen den Chaim Gruber, Weinhändler, 2. Bezirk, Große Sperlgasse Nr. 15, geboren am 10. Jänner 1878 in Oswiecim, Polen, dann den Mayer Klinger, Buchhalter in Wien, 2. Bezirk, Harkortstraße Nr. 9 (Zwischenruf von sozialdemokratischer Seite: „Den haben die Wiener eben nicht aufgenommen!“), geboren 1887 in Niesow, Polen. Die Gemeinde Wohlsdorf wird bald keine Umlage mehr brauchen, weil sie aus den Aufnahmegebühren der Ostjuden die Ausgaben bestreiten kann. Meine Herren, Sie sehen, daß man sofort die Bundesbürgerschaft bekommt, wenn man sich an solche Gemeinden, wie St. Kathrein am Hauenstein und Wohlsdorf wendet. Es wäre sehr interessant, wenn der Herr Landeshauptmann uns Auskunft gäbe, ob diese drei Ostjuden, die ich hier bekanntgegeben habe, des Schutzes der Landesregierung, wie etwa Erös, bedürftig waren. (Zwischenruf: „Was ist es denn mit den 200 Ostjuden in Wien?“) Die von mir Genannten sind eben in Wien nicht aufgenommen worden. Meine Herren, da wäre schon eine Aufklärung gut und notwendig, wieso es kommt, daß derlei Personen ohne weiteres in Steiermark Aufnahme finden, wo sie wo anders abgewiesen wurden, während andererseits wirklich Bedürftige jahrelang kämpfen müssen, bevor sie die Bundesbürgerschaft erlangen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Da sich niemand mehr zum Worte gemeldet hat, so ist dieser Punkt erledigt und wir gehen nunmehr auf die Tagesordnung ein. Der erste Punkt desselben ist:

Der Bericht des Finanzausschusses über Beilage Nr. 15 mit Abänderungs-, Beschluß- und Bedeckungsanträgen zum Landesvoranschlage für das Jahr 1924. (Beilage Nr. 41.)

Hauptberichterstatter ist Abg. Spak.

(Präsident Regner übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter Spak: Hohes Haus! In letzter Stunde vor Ablauf des Budgetprovisoriums legt der Finanzausschuß dem hohen Landtage die Anträge zum Voranschlage für das Jahr 1924 vor. Es war nicht Saumseligkeit des Finanzausschusses, nicht Mißachtung der Bedeutung des Voranschlages, die diese Verzögerung hervorgerufen hat, sondern im Gegenteil die allgemeine Überzeugung der besonderen Bedeutung des Voranschlages führte zu einer besonders eingehenden Beratung.

Zwei Umstände waren es vor allem, welche die Beendigung der Beratungen hinausschoben.

Zunächst legte die im Nationalrate eingebrachte Novelle zum Abgabenteilungsgesetz, deren Erledigung unmittelbar bevorzustehen schien, den Gedanken nahe, die Verabschiedung des Voranschlages bis zu jenem Zeitpunkte hinauszuschieben, in welchem feststehen

wird, ob und in welchem Ausmaße eine Schmälerung der Zuwendungen des Bundes an das Land Steiermark durch diese Novelle eintritt. Allerdings hat sich nachträglich herausgestellt, daß dieses Zuwarten insofern ergebnislos war, als die Abgabenteilungsnovelle sich derart verzögerte, daß sie auch heute noch nicht ihre Erledigung gefunden hat, wir also auch heute noch nicht mit Bestimmtheit sagen können, was und wie viel der Bund dem Lande nimmt. Es blieb uns daher in dieser Frage nichts anderes übrig, als dem Standpunkte des Finanzreferenten beizutreten, der für die Einstellung der Bundeszuwendungen nach den alten gesetzlichen Bestimmungen und nach den Ansätzen des Bundesvoranschlages für das Jahr 1924 eintrat.

Das zweite Hindernis einer raschen Beendigung der Beratungen des Finanzausschusses lag in dem drückenden Bewußtsein, daß einerseits die gerade jetzt herrschenden traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse eine stärkere Inanspruchnahme der steuertragenden Bevölkerung besonders empfindlich erscheinen läßt, daß aber andererseits die Herstellung des Gleichgewichtes im Landeshaushalte die Erhöhung der bisherigen Steuern und die Erschließung neuer Steuerquellen gebieterisch fordert. Es liegt auf der Hand, daß einerseits die sich immer dringender geltend machenden Bedürfnisse der Bevölkerung nach Durchführung von Maßnahmen, die schon längst notwendig gewesen wären, mit Rücksicht auf die Finanzlage des Landes aber immer wieder hinausgeschoben worden waren, andererseits die wirtschaftliche Depression, in der wir uns befinden und die eine neue Belastung der Bevölkerung geradezu unerträglich macht, die Verhandlungen des Finanzausschusses ungemein schleppend gestalteten. Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit vieler Ausgaben, die aus finanziellen Gründen in den von der Landesregierung vorgelegten Voranschlag keine Aufnahme gefunden hatten und im Hinblick auf die Schwierigkeit der Bedeckung dieser Ausgaben fand im Finanzausschusse eine ungemein eingehende Beratung jeder einzelnen Erfordernispost statt, da jedem Abgeordneten, der eine Ausgabe befürwortete, immer wieder die Notwendigkeit der Bedeckung entgegengehalten wurde.

Obwohl der Finanzausschuß sich bereits bei Beratung des Voranschlages vor Augen gehalten hatte, daß mit jeder Aufnahme einer neuen Erfordernispost eine Erschwerung der Bedeckung verbunden sei, obwohl eine Erhöhung von Ausgabeposten nur nach strengster Prüfung und eingehender Beratung vorgenommen wurde, hat sich das Gesamterfordernis, das in dem von der Landesregierung vorgelegten gedruckten Voranschlage mit . . . 288.043,521.000 K beziffert war, um . . . 46.680,029.000 „ mit hin auf den Betrag von . . . 334.723,550.000 K erhöht, während sich die Bedeckung, die nach dem gedruckten Voranschlage mit . . . 182.595,240.000 K veranschlagt, sich nur um . . . 6.001,935.000 „ mithin auf den Betrag von . . . 188.597,175.000 K erhöhte.

Der nach dem gedruckten Voranschlage mit . . . 105.448,281.000 K bezifferte Abgang erfuhr somit eine Erhöhung um . . . 40.678,094.000 „ mithin auf . . . 146.126,375.000 K

Hierzu ist zu bemerken, daß die meisten Erhöhungen des Erfordernisses formell zwar auf Beschlüsse des Finanzausschusses, materiell aber auf Beschlüsse der Landesregierung zurückzuführen sind, welche erst nach Vorlage des gedruckten Voranschlages gefaßt wurden und daher erst in den Abänderungsanträgen Berücksichtigung finden konnten. Die größte Erhöhung wurde übrigens durch die Besoldungsreform, also durch einen auf die Landesverwaltung automatisch rückwirkenden Beschluß des Nationalrates hervorgerufen.

Zur Bedeckung dieses Abganges hat der Finanzreferent eine Reihe von Steuererhöhungen, sowie die Einführung einer neuen Steuer beantragt. Bei unveränderter Annahme der Vorschläge des Finanzreferenten wäre das ziffermäßige Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen nahezu hergestellt gewesen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß nach der Anregung des Finanzreferenten an Personalzuschüssen des Bundes 26½ Milliarden Kronen und an Abgabenertragsanteilen 69 Milliarden Kronen eingestellt wurden und es als zweifelhaft bezeichnet werden muß, ob die 95½ Milliarden Kronen bezifferten Gesamtzuwendungen des Bundes durch die Abgabenteilungsnovelle nicht eine wesentliche Schmälerung erfahren werden.

Nach den Beschlüssen des Finanzausschusses, der den Anträgen des Finanzreferenten nicht in vollem Ausmaße beipflichtete, sollen zur Bedeckung des Abganges von rund . . . 146 Milliarden Kronen dienen:

1. die Anteile des Landes an den gemeinschaftlichen Abgaben im Gesamtbetrage von	69	„	„
2. der Mehrertrag der erhöhten Landesabgabe von Kraftfahrzeugen von	0.3	„	„
3. der Mehrertrag der verschärften Lohn- und Gehaltsabgabe von	10	„	„
4. der Ertrag der erhöhten Gebäudessteuer von	14	„	„
und			
5. der Ertrag der erhöhten Grundsteuer von	29.2	„	„

Es verbleibt somit noch ein unbedeckter Abgang von rund 23.5 Milliarden Kronen, der sich zwar erhöhen wird, aber nach Auskunft des Finanzreferenten dürfte es gelingen, durch Sparmaßnahmen der Landesregierung auch hiefür eine Bedeckungspost zu finden.

Was die einzelnen Steueranträge des Finanzausschusses betrifft, auf welche des Näheren einzugehen bei der Spezialdebatte Gelegenheit sein wird, so möchte ich hervorheben, daß nur die Erhöhung der Landesabgabe von Kraftfahrzeugen allgemein bedenkenlose Zustimmung fand, daß aber auch hinsichtlich dieser Ab-

gabe unter den einzelnen Abgabesätzen eine den Wünschen der betroffenen Kreise angepasste Verschiebung ohne Veränderung des voraussichtlich zu gewärtigenden Ertrages vorgenommen wurde.

Sehr bedauerlich erscheint es mir, daß gerade bei der derzeit herrschenden wirtschaftlichen Stagnation an eine Verschärfung der Lohn- und Gehaltsabgabe geschritten werden muß, wenn auch nicht in Abrede gestellt werden kann, daß auf diesem Gebiete die Bestimmungen in allen anderen Ländern strenger waren als in Steiermark. Als eine vom Finanzausschusse vorgenommene, nach meiner Ansicht höchst begrüßenswerte Abänderung an den Anträgen des Finanzreferenten möchte ich nur die Aufnahme der Bestimmung bezeichnen, daß in die Bemessungsgrundlage die Lohnsumme nicht einzurechnen ist, die an Lehrlinge und solche Dienstnehmer ausgezahlt wird, welche das 60. Lebensjahr überschritten haben.

Schweren Bedenken begegnete bei allen Parteien die der tirolerischen Getreideaufgabe und der Salzburger Schulabgabe nachgebildete Landesverbrauchsabgabe, deren Ertrag nach den Ansätzen des Finanzreferenten mit 18 Milliarden und nach den herabgesetzten Ansätzen des Finanzausschusses mit 12 Milliarden Kronen veranschlagt wird.

Ich kann jedoch mitteilen, daß es in letzter Stunde gelungen ist, diese Landesverbrauchsabgabe zu streichen, der Herr Finanzreferent hat erklärt, daß er auf diese Steuer verzichtet, wodurch sich der Abgang auf den früher bezeichneten Betrag erhöht hat; es dürfte jedoch dem Herrn Finanzreferenten gelingen, auch für diesen Ausfall eine Bedeckung noch zu finden.

Hohes Haus! Dies ist ein kurzes Bild, welches ich namens des Finanzausschusses über den Voranschlag 1924 zu entwerfen die Ehre habe, und ist daraus zu ersehen, daß wir nicht nur in der Gebarung des Landes, sondern auch in der Verwaltung die Sicherheit wieder erreicht haben. Ich möchte nur wünschen, daß es den Beratungen des hohen Hauses und sämtlichen Parteien gelingen werde, das Gleichgewicht wieder herzustellen, damit die steirische Volkswirtschaft wieder in jenes Geleise komme, in welchem es in der Vorkriegszeit gewesen ist, und ich glaube, daß es auch sämtlichen Parteien gelingen wird, dieses Hoch- und Endziel endlich zu erreichen. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Präsident: Hohes Haus! Einleitend möchte ich folgendes bemerken: Als ich im Dezember des Vorjahres den Voranschlag für das Jahr 1924 dem hohen Hause unterbreitete, da war ich mir darüber klar, daß die Bedeckung des Abganges nur durch schwere Opfer der Bevölkerung möglich sein werde. Denn wenn auch der in dem gedruckten Voranschlage errechnete Abgang von 105 Milliarden Kronen seine Bedeckung durch die Abgabenertragsanteile und die Realsteuern unschwer hätte finden können, so waren schon damals zwei Umstände eingetreten, welche das Gleichgewicht des Landeshaushaltes zu gefährden drohten. Wie ich bereits am 20. Dezember 1923 bei der Behandlung der Regierungsvorlage, betreffend die Ermächtigung der Landesregierung zur Forteinhebung der Landesabgaben und zur Befreiung der notwendigen Landesausgaben in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. März 1924 aus-

führte, drohte schon damals dem Lande durch die Einbringung der Novelle zum Abgabenteilungsgesetze im Nationalrate eine wesentliche Verminderung der Einnahmen, während anderseits durch die vom Nationalrate beschlossene sogenannte zweite Etappe der Besoldungsreform für die Bundesangestellten, welche automatisch auf die Landesangestellten und Lehrer anzuwenden war, eine sehr fühlbare Vermehrung der Ausgaben eingetreten war, die durch die damals bereits angekündigte dritte Etappe der Besoldungsreform eine weitere Erhöhung erfahren dürfte.

Bei der Beratung des Voranschlages im Finanzausschusse wurde das Erfordernis von 288 Milliarden auf 334,7 Milliarden Kronen hinaufgesetzt. Die erhöhte Veranschlagung der Ausgaben erfolgte insbesondere auf dem Gebiete der Landesverwaltung, sowie der Volks- und Bürgerschulen, indem für die erwähnte Besoldungsreform ein Betrag von rund 25 Milliarden Kronen eingestellt wurde. Weiters wurde für den Bahnbau Friedberg—Pinkafeld ein Betrag von $3\frac{1}{4}$ Milliarden Kronen veranschlagt, die Erfordernispost „Landeskultur“ um $1\frac{1}{2}$ Milliarden Kronen erhöht, für dringende Arbeiten in der Landes-Irrenanstalt Feldhof $3\frac{1}{2}$ Milliarden, für das Armenwesen 1 Milliarde und für den Bezug von Aktien der Steirischen Wasserkraft- und Elektrizitäts-Aktiengesellschaft ein Betrag von 8 Milliarden Kronen neu eingestellt. Dagegen erhöhte sich die Bedeckung im wesentlichen durch Einstellung der Bundeszuschüsse zu dem erhöhten Personalaufwande nur von 183 Milliarden auf 188,5 Milliarden, so daß ich in die peinliche Lage versetzt war, dem Finanzausschusse Vorschläge zur Bedeckung dieses gewaltigen Abganges unterbreiten zu müssen.

Es liegt auf der Hand, daß alle Vorschläge, die geeignet sein konnten, einen derart bedeutenden Abgang zu bedecken, eine ungemein schwere Belastung der steuertragenden Bevölkerung zur Folge haben mußte. Eine besondere Schwierigkeit für die Erstattung der Bedeckungsvorschläge lag insbesondere in dem außerordentlich engen Gebiete, das das Bundesverfassungsgesetz der Steuerhoheit der Länder überläßt.

Die erste Frage, die ich mir vorlegen mußte, war die, in welchem Ausmaße ich dem Finanzausschusse die Einstellung der Zuwendungen des Bundes aus dem Titel der Personalausschüsse und der Abgabenertragsnovelle empfehlen soll, da ja die im Nationalrate noch immer nicht erledigte Novelle zum Abgabenteilungsgesetze eine empfindliche Schmälerung der Zuwendungen des Bundes in Aussicht stellte, ohne daß mit Rücksicht auf die noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen die ziffermäßige Höhe dieses Entganges feststehen würde. Bei den einzelnen Titeln des Voranschlages wurden als teilweise Bedeckung für die in diesen Titeln behandelten Personalauslagen an Zuschüssen des Bundes ein Gesamtbetrag von $26\frac{1}{2}$ Milliarden Kronen eingestellt. Nach dem Bundesvoranschlage betragen die Anteile des Landes Steiermark an den gemeinschaftlichen Abgaben 69 Milliarden Kronen. Trotz der im Nationalrate in Verhandlung stehenden Novelle zum Abgabenteilungsgesetze habe ich mich entschlossen, dem Finanzausschusse die Einstellung des Betrages von 69 Milliarden Kronen zu empfehlen, so daß die ge-

samtlichen Zuwendungen des Bundes für das Jahr 1924 mit 95½ Milliarden Kronen veranschlagt erscheinen. Ich habe mich zu diesem Vorgange aus zwei Erwägungen entschlossen:

Erstens bin ich von der Annahme ausgegangen, daß die Abgaben im Bundesvoranschlage für das Jahr 1924 zu nieder veranschlagt sind, so daß mit einiger Berechtigung angenommen werden kann, daß das, was dem Lande durch die Abgabenteilungsnovelle genommen, ihm durch einen erhöhten Ertrag der Abgaben wieder gegeben wird.

Zweitens habe ich die Einstellung des vollen, im Bundesvoranschlage ausgewiesenen Betrages deshalb für empfehlenswert gehalten, weil die Einstellung eines geringeren Betrages die noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen mit dem Bunde möglicherweise ungünstig beeinflusst hätte, als ob wir uns schon mit dem niedrigeren Betrage abgefunden hätten.

Allen jenen gegenüber, die den voraussichtlich erhöhten Ertrag der gemeinschaftlichen Abgaben hervorheben und zum Ausdruck bringen, daß ich durch Einstellung des Betrages von 69 Milliarden Kronen die Finanzlage des Landes ungünstiger darstelle, als sie tatsächlich ist, muß aber mit allem Nachdrucke betont werden, daß bei der von mir vorgeschlagenen Aufstellung der drohende Entgang an Zuwendungen des Bundes durch die Abgabenteilungsnovelle vollkommen außer acht gelassen wurde, so daß man mir, meiner Überzeugung nach, eher den Vorwurf machen könnte, ich sei wieder in den mir oft vorgehaltenen Fehler verfallen, alles zu rosig zu sehen, als daß man mir den bisher noch nicht gemachten Vorwurf, ein Schwarzseher zu sein, machen könnte.

Was die von mir dem Finanzausschusse unterbreiteten Steuervorschläge betrifft, so waren die Möglichkeiten von vornherein sehr beschränkt. Das Abgabenteilungsgesetz überläßt im wesentlichen die Realsteuern den Ländern, und das Wiederaufbaugesetz macht es den Ländern ausdrücklich zur Pflicht, diese Steuerquellen soweit auszuschöpfen, bis der Gebärungsabgang gedeckt ist.

Hoher Landtag! Ein Hinaufschrauben der Steuersätze der Grundsteuer und der Gebäudesteuer auf eine solche Höhe, daß dadurch der nach Abzug der Abgabenertragsanteile noch erübrigende unbedeckte Abgang von 77 Milliarden Kronen bedeckt worden wäre, hätte eine derartige Erhöhung dieser beiden Steuern zur Folge gehabt, daß die Belastung der in Betracht kommenden Steuerträger als unerträglich hätte bezeichnet werden müssen. Ich habe daher dem Finanzausschusse weiters die Erhöhung der Landesabgabe von Kraftfahrzeugen empfohlen, eine Erhöhung, gegen die von keiner Seite ein grundsätzlicher Einwand erhoben wurde und die vom Finanzausschusse auch, wenn mit etwas veränderten Ansätzen, so doch mit ungefähr dem gleichen Ertrage von allerdings nur 300 Millionen Kronen angenommen wurde.

Die Tatsache, daß die Lohn- und Gehaltsabgabe bisher in Steiermark wesentlich niedriger war, als in allen anderen Ländern, hat mich veranlaßt, eine Verschärfung dieser Abgabe in Antrag zu bringen, wodurch ich mir einen Mehrbetrag von 10 Milliarden

Kronen verspreche. Ich bin mir wohl bewußt, daß die Belastung, die mit diesen Maßnahmen verbunden ist, von den getroffenen Kreisen sehr schwer empfunden werde; ich weiß auch, daß gerade die derzeit herrschende wirtschaftliche Stagnation dazu angetan ist, diese Erhöhungen noch empfindlicher erscheinen zu lassen, als dies in guten Zeiten der Fall wäre. In der finanziellen Zwangslage, in welcher sich das Land derzeit befindet, konnte aber zu meinem Leidwesen eine stärkere Erfassung dieser Steuerquelle nicht vermieden werden.

Schließlich habe ich dem Finanzausschusse die Einführung einer neuen Abgabe in Antrag gebracht, welche schon seit Menschengedenken unter dem Namen „Getreideabgabe“ in Tirol besteht und vor ungefähr zwei Jahren unter dem Namen „Schulabgabe“ in Salzburg eingeführt wurde. Die von mir unter dem Namen „Landesverbrauchsabgabe“ angeregte neue Steuerquelle sollte von den in das Land eingeführten Getreideprodukten eingehoben werden, während das im Inlande erzeugte Getreide durch einen Zuschlag zur Landesgrundsteuer besteuert werden sollte. Ich habe mich zur Erstattung dieses Vorschlages nur sehr schwer entschlossen, denn ich war mir wohl bewußt, welche drückende Last dadurch den breiten Massen der Bevölkerung auferlegt wird, wie sehr die Lebensbedingungen durch diese Steuer erschwert werden. Ich habe mich zunächst bemüht, die Ansätze dieser Steuer so zu wählen, daß dadurch in erster Linie das Lurumehl getroffen und infolgedessen eine nur mäßige Erhöhung des Brotpreises verursacht wird.

Da sich aber in letzter Stunde die Aussicht gezeigt hat, daß sich die Möglichkeit ergibt, einen größeren, langfristigen Kridit zu mäßigen Zinsen zu erlangen, erkläre ich mich selbst bereit, diese Steuer fallen zu lassen. (Beifall.) Ich kann dies deswegen mit gutem Gewissen tun, weil sich unter den Erfordernispunkten des Landesvoranschlages zahlreiche auf Investitionen bezügliche Ausgaben befinden, welche eine Vermehrung des Landesvermögens bedeuten oder die zumindestens derart umfangreich sind und in ihrer Auswirkung der Bevölkerung in einem so langen Zeitraume zugute kommen, daß es nur recht und billig ist, diese Ausgaben aus dem ordentlichen Erfordernisse auszuscheiden und für ihre Bedeckung auf dem außerordentlichen Wege der Aufnahme eines Anlehens Vorsoorge zu treffen.

Durch die Zurückziehung der Gesetzesvorlage, betreffend die Einhebung einer Landesverbrauchsabgabe, entfällt Punkt 4 der Bedeckungsanträge des Finanzausschusses, wodurch sich die Bedeckung um 12 Milliarden Kronen vermindert, beziehungsweise der Abgang um diesen Betrag erhöht. Infolgedessen muß aber weiters auch der im § 2 des Gesetzes, betreffend die Neuregelung der Landesgrundsteuer, als Landesverbrauchsabgabe vorgesehene Landeszuschlag im Ausmaße des 400fachen Katastralreinertrages entfallen, wodurch sich der Ertrag der Landesgrundsteuer um 4 Milliarden, auf den Betrag von 25½ Milliarden Kronen vermindert und der gesamte Abgang um 4 Milliarden Kronen vermehrt wird. Es findet daher durch die Zurückziehung der Vorlage, betreffend die Landesverbrauchsabgabe, insgesamt eine Vermehrung des Abganges um 16 Milliarden Kronen statt.

Ich stelle den Antrag:

„Der Schlusssatz des Punktes II der Bedeckungsanträge hat an Stelle der in der gedruckten Vorlage enthaltenen Fassung zu lauten:

Der somit verbleibende ungedeckte Abgang von 27.626.375.000 K ist insoweit durch Zurückstellung von Investitionsausgaben, die im Voranschlag vorgesehen sind, zu bedecken, bis durch Aufnahme eines Investitionsanlehens die erforderliche Bedeckung gefunden wird. Die Landesregierung wird beauftragt, unverzüglich ein großzügiges Investitionsprogramm auszuarbeiten, in das nicht nur die vorläufig mangels der erforderlichen Bedeckung zurückzustellenden Investitionen, sondern auch weitere Investitionsmaßnahmen aufzunehmen sind, und behufs ehester Verwirklichung dieses Programmes unverzüglich Verhandlungen wegen Aufnahme eines Investitionsanlehens einzuleiten.“

Hohes Haus! Ich möchte nur der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß es gelingen möge, die in dieser Richtung eingeleiteten Verhandlungen zu einem günstigen Abschluß zu führen und dadurch die Bevölkerung von einer Belastung zu bewahren, die mich selbst bei Stellung und Vertretung meines Antrages auf das schwerste bedrückte.

In diesem Sinne bitte ich um Annahme des Budgets. (Beifall und Händeklatschen auf der rechten Seite des Hauses.)

Rekel: Hoher Landtag! Wir stehen abermals vor der Erledigung des Landesvoranschlages. Wir müssen uns die Frage vorlegen, von welchen Gesichtspunkten aus bei uns der Landesvoranschlag behandelt wird. Es ist üblich, das Budget einer Körperschaft, wie es das Land Steiermark ist, von gewissen Gesichtspunkten aus zu betrachten. Der Landesvoranschlag ist unseres Erachtens keine tote Sache, sondern muß sich innig anpassen an die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des betreffenden Gebietes. Ich glaube, wenn man den Voranschlag noch so eingehend studiert und mit größter Aufmerksamkeit die Ausführungen des Herrn Finanzreferenten über das Budget verfolgt hat, hat sich daraus nicht ergeben, daß irgendwelche größere weitere Gesichtspunkte vorherrschen, sondern es ergibt sich, wie man aus den Ziffern des Budgets ersieht, daß man recht und schlecht fortwirtschaftet. Ein Plan, was tut dem Lande not, welche volkswirtschaftlichen Quellen des Landes müssen besonders gefördert werden, wie müssen die Verkehrsverhältnisse gestaltet werden, existiert bei uns nicht. Ich habe das schon seinerzeit in einer Budgetdebatte hervorgehoben. Der Herr Landeshauptmann hat in einer Rede auf dem christlichsozialen Parteitage erklärt, daß, wenn man die Berichte der früheren Landesausschüsse liest, diese nichts anderes seien als eine Wiedergabe von Akten, aber daraus könne man nichts entnehmen. Ich glaube, wenn wir jetzt die Einleitungen zu den Verhandlungen des Voranschlages angehört haben, so haben wir nicht einmal die Wiedergabe von Akten, sondern bloß ein paar Rechenexempel vernommen; auf welchem Grundsatz sich diese aufbauen, ist uns unklar geblieben. Der Herr Landeshauptmann hat in seiner Rede auf seinem Parteitage erklärt, man müsse die Sache vom volks-

wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus betrachten. Ich habe nach dieser Behauptung die Reden des Herrn Landeshauptmannes sehr aufmerksam gelesen und habe geglaubt, es werden die größeren volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte in Erscheinung treten. Der Herr Landeshauptmann hat sich damit begnügt, auf seine Tätigkeit bei der Steweag zu verweisen. Ich stelle seine Tätigkeit nicht in Abrede, aber ich möchte feststellen, daß dies eine Sache ist, die allein das Um und Auf der Volkswirtschaft in Steiermark nicht auszumachen vermag. Eine Partei, die an der Regierung ist, trachtet die ihr anvertraute Verwaltung nach den Prinzipien der Partei aufzubauen. Die Verwaltung der Gemeinde Wien richtet die ganze Wirtschaft der Gemeinde — wir leugnen das keinen Augenblick — nach den sozialistischen Prinzipien ein. Nun, unsere Prinzipien kann man natürlich nicht damit abtun, indem man kurzweg von Marxismus redet. Das Wort Marxismus ist leicht gesagt, aber den Marxismus wirklich zu verstehen und ihn mit allen seinen Einzelheiten zu kennen, dazu gehört mehr, als das bloße Zeitung lesen, dazu muß man sehr viel Bücher gelesen haben und auf dem Gebiete der Nationalökonomie sehr bewandert sein. Ich glaube, es wird auch in dieser Reihe sich jemand finden, der uns das bestätigt. Ich kenne auch eine Zeit, in der die christlichsoziale, damals klerikale, Partei Prinzipien gehabt hat (Ruschak: „Geht hat!“ — Wallisch: „Wo sind die schönen Zeiten?“ — Ruschak: „Vogelsang!“), mit denen wir Sozialdemokraten sympathisiert haben, und wenn ich meine Erfahrungen heranziehe und prüfe, wo ist die Verwaltung und wie vollzieht sie sich, so muß ich sagen, daß sie sich in Bezug auf die volkswirtschaftlichen Erfordernisse planlos vollzieht; es ist ein In-den-Tag-hineinleben, ein Leben von einem Tag zum andern. Wir sehen dies bei der raschen Umgestaltung der Bedeckungsanträge zum Voranschlag. Im Finanzausschusse wurden die Mitglieder beschworen, die sogenannte Schulabgabe, die Mehlfsteuer, anzunehmen, weil sonst das Landesbudget nicht in Ordnung gebracht werden könne. Wir sind heute mit dem festen Entschlusse zur Sitzung gekommen, diese Mehlfsteuer mit allen parlamentarischen Mitteln umzubringen. Wir hatten uns zu diesem Kampfe entschlossen, es war aber unnütz gewesen, weil innerhalb drei bis vier Stunden sich die Sachlage geändert hat. Daß man so mir nichts, dir nichts eine so ungemein schwer belastende Abgabe beantragt, kann ich nicht glauben, ich glaube, wenn man irgend einen anderen Ausweg, der sich ja schließlich gefunden hat, ins Auge gefaßt hätte, hätte man nicht erst die Bevölkerung zu beunruhigen brauchen. Zuerst heißt es, „es geht nicht anders“, und auf einmal ist es anders gegangen. Gerade dieser Zwischenfall charakterisiert die Verwaltungstätigkeit der herrschenden Partei im Landhause. Wenn man ein so großes Gebiet zu verwalten hat, so gehört ein besonderes Verantwortlichkeitsgefühl dazu, ein Verantwortlichkeitsgefühl nicht bloß gegenüber seiner Partei, sondern gegenüber der gesamten Bevölkerung. (Rufe: „Sehr richtig!“ — Wallisch: „Aber sie kennen nur Christlichsoziale!“ — Riemelmoser: „Und den Wallisch!“) Ich muß mir immer vor Augen halten, daß das Wohl jedes Bürgers des Landes von meiner

Tätigkeit abhängig ist. Ich glaube nun, daß dieser Gedanke sich bei der herrschenden Partei nicht ausdrückt; ich gebe zu, daß die Herren allerdings mit solchen Gedanken sich abzugeben wenig Zeit haben. Die Herren sind so überaus beschäftigt, und wir Mitglieder der Landesregierung wissen das am besten. Wir kommen zur Sitzung der Landesregierung; es fehlt jemand und noch einer, und nach längerem Warten kommt ein Zettel, daß die Landesregierungsitzung abgesagt ist, das „Weshalb“ wissen wir nicht. (Zwischenrufe.)

Ich bitte, die Landesregierungsitzungen sind doch eine sehr wichtige Sache, bei der man alle Dinge, die das Land betreffen, besprechen muß. Nun, so ist es aber nicht gemeint, es handelt sich vielmehr darum, daß man diese lästigen Formalitäten wegbringt, und am besten wäre es vielleicht, wenn man im Lande ein paar Leuten alles überlassen würde. Ich habe mich schon wiederholt gefragt, ob die Landesregierung überhaupt eine so große Notwendigkeit sei, daß wir sie haben müssen. Ich war schon zu einer Zeit, als noch das alte Österreich bestanden hat, ein Anhänger der Beseitigung der Landtage, und zwar deshalb, weil die Landtage nur Schwierigkeiten in ihrer Haltung gegenüber dem Reiche ergeben. Aber damals konnte man mit Recht einwenden, wir haben das große Böhmen, Galizien, die brauchen eine eigene Verwaltung, die können nicht von der Zentrale aus verwaltet werden. Nun, jetzt sind wir nicht einmal so groß wie Galizien und haben dieselben Landesregierungen innerhalb des verbliebenen Gebietes wie früher, aber nicht nur die Landesregierungen, sondern wir haben auch noch die Zahl der Landesräte in den meisten Ländern so erheblich erhöht, daß man sich fragen muß, ob die Länder überhaupt eine solche Verwaltung ertragen können, von einer Notwendigkeit kann gar keine Rede sein. Wir hätten nichts dagegen, wenn die ganze Verwaltung zentralisiert würde; ich glaube, daß es im Interesse der Länder wäre, wenn man sie so einrichten würde wie die Bezirksverwaltungsausschüsse, daß dies hinreichend wäre und bedeutend geringere Kosten verursachen würde. Nun, wenn es schon so wäre, daß man sagen kann, wir haben ein paar hervorragende Kräfte im Lande, die wirklich bei der Sache sind, so ließe sich darüber reden, ob man nicht die überflüssigen Beratungen aufheben soll. Ich habe ja schon gesagt, daß die Herren zu den Sitzungen wenig Zeit haben, ich möchte nur wissen, wie ungeheuer groß die Agenden der einzelnen Herren sind, daß sie so wenig Zeit übrig haben. Ich gebe zu, daß Körperschaften, wie die Steierbank und die neugegründete Versicherungsgesellschaft (Rufe: „So ist es!“) den ganzen Mann erfordern, daß man da überall dabei sein muß, ich glaube aber, daß ein Teil der Zeit unserer Herren Landeshauptleute von der herrschenden Partei des Landtages auch anderweitig in Anspruch genommen wird. Nach unserer Verfassung ist der vom Landtage gewählte Landeshauptmann auch der Leiter der mittelbaren Bundesverwaltung. Ich glaube, daß gerade diese Art der Verwendung des Landeshauptmannes es demselben vollständig unmöglich macht, sich um die autonome Verwaltung des Landes zu kümmern. Der Herr Landeshauptmann hat in der Burg soviel zu tun, daß

ihm fast keine Zeit für andere Sachen übrig bleibt. Ich will keine Fehlbehauptung aufstellen, weil ich weiß, daß der Landeshauptmann ein Mann ist, der immer gleich, wenn man eine Behauptung aufstellt, fragt „Haben Sie Beweise?“. Der Landeshauptmann ist Rechtslehrer und will immer einen gerichtsmäßigen Beweis haben. Ich kann doch nicht einen gerichtsmäßigen Beweis beispielsweise dafür erbringen, daß die führenden Männer der herrschenden Partei des Landtages den Voranschlag nach allen Richtungen begutachtet haben, diese Behauptung will ich nicht aufstellen, das fällt mir nicht ein. Ich habe schon erklärt, nach welchen Gesichtspunkten ich den Voranschlag behandelt wissen will, nach diesen Gesichtspunkten wurde aber der Voranschlag von den Herren nicht behandelt. Nun, wenn man anderweitig so viel zu tun hat, ist es begreiflich und wir selbst, die wir glauben, daß im Interesse des Landes und der Bevölkerung alles getan werden muß, was möglich ist, um das wirtschaftliche Leben zu heben und das Los der Bevölkerung zu erleichtern, wir vermissen aber jene Person, die alles zusammenfaßt und über alles wacht. Ich habe dem alten Landtage angehört und ich finde nicht, daß im alten Landtage die Landesausschüsse bloß Sammler von Akten gewesen sind, ich weiß nicht, was der Landeshauptmann im Auge gehabt hat, aber wenn ich mich an die vergangene Tätigkeit des Landtages erinnere, die allerdings mitunter durch eine nationale Obstruktion gehemmt war, so kommt mir in Erinnerung, daß damals im Lande Herren waren, die das Budget im kleinen Finger hatten und sich über jede Ziffer und den Zusammenhang der verschiedenen Ziffern vollständig im klaren waren. Jedenfalls waren die damaligen Leiter des Landtages und Führer der Parteien Männer, die nicht bloß Akten gesammelt, sondern auch erledigt haben. Man kann allerdings eine verschiedene Vorstellung von der Erledigung von Akten haben und wir haben unsere eigene Meinung von der Erledigung von Akten in der Landesregierung (Burg) und glauben, daß sehr viel Zeit des Herrn Landeshauptmannes in Anspruch genommen wird, daß er dort Verwaltungskorrekturen vorzunehmen hat. (Rufe: „Mit roter Tinte!“) Nein, mit roter Tinte geschieht das nicht, das geschieht mit gar keiner Tinte. Der Herr Landeshauptmann hat nach der Verfassung die mittelbare Bundesverwaltung über und er wacht strenge darüber, daß ihm hier nicht vielleicht jemand anderer dreinredet. (Zwischenruf Wallisch. — Riemelmoser: „Den Wallisch wird er mitregieren lassen!“ — Wallisch: „Den Riemelmoser!“)

Ich möchte darauf verweisen, daß das Verhältnis, wie wir es in Steiermark haben, in keinem anderen Lande besteht; in Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und ich glaube auch in Kärnten und Tirol hat nicht nur die herrschende Partei die Verwaltung in der Hand, sondern auch die Minderheitsparteien, wenn sie von solcher Bedeutung sind wie wir, haben Einblick in die mittelbare Bundesverwaltung, was bei uns vollständig ausgeschlossen ist. Das ist die Domäne des Herrn Landeshauptmannes! Vor allem trachtet er für die Aufrechthaltung der Ordnung im Lande zu sorgen und er hat sich ja auch schon einmal von seinen

Anhängern den steirischen Andreas Hofer nennen lassen. (Zwischenruf: „Ohne Bart!“) Ich habe vergessens nachgedacht, woher man diesen Vergleich nimmt. Andreas Hofer hat einen Befreiungskrieg gegen die Franzosen geführt; welchen Befreiungskrieg hat denn der Herr Landeshauptmann in Steiermark geführt? (Jaklitsch: „Gegen die Bolschewiken!“ — Zwischenruf von sozialdemokratischer Seite: „Er hat doch die Juden taufen lassen!“ — Prisching: „Jetzt kommt dann die Tausk dran!“) Nun, sehr verehrte Damen und Herren, die Verwaltungstätigkeit der Landesregierung (Burg), die ich ja noch näher beleuchten werde, ist nur möglich, weil sich außer uns, dagegen niemand wehrt. Auch Sie, die Sie nicht zur größeren Partei gehören, auch Sie geben der Landesregierung (Burg), beziehungsweise der Landesverwaltung (Burg) alles in die Hand, zu unternehmen, weil Sie glauben, es richtet sich ohnedies gegen die Arbeiter, gegen die Machtfstellung der Arbeiter und gegen ihre soziale Lage. Die freie Hand, die der Herr Landeshauptmann oben hat, resultiert nur aus der Abneigung gegen die Demokratie und dem Hass, der sie gegenüber der Arbeiterschaft beseelt. (Zwischenrufe: „Na, na!“ — Ruschak: „Sonst würde man sich schon hineinsehen lassen.“) Der Herr Landeshauptmann ist bisher fast bei allen Veranstaltungen von illegalen Banden, die sich Frontkämpfer, Heimwehr oder anders nennen. (Riemelmoser: „Siehe republikanischen Schußbund.“) Der republikanische Schußbund ist das Gegenstück dazu. (Riemelmoser: „Also auch eine Bande?“ — Ruschak: „Das ist kein illegales Gegenstück, der bekennt sich zur Republik.“) Der Schußbund ist dazu geschaffen, um die Republik zu schützen, während Sie die Banden nur haben, um der Republik den Kraken umzudrehen. Der Unterschied ist der, daß wir auf verfassungsmäßigem Boden stehen, während Sie bereit sind, die Verfassung beiseite zu schieben. Wir müssen uns bei diesen Veranstaltungen fragen, ob es sich da um den Schutz der Republik oder um deren Beseitigung handelt. Wir möchten auch fragen, gegen wen dieser Befreiungskampf geführt werden soll, der, trotzdem der Herr Landeshauptmann Andreas Hofer genannt wird, bisher nicht geführt worden ist. Wie es zum Beispiel bei der Partei der Mehrheit des Landtages mit dem Schutz der Verfassung der Republik bestellt ist, sieht man daraus, daß in ihren Reihen ein Monarchist sitzt. (Zwischenruf: „Und bei Ihnen der Rosenwirth.“ — Ruschak: „Der bekennt sich zur Republik und zum Staat, das ist ein Unterschied.“) Wir wissen, daß eine Reihe von Veranstaltungen, die da gemacht wurden, an denen die Landesregierung teilgenommen hat, schließlich und endlich in eine monarchistische Kundgebung ausgelaufen sind. Wir glauben nicht, daß es sich bei dieser Tätigkeit um den Schutz der Republik und des Staates handelt, sondern darum, eine Kampfgenossenschaft gegen die Arbeiterschaft zu haben. Und dazu ist jedes Mittel recht, und deswegen lassen sich die anderen Parteien manches gefallen, was sie sich sonst nicht gefallen lassen würden.

Der Herr Landeshauptmann hat vor ungefähr Jahresfrist einen Erlaß an die politischen Behörden, beziehungsweise an die Gendarmerie hinausgegeben,

jede Veranstaltung zu beobachten. (Ruschak: „Hört, hört, er hat also eine steirische Odrama eingerichtet.“) Aus dem Wortlaut dieses Erlasses geht hervor, daß hier kein Unterschied gemacht wird, daß es sich auch um die Bespitzelung von Veranstaltungen der politischen Parteien handelt, auch derer, die auf dem Boden der Republik stehen. (Dr. Rintelen: „Ich bitte den Erlaß vorzulesen, wenn es wahr ist!“) Nur Geduld, wird schon kommen. (Dr. Rintelen: „Bitte, aber bald!“ — Riemelmoser: „Wo ist der Erlaß?“) Diese Frage ist etwas kühn. Der Erlaß war im „Arbeiterwille“ abgedruckt. (Zwischenruf: „Das ist nicht amtlich!“) Es hat sich niemand dagegen gerührt, kein Mensch hat erklärt, der Erlaß sei nicht richtig. (Gaf: „Jetzt gibt es noch mehr solche Gespenstersehensereien!“) Ich habe keine Ursache, an der Richtigkeit dieses Erlasses, der mit allen Ziffern versehen war, irgendwie zu zweifeln und ich kann deshalb keinen Augenblick daran zweifeln, weil wir erst in jüngster Zeit Gelegenheit nehmen mußten, Polizeispitzeln aus internen Parteiveranstaltungen hinauszuerwerfen. (Rufe: „Pfui Teufel!“) Ich bitte, es waren nicht nur allgemeine zugängliche Versammlungen, denn die können von jedermann besucht werden. Gegen deren Bespitzelung haben wir keine Ursache, etwas zu unternehmen, weil sie in breiter Öffentlichkeit stattfinden. Etwas anderes aber ist es, wenn interne Beratungen von Berufsorganisationen stattfinden und es drängen sich Polizeispitzeln ein. Vielleicht wird auch das noch bestritten. Das ist aber genau so bekannt, als der Erlaß, dessen ich Erwähnung getan habe. Wir haben sogar Berichte in der Hand, die an das Ministerium über die internen Veranstaltungen, die bei uns stattgefunden haben, ergangen sind. Kein Wunder! Gerade unter der Herrschaft der jetzigen Partei, der christlichsozialen Partei, hat sich das Spitzelwesen in Steiermark ungemein entwickelt. Die Grazer Polizeidirektion, die früher den gleichen Geltungsbereich und Wirkungskreis gehabt hat wie jetzt, hat in der Monarchie drei politische Detektive besessen, und jetzt besitzt sie deren neun. („Oho“-Rufe!) Die Gendarmerie, die seinerzeit überhaupt keine Spitzeln besessen hat, die auch keine besitzen soll, weil sie ihren organisatorischen Bestimmungen widersprechen, hat heute eine Ausforschungsabteilung in Graz von 15 Mann. (Rufe: „Hört!“) Ich weiß wohl, daß mir erwidert werden wird, ja, das ist die kriminelle Ausforschungsabteilung, um sich vor Dieben schützen zu können. Nun sind wir auch davon unterrichtet, daß die Gendarmerie in Graz politische Spitzeldienste macht, wozu sie nicht berechtigt ist, abgesehen von den organisatorischen Bestimmungen, weil wir in Graz die Polizeidirektion haben. Und wir wissen auch, Herr Landeshauptmann, daß gerade, wenn die Polizei lässig ist, sie angetrieben wird, ihren Spitzeldienst zu vervollkommen, weil sie sonst von der Gendarmerie geschlagen wird. (Machold: „Konkurrenz also!“) Wozu dient dieser Erlaß, die politischen Veranstaltungen zu beobachten und darüber zu berichten, wozu dient das ganze Bespitzeln von Veranstaltungen von Parteien, die auf dem Boden der Verfassung stehen? Wir müssen oben-drein in Betracht ziehen, daß diese Spitzelberichte zusammenlaufen bei einer Stelle, die parteipolitisch

orientiert ist, und daß dieser Spitzeldienst nicht ein allgemein politischer, sondern ein parteipolitischer ist. Ich frage auch übrigens die anderen Parteien, ob es ihnen angenehm ist, wenn die Ereignisse in ihrer Partei durch Spitzel ausgeforscht und dem Herrn Landeshauptmann, dem Obmann der christlichsozialen Partei, hinterbracht werden?

Nun, meine sehr verehrten Herren, ich habe früher bereits gesagt, daß der Herr Landeshauptmann bei den verschiedenen Veranstaltungen illegaler Banden war und erklärt hat, daß er selbstverständlich mit ihnen einverstanden ist. Wir wissen das aus den Zeitungen und haben das auch sonst erfahren; wir wissen aber auch, daß der Herr Landeshauptmann, beziehungsweise die Landesregierung (Burg) jede Ausrüstung und Ausrüstung dieser Banden fördert. Wir werden, wenn sich derartige Formationen bilden, unsere Gegenmaßregeln treffen und in Stand setzen, aber wir betrachten jede Unterstützung derartiger Formationen als einen Mißbrauch der Amtsgewalt. (Rufe: „So ist es!“) Der Herr Landeshauptmann hat auf dem christlichsozialen Parteitag erklärt, Gott sei Dank, es sei soweit gelungen, daß in Steiermark die Polizei, die Gendarmerie und die Wehrmacht verlässlich für die Aufrechterhaltung der Ordnung sind. (Rufe auf der Rechten: „Bravo, bravo!“) Sie brauchen nicht bravo sagen, wir wissen viel besser, wodurch diese Verlässlichkeit herbeigeführt wurde. Nun ist es ganz unbegreiflich, wenn diese zur Aufrechterhaltung der Ordnung vorhandenen Formationen vollständig verlässlich sind, wieso noch nebenbei ausgerüstet wird. (Auff: „Für den Postbeamtenstreik!“)

In der Gendarmeriekaserne wird die Nothilfe organisiert, die sogenannte technische Nothilfe. Von dieser wissen wir nichts, es weiß kein Mensch, ob wir nicht in diese einzutreten bereit sind. An uns ist niemand herangetreten, wir haben nur ein in der Landesdruckerei hergestelltes Zirkular zu Gesicht bekommen, worin steht, Sie wenden sich an alle Parteirichtungen. In der Beziehung haben wir seither nichts mehr gehört. Nur ab und zu wurde uns mitgeteilt, wie diese Nothilfe beschaffen ist und aus wem diese Nothilfe besteht. Beim letzten Metallarbeiterstreik hat eine solche Nothilfeversammlung unter dem Protektorate des Herrn Landeshauptmannes stattgefunden. (Rufe: „Hört!“ — Wallisch: „Ist das auch Ihre Aufgabe?“) Um was handelt es sich bei dieser Nothilfe? Entweder um Streikbrecher oder um Leute, die bereit sind, gegen die Arbeiterschaft unter allen Umständen Front zu machen. Außerdem wird diese Nothilfe in der Gendarmeriekaserne in der Schönaugasse organisiert, und zwar durch einen Gendarmerieoffizier. Es wurde im Nationalrate gesagt, es bestehe keine Bestimmung, welche es einem Gendarmerieangestellten verbietet, in seiner freien Zeit das zu machen. Erstens glaube ich, daß schon aus dem Dienstverhältnis hervorgeht, daß zu solch einseitiger Ausrüstung kein Gendarmerieoffizier verwendet werden kann. Zweitens glaube ich, daß die Gendarmeriekaserne kein Privatgebäude ist, in dem jeder machen kann, was er will, wenn er Gendarmerieoffizier ist. Aber nicht nur in der Gendarmeriekaserne in der Schönaugasse, auch in der Kaserne am Karmeliterplatz werden die Selbstschützer or-

ganisiert und instruiert. Ich möchte, damit ich es nicht übersehe, mitteilen, daß die Einladung zu einer solchen Ausbildung gelaufen hat. „Einberufung zur Waffenübung.“ Es wurde das im Nationalrat zur Sprache gebracht und da wurde vom Bundeskanzleramt erklärt, es habe sich nur darum gehandelt, die Leute im Kapselschießen auszubilden. Das Schützenwesen im Lande Steiermark wurde nie durch Kapselschießen mit Mannlichergewehren betrieben, sondern auf den Schießständen mit Scheibengewehren oder im Wirtshaus mit Luftdruck- oder Kapselgewehren, aber nicht mit Infanteriegewehren. Wir wissen ja, solche Ausreden sind gang und gäbe bei uns. Wir schmeißen die Spitzel aus den Versammlungen heraus, in Wien wird Krach gemacht wegen dieser Spitzelei; der Bundeskanzler hat sich damals nicht mit dieser Spitzelei solidarisch erklärt, er hat gesagt, er werde sich berichten lassen und werde trachten, daß das in Zukunft abgestellt wird. Die steiermärkische Landesregierung (Burg) teilte ihm aber als Antwort mit, es handle sich bei der Bespitzelung der Versammlungen nur um die Ausübung der vereins- und versammlungsgesetzlichen Bestimmungen. Das ist direkt erlogen. Nach den Vereins- und Versammlungsgesetzen kann man zu einer Versammlung befugte Regierungsvertreter entsenden. Der Regierungsvertreter kommt, nimmt beim Vorsitzenden Platz und überwacht die Versammlung. Das ist in Vereinsversammlungen und auch in anderen Versammlungen. Aber im Vereinsgesetz steht keine Silbe davon, daß sich jemand in Beratungskörper einzuschleichen, diese zu bespitzeln und nachher an die Behörde Bericht zu erstatten hat. Auf eine solche Verlogenheit aber kommt es bei uns im Lande nicht mehr an. Ich halte es für einen Mißbrauch der Amtsgewalt, wenn sich die Gendarmerie beispielsweise mit der Ausrüstung von illegalen Formationen beschäftigt. Ich glaube aber nicht nur, daß man das bloß Mißgebrauch der Amtsgewalt nennt, sondern daß man dagegen mit aller Entschiedenheit auftreten muß. Die Gendarmerie hat Waffen in der Hand, sie nimmt Waffenverschiebungen vor und wir wissen aus der Vorkriegszeit, daß eine Reihe von Waffendepots angelegt worden sind, allerdings nicht zum Zwecke, um solche Banden zu bilden, sondern zu anderen Zwecken. Diese Depots werden immer wieder verschoben, wir wissen, das ab und zu Waffentransporte hopp genommen werden. (Zwischenruf: „In Wöllersdorf.“) Auch in Wöllersdorf, vor allem aber in Bruck a. d. M., das liegt uns näher und auch in Pernegg. Wir haben nämlich nicht die geringste Gewähr dafür, wohin diese Waffen, die in einige 100 Stück gehen, verschoben werden. Die Gendarmerie verschiebt diese; wenn aber der Gendarmerie gestattet wäre, eine solche einseitige Tätigkeit in Bezug auf die Ausrüstung von Formationen auszuüben, wäre Gefahr vorhanden, daß die Waffenverschiebungen in derart parteiischer Weise erfolgen, daß auch hier Mißbrauch der Amtsgewalt betrieben wird.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist aber auch eine Tätigkeit der Landesregierung (Burg), wie sie sich nennt — sie heißt nämlich gar nicht Landesregierung, die einzige Landesregierung sind wir im Landhause — nach verschiedenen anderen Rich-

tungen hin bemerkbar. Ich möchte darauf verweisen, daß bei Veranstaltungen, wo von vorneherein zu sehen ist, daß sie eine monarchistische Tendenz haben, behördliche Beamte erscheinen, die dafür zu sorgen hätten, daß derlei Umtriebe, derlei Herabsetzungen der Republik nicht stattfinden. (Wallisch: „Darüber lachen die republikanischen Großdeutschen!“) Da wir beispielsweise auch kürzlich bei einer Versammlung einer sogenannten Frontkämpferversammlung — auch eine Formation, die aufgerüstet wird gegen die Arbeiterschaft — von der man nicht weiß, ist sie mehr hakenkreuzlerisch oder mehr monarchistisch. Dazu ist auch der Polizeidirektor erschienen. Der Schluß war dann eine monarchistische Kundgebung. (Zwischenruf.) Nun wissen Sie, ob das eine Christbaumfeier oder eine andere Feier ist, ist Nebensache, unwesentlich ist auch, wenn das in Form eines Hochamtes geschieht bei einer Messe, wesentlich ist aber, daß das eine antirepublikanische Kundgebung war und wir müssen doch von Bundesbehörden, die die Republik zu vertreten und zu schützen haben, verlangen, daß sie nicht nur bei solchen Veranstaltungen nicht erscheinen, sondern auch derartige Veranstaltungen hintanzubalken trachten. Es ist aber auch nach einer anderen Richtung hin das Gegenteil zu bemerken. In den Körperschaften, Polizei, Gendarmerie und auch der Wehrmacht trachtet man — und darauf wird seitens der Landesregierung hingewirkt — die Rechte der Vertrauensleute der Berufsorganisationen zu schmälern und sie möglichst zu schikanieren. Man trachtet, die Rechte der Ständevertretungen zu nullifizieren, trachtet, es den Leuten unmöglich zu machen, ihre Interessen wahrzunehmen. (Ruschak: „Verfolgt sie ganz einfach!“) Man glaubt, dadurch diese Formationen nicht vielleicht für die Republik zu sichern, sondern vollständig in die Hand zu bekommen. Es ist das bisher nicht gelungen. Daß es nicht gelungen ist, ist, glaube ich, sehr der Einwirkung jener Elemente zu danken, die in der Organisation eine Rolle spielen, aber deshalb werden sie ja verfolgt.

Der Herr Landeshauptmann hat auf dem christlich-sozialen Parteitag erklärt, wir seien ein Musterland in Bezug auf Ordnung, wir können uns rühmen, daß es gelungen ist, die Ordnung in Steiermark am besten herzustellen von allen übrigen Ländern. Nun, wir wollen nicht bestreiten, daß es in Steiermark gelungen ist, den Umsturz und die Nachwehen des Krieges ohne besonderen Schmerz zu überstehen. Wenn der Herr Landeshauptmann aber glaubt, daß die Einwirkungen gegen die staatsbürgerlichen Rechte, gegen die Rechte der Organisationen und Ständevertretungen dieser Formationen, die Ordnung besonders gefördert haben, so irrt er.

Die Ordnung in Steiermark konnte aufrecht erhalten werden, Herr Landeshauptmann, weil dazu loyal alle Bevölkerungskreise mitgewirkt haben, das muß man anerkennen und dessen Sie sich rühmen, ist zum großen oder zum größeren Teile das Verdienst jener Leute, die hier auf dieser Bank sitzen. (Rufe: „Sehr richtig!“) Ich erinnere mich an eine Zeit, wo der Herr Landeshauptmann bei weitem nicht so selbstbewußt war, als er es jetzt ist. Ich erinnere mich an eine Zeit, wo man fast ausschließlich auf die Ordnungstätigkeit unserer

Partei angewiesen war. (Rufe: „So ist es!“) Nach einigen Aufmachungen, nach einigen Dingen, die sich ereignet haben, hat es so ausgesehen, als ob er die starke Hand in Steiermark wäre. Meine sehr Verehrten, ich kann Ihnen erklären, daß diese starke Hand in dem Augenblicke versagt hätte, wo wir entschlossen gewesen wären, dieser starken Hand entscheidenden Widerstand zu leisten. (Rufe: „So ist es!“ — Gafz: „Jetzt haben wir!“) Wir wissen selbst besser als andere, was von unserem guten Willen, von unserer Einsicht und von unserer Loyalität abhängig war. Daß man deshalb unserer Tätigkeit damit dankt, daß man unsere internen Veranstaltungen bespitzeln möchte und damit, daß man die, die den Organisationsgedanken in den verschiedenen Formationen hegen, verfolgt, daß man die Ständevertretungen, die ein Ventil für die ruhige Entwicklung sind, daß man diese illusorisch machen will, das kann keine guten Früchte zeitigen, das muß dazu führen, daß das öffentliche Leben vergiftet wird, daß eine Atmosphäre geschaffen wird, die dazu führen kann, daß sich im Lande dennoch Dinge ereignen, die weder im Interesse des einen noch des anderen Teiles der Bevölkerung liegen. Ich habe diese Dinge deshalb aufgezeigt, weil ich glaube, daß es notwendig ist, daß wir darauf dringen, daß die beiden Regierungen miteinander verschmolzen werden, daß wir endlich dazukommen, daß der Einfluß ausschließlich einer einzelnen Partei auf die politische Verwaltung beseitigt werde. Es ist schon lange davon die Rede und auch im hohen Hause wurde erklärt, daß die Zusammenlegung kommen werde. Wir haben kürzlich in den Zeitungen gelesen, daß die Regierung dem Nationalrate Vorlagen zu unterbreiten beabsichtige, die die Vereinfachung der Verwaltung bezwecken. Wir waren begierig, was diese Vorlagen beinhalten. Wir haben aber in diesen nichts gefunden, das die Zusammenlegung und Vereinfachung der Verwaltung bezweckt, sondern es handelt sich um die Vereinfachung des Verfahrens. Wir sind sicherlich für die Vereinfachung des Verfahrens, wir glauben aber, daß eine Voraussetzung der Vereinfachung des Verfahrens ist, daß man nicht zwei getrennte Verwaltungen nebeneinander laufen läßt. Es haben sich sehr viele darüber Gedanken gemacht, was diese Verwaltung kostet. Der Herr Finanzreferent hat uns erklärt, daß es gelungen ist, von der Melksteuer abzusehen, es wäre ein Ertrag von 12 Milliarden Kronen gewesen, und daß man zu einer Anleihe schreife. Nun kann ich mitteilen, daß diese Melksteuer nicht hingereicht hätte, um die beiden Verwaltungen zu erhalten. Steiermark hat nicht ganz 1 Million Einwohner. Die Landesregierung (Burg) hat in der Zentralverwaltung — die Bezirkshauptmannschaften nicht mitgerechnet — 335 Angestellte, die Landesregierung (Landhaus) hat 211 Angestellte. Die nicht ganz eine Million betragende Bevölkerung von Steiermark erfordert einen Beamtenapparat in den Zentralen von 546 Leuten. Dafür werden 15,5 Milliarden Kronen jährlich ausgegeben. (Gafz: „Was kostet der Wiener Magistrat?“) Meines Wissens gibt es in Wien eine doppelgeleistete Verwaltung nicht. Auch im Burgenlande gibt es eine Doppelverwaltung nicht. (Winkler: „Das ist ein Irrtum!“) Wenn auch der Name

existiert, aber sie arbeiten zusammen. Wir haben im Landhaus 9 Abteilungen, in der Burg 19 Abteilungen und noch ein paar Nebenabteilungen. Wenn ich die Abteilungen im Landhaus und jene in der Burg hernehme, so finde ich, daß von diesen 19 Abteilungen 12 ohne weiteres überführt werden können, weil das Landhaus daselbe verwaltet wie oben. Die gleiche Sache wird von beiden verwaltet. Wenn irgend in einer Bau- oder Straßenangelegenheit eine Kommission erscheint, so erscheint sie von dort und von da. Die Gebühren von beiden müssen bezahlt werden und wir haben den doppelten Aufwand an Personen. Wir müssen daher verlangen, daß ehestens darangegangen werde, daß die beiden Landesregierungen zusammengelegt werden, weil es nicht nur vom rein politischen, sondern auch vom finanziellen Standpunkte der Verwaltung notwendig ist. Die beiden separaten Verwaltungen sind eine Vergeudung von Geld und von Kräften. Wenn die Zusammenlegung erfolgt, würde auch zugleich diese Art von Verwaltung, wie sie heute existiert, aufhören. Es würde jene Einflußnahme, die immer wieder erfolgt, sei es aus parteipolitischen oder anderen Gründen, nicht möglich sein, und wir würden mit einiger Beruhigung wissen, wie verwaltet wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist auch notwendig, daß wir noch über einzelne Dinge, die sich im Lande ereignen, reden. Wir verlangen die Zusammenlegung, wir verlangen aber auch, bevor diese erfolgt, daß die jetzige Art der Umfierung in der Landesregierung (Burg) aufhört. Wir müssen verlangen, daß erstens einmal absolut hintangehalten wird, daß behördliche Funktionäre zu den verschiedenen Veranstaltungen, die monarchistischen oder einseitigen Charakter haben, erscheinen. Wir müssen weiter verlangen, daß diese Spitzeleien vollständig aufhören. Wir wissen ja, daß der Herr Landeshauptmann bereit ist, Verschiedenes zu machen (Ruschak: „Ob er aber auch hält, was er verspricht?“), Versprechen und Halten ist zweierlei. Wir müssen vor allem volle Gewähr bekommen, daß keinerlei einseitige Korrekturen der Verwaltungstätigkeit stattfinden. Wir müssen verlangen, daß diese Art von Polizeiwirtschaft bei uns aufhört; ich kenne die verschiedenen Polizeisysteme nicht nur aus meiner Parteitätigkeit, sondern ich kenne sie aus der Geschichte in den verschiedenen Ländern. Ich muß sagen, auf mich macht es den Eindruck, als sei der Herr Landeshauptmann bestrebt, eine Art von Ochraná in Steiermark herzustellen, die aber nicht nur die Gefahr in sich schließt, daß Bürger bespitzelt werden, sondern auch die Gefahr, daß der Betreffende, der ein solches Instrument benützt, selbst der Gefangene dieses Instrumentes wird. Nach dieser Richtung dürfte der Herr Landeshauptmann auch einige Erfahrungen haben: Sein oberster Polizeimacher in der Umsturzeit bis vor nicht allzulange war der heute offen als monarchistisch deklarierte Peinlich. Was die Gendarmerie damals, beziehungsweise die Spitzelei alles an Gefahren entdeckt hat, das geht geradezu ins Kolossale. Was da alles berichtet wurde! Wenn wir daran geglaubt hätten, dann würden wir ohne Bataillone überhaupt nicht mehr auf die Straße gegangen sein, und nur mehr im Panzerzug gefahren sein, und nicht gewußt haben, wo wir zu

Nacht schlafen sollen. Da würden wir keine ruhige Stunde gehabt haben. Und gerade derjenige, der sich einer solchen Art Ochraná ergibt, wird fortwährend beunruhigt. Bei uns in Graz ist obendrein noch die Konkurrenz: bringt die Polizei nichts, bringt's die Gendarmerie. Bringt die Gendarmerie nichts, dann die Polizei. Der Herr Landeshauptmann bekommt natürlich die Berichte, was da schon wieder alles los ist. Wir wissen, wie oft wir aufmerksam gemacht werden, daß dort und dort etwas los sei, obwohl wir besser unterrichtet sind, wissen, daß das nichts anderes ist als wieder die Mitteilung irgend eines Konfidenten oder Polizeispitzels. Ein solcher Zustand ist für die Dauer nicht erträglich und muß beseitigt werden. Wir müssen deshalb verlangen, daß das aufhört. Der Herr Landeshauptmann hat auf dem christlichsozialen Parteitag erklärt, nicht vielleicht der Gedanke des Sozialismus habe uns bei den letzten Wahlen die Massen gebracht, sondern bloß die Geschicklichkeit der sozialdemokratischen Führer. Wir sind ja sehr gerne bereit, diese Anerkennung einzubeißen, aber ich möchte darauf aufmerksam machen, daß das ein großer Irrtum ist. Die Erfolge bei den letzten Wahlen sind nicht so sehr unserer besonderen Geschicklichkeit, unserer Tüchtigkeit zu danken, sondern die letzten Erfolge bei den Wahlen sind zu danken Ihrer Art und Wirtschaft im Lande. (Rufe: „Sehr richtig!“) Unter den vor mir aufgezählten Umständen muß sich jeder Arbeiter, der auf seine Klasse hält, der seine soziale Lage nicht gefährdet haben will, der haben will, daß seine Freiheit nicht angetastet wird, sagen, daß das, was da geschieht, nicht erträglich ist. Jeden Tag ereignen sich Veranstaltungen, die die Arbeiterschaft reizen müssen. Die Arbeiterschaft hängt nämlich an der Republik. (Gaf: „Wir auch!“) Fragen Sie Ihren Kollegen Sagburg, ob er auch an der Republik hängt. (Wallisch: „Der ist ein schlechtes Anhängsel!“) Die Arbeiterschaft hängt an der Republik und sie empfindet alles, was gegen die Republik gerichtet ist, doppelt und dreifach. Es ist eine ganz merkwürdige Erscheinung gewesen, daß im vorigen Jahre, wie die Wiedersehensfeier veranstaltet wurde, die Arbeiterschaft gleich erkannt hat, daß hinter dieser Wiedersehensfeier sich nichts anderes als eine monarchistische Kundgebung versteckt. Die Arbeiterschaft hat verlangt, daß bei dieser Wiedersehensfeier alle monarchistischen Kundgebungen unterblieben. Die Polizei hat erklärt, sie sei bereit, alle diese Dinge hintanzuhalten und was hat sich nachher ereignet? Nachher hat die Polizei selber erklärt, ja dagegen habe sie nichts machen können. Die ganzen demonstrativen Provokationen sind derart geahndet worden, daß einer oder zwei wegen Übertretung des Waffenspatentes bestraft wurden. Wir stehen wieder vor einer solchen Sache. Zu Pfingsten soll eine Wiedersehensfeier des Eisernen Korps stattfinden. (Gaf: „Warum denn nicht?“) Ja, warum nicht? Wir können nichts dagegen haben, wenn Leute von den Schaulichkeiten des Weltkrieges noch nicht genug bekommen haben, wenn sie glauben, daß es notwendig ist, daß man sich dieser schmerzlichsten aller Zeiten erinnert, wenn sie glauben, sie müssen zur Schau fragen, daß sie damals mit dabei waren. Es gibt Menschen, deren Eigenschaft es ist, unter allen Um-

skänden Veteranen zu spielen. Aber wird diese Feier vielleicht eine sein, bei welcher bloß alle zusammenkommen und erklären werden, wir sehen uns wieder, um schmerzliche Erinnerungen auszutauschen? (G a h: „Das werden wir schon alles machen!“) Wir glauben eher, daß das nichts anderes ist, als der Aufmarsch jener dunklen Kräfte, die je eher desto lieber bereit wären, der Republik den Garauß zu machen. Wir müssen jetzt schon, ob wir Gespenster sehen oder nicht, verlangen, daß uns Gewähr geboten wird, daß bei dieser Wiedersehensfeier jede Demonstration gegen die Republik unterbleibt. Wir werden aber entsprechend Stellung nehmen, wenn uns eine solche Versicherung nicht geboten wird. Ich kann erklären, daß wir nicht aus Schwarzseherei oder aus Lust die Winge aufzeigen, die unsere eigene Schande bedeuten. Dazu sind wir gezwungen, weil die Arbeiterschaft derartige Vorkommnisse nicht mehr erträgt, nicht mehr ertragen will. Wir haben uns seinerzeit, als in Böhmen, in Wien, in Galizien der Polizeigeist geherrscht hat, in der ganzen Welt gerühmt, Steiermark ist doch noch ein freies Land. Heute aber marschieren wir an der Spitze jener Länder, in denen der Polizeigeist am stärksten ist. Wir glauben, daß in dieser Hinsicht nur eine Besserung zu erwarten wäre, wenn die beiden Verwaltungskörper zusammengelegt werden, das würde die Verwaltung demokratisieren, und das verlangen wir. Wir verlangen aber auch weiters angesichts der von mir vorgebrachten Beschwerde, daß sich die behördlichen Organe jeglicher Betätigung bei der Nothilfe, dem Selbstschutz oder den Heimwehren enthalten, da die Förderung dieser Vereinigungen und ihre Ausrüstung von Amts wegen als Mißbrauch der Amtsgewalt gehandelt werden muß. Wir verlangen weiters, daß jede Einwirkung der Landeshauptleute unterbleibt, die auf die Schmälerung der Rechte oder Behinderung der Tätigkeit der Vertrauensmänner oder Berufsorganisationen, oder der Ständevertretungen bei der Gendarmerie, Polizei oder Wehrmacht abzielt und daß darauf bezügliche Anordnungen sogleich rückgängig gemacht werden. Insbesondere aber verlangen wir auch, daß jedem parteiischen Vorgehen der Vorgesetzten in diesen Formationen sowie der Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der Angehörigen derselben entschieden entgegengewirkt wird.

Wir verlangen, daß der von der politischen Landesverwaltung, beziehungsweise dem Landeshauptmann ergangene Erlaß, der bestritten wird, der aber besteht, die Tätigkeit der politischen Parteien zu bespitzeln, sofort zurückgezogen wird und keinerlei Überwachung jener politischen Parteien erfolgt, die auf dem Boden der demokratischen Republik stehen.

Wir verlangen außerdem, daß die politischen Behörden, insbesondere die Landesbehörde, ihr Aufsichtsrecht über die Gemeinden vollkommen unparteiisch ausüben und ihre Entscheidungen bei Änderungen des Gemeindegebietes entsprechend dem Willen der Mehrheit der Gemeindeglieder treffen, sofern keine gesetzlichen Hindernisse entgegenstehen.

Wir verwahren uns besonders gegen die heute geübte Methode, solche Entscheidungen willkürlich zu verschleppen.

Hinsichtlich der Gemeindebudgets verlangen wir, daß der Bewilligung der Einhebung von Steuern und Zuschlägen wegen nicht wichtiger oder böswilliger Proteste einzelner Gemeindeangehöriger keine Hindernisse bereitet werden. Wir sind nicht geneigt, eine die Industriegemeinden benachteiligende parteiische Behandlung weiter hinzunehmen oder ihre finanzielle Benachteiligung bei der Aufteilung der Steuererträge durch das Land zu dulden.

Wir müssen aber weiter verlangen, daß der von der Landesregierung mit Bezug auf das Wohnungsanforderungsgesetz erlassene Erlaß bezüglich der Hausherrenvorschläge rückgängig gemacht wird.

Nun, meine Herren, wir sind selbstverständlich bereit, in loyalster Weise an der Ausgestaltung der Verwaltung des Landes und an der Ausgestaltung der Wirtschaft des Landes mitzuarbeiten. Wir sind, und das beweist ja die Tätigkeit unserer Mitglieder in der Landesregierung, bereit, unsere Kräfte in den Dienst des Landes zu stellen, aber wir müssen verlangen, daß im Lande so verwaltet wird, daß uns auch diese Mitarbeit fernerhin möglich gemacht wird. Unter den bisherigen Umständen nämlich, wenn das weiter erfolgt, was ich aufgezeigt habe, wird es uns unmöglich sein, in der bisherigen Weise mitzuarbeiten; dann wird es uns unmöglich sein, wirklich unseren Vorschlag, alles daranzusetzen im Interesse des Landes und der Bevölkerung, auch durchzuführen. Es wird hauptsächlich von den leitenden Personen der Mehrheit der Landesverwaltung abhängen, wie wir unser ferneres Verhalten einrichten. Wir erleben immer wieder, daß gerade Industriegemeinden in ihrer Tätigkeit gehemmt und gehindert werden, aber die Verwaltung der Industriegemeinden wird deshalb gehemmt und gehindert, weil sie der Hauptsache nach eine Mehrheit aus unseren Kreisen haben. Wir verlangen eine vollständig gleichmäßige Behandlung! Vielleicht wird nun gesagt, daß alle die Beschwerden, die vorgeführt wurden und nicht vollständig aktenmäßig belegt erscheinen, bloß so Redereien seien, aus Empfindungen entstanden, die keinen realen Hintergrund haben. Es wird uns im Laufe der Debatte über den Landesvoranschlag Gelegenheit gegeben sein, auch noch eine Reihe hier angeführter Beschwerdepunkte aktenmäßig zu belegen. (R u s c h a k: „Eine sehr reichliche Zahl wird vorhanden sein!“) Es wird uns möglich sein, dies aufzuzeigen. Es wird niemand behaupten können, es handle sich nur um eine Gespensterseherei. Wir sehen keine Gespenster, wir sind auch nicht ängstlich, das kann von uns niemand behaupten. Uns wäre es viel lieber, wenn wir solche Beschwerden nicht anzuführen gezwungen wären, uns wäre es viel lieber, wenn im Lande jener Zustand geschaffen würde, der in einer Reihe anderer Länder herrscht. Bei uns ist aber ein wirkliches Zusammenarbeiten infolge der einseitigen Tätigkeit gerade der führenden Personen der Mehrheitsparteien vollständig unmöglich. Wir warten darauf, daß die zur Leitung der Landesverwaltung berufenen Personen endlich sich wirklich der Landesverwaltung widmen.

Wir werden selbstverständlich auch sachlich zu dem Voranschlage, und zwar zu den einzelnen Einnahme- und Ausgabe-posten, Stellung nehmen. Das eine ist

sicher, daß Sie damit nicht rechnen können, daß wir ruhig die Ausgaben hinnehmen, die eigentlich einen rein parteipolitischen Charakter tragen. Im Finanzausschusse wurde beschlossen, und das bin ich verpflichtet besonders anzuführen, daß von den Ausgaben, die die mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten Privatschulen für Lehrer machen, 20 Prozent vom Lande getragen werden. Einer solchen Ausgabe, einer reinen Ausgabe für die klerikalen Schulen, können wir nie und nimmer zustimmen. Vielleicht hat sich der eine oder andere dazu verleiten lassen, für diese Ausgabe zu stimmen, weil auch der protestantischen Schule eine solche Zuwendung zukommt. Wir können nie solche Zuwendungen, die rein parteipolitischen Charakter haben, die rein klerikaler Art sind, zustimmen. Es ist dies ein Seitenstück zur bekannten Beschlußfassung im Nationalrate über die Kongrua. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß sich jede Kirche selbst zu erhalten hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten. — Widerspruch bei den Christlichsozialen. — Unruhe. — Wallisch: „Eure Kinder müssen die anderen erhalten!“ — Riemelmoser: „Der Wallisch!“)

Unser Grundsatz ist, die Trennung der Schule von der Kirche, die Kirche soll keinerlei Einfluß auf die Schule haben. Die klerikalen Privatschulen werden zu dem Zwecke gegründet (Gäß: „Kinder zu erziehen!“) — Ja, aber in welchem Sinne? — um den Klerikalen, beziehungsweise Christlichsozialen sichere Anhänger zu erziehen. (Lebhafteste Heiterkeit bei den Christlichsozialen. — Saringer: „Der Herr Doktor Enge ist ein lebendes Beispiel dafür?“) Nach den Gesten des Herrn Finanzreferenten dürften ab und zu mit den in diesen Anstalten, in den klerikalen Schulen erzogenen Kindern schlechte Erfahrungen gemacht werden. — Wir kennen aber dieses klerikale Schulwesen nur zu gut, um uns da Täuschungen hinzugeben. (Riemelmoser: „Ihr Seiß und Glöckel waren ja selbst darin!“) Der Herr Zwischenrufer ist ja ein ehemaliger strammer Deutschnationaler und nur ein Konjunkturklerikaler. (Dr. Enge: „Von Konjunktur sollten Sie nichts reden!“) Vielleicht werden Sie so etwas mir noch zumuten. Ich kenne alle, die da bei uns sitzen, ziemlich genau und da wird mit Konjunktur nicht viel los sein. (Dr. Enge: „Der Doktor Eisler mußte selbst gegen Ihre Konjunktur, Ihre Novembersozialisten, Stellung nehmen!“) Herr Doktor Enge hat in der Zeitung gelesen, daß Dr. Eisler gegen etwas Stellung genommen hat. Sie wissen natürlich nicht, ob es wahr ist. Wenn eine Stellungnahme erfolgt wäre, so handelte es sich darum, in welcher Weise. Und ich würde selbst dann, wenn Konjunktursozialisten . . . (Riemelmoser: „Schauen Sie sich nur um, da finden Sie sie schon!“) Ich finde gar nichts. Alle, die Konjunktursozialisten waren, haben sich schon wieder in Ihre Reihen zurückgefunden, die erwartet haben, daß man in unserer Partei sein Geschäft machen kann, diese Konjunktur ist nicht eingetreten. (Leichin: „Ihr Landeshauptmann ist ja auch ein Novemberchrist!“) Diese Leute sind schon wieder verschwunden. Ich würde es aber vollends begreifen, wenn sich eine große Zahl von sogenannten Novembersozialisten in unseren Reihen befänden nach den

Scheußlichkeiten des viereinhalbjährigen Krieges, nach dem vollständigen Zusammenbruch. Ich würde es begreifen, wenn sich eine große Zahl von Leuten uns, den Sozialdemokraten, zugewendet hätte, die wir Gegner dieses Krieges waren. (Gäß: „Mit Ausnahme des ‚Arbeiterwille‘, der Augusterklaration desselben vom 1914er Jahre. Das ist ja keine Schande, nur das Schimpfen darüber ist eine Schande!“ — Schreckenthall: „Loblieder haben Sie dem Kriege gesungen!“) Ich erkläre, daß das absolut unwahr ist, ich will nicht sagen, gelogen, sondern unwahr. Sie, Herr Kollege Schreckenthall, mögen sich in einem Irrtum befinden. Können Sie eine Nummer des ‚Arbeiterwille‘ herbringen, wo wir für den Krieg geschrieben haben? Ich konstatiere, daß unsere Partei bei Ausbruch des Krieges mit einer Kundgebung in einem Manifest gegen den Krieg Stellung genommen hat. (Riemelmoser: „Was hat Friß Aldler gesagt? Lesen Sie das Buch ‚Vor dem Ausnahmengericht‘. Ich habe es gelesen!“) Ich kenne unsere Parteischriften, ich kenne auch den Inhalt unserer Parteizeitungen wahrscheinlich besser als Sie, Herr Kollege Riemelmoser (Riemelmoser: „Wenn Sie es nicht gelesen haben, so leihe ich's Ihnen!“), und ich bin ein viel zu ehrlicher Mensch, um es zu verleugnen, wenn irgend eine Äußerung, die den Krieg verherrlicht, in den Arbeiterblättern enthalten gewesen wäre. Der berühmte Artikel, auf den sich alle berufen, der in der „Arbeiterzeitung“ erschienen ist, der enthält nichts anderes als eine Verherrlichung der Vereinigung mit Deutschland, aber nicht eine Verherrlichung des Krieges. (Rufe: „So ist es!“) Wir stehen heute wie immer auf dem Standpunkte der Gemeinsamkeit mit Deutschland, wir waren während des Krieges dafür und sind auch heute, trotzdem viele davon nichts mehr wissen wollen, noch immer für den Anschluß an Deutschland. Und nicht zum geringsten Teile haben wir auch in unserem Kampfe gegen die Seipelsche Sanierung darauf verwiesen, daß gerade diese einen Anschluß an Deutschland auf Jahrzehnte hinaus unmöglich erscheinen läßt. (Gäß: „Deshalb haben Sie die Inflation gemacht!“) Nun, das ist ein komischer Zwischenruf. Doch wir kommen, wenn man auch Zwischenrufe antwortet, von der eigentlichen Sache ab. (Ruschkak: „Wir haben ja doch Zeit!“) Man wird dadurch abgelenkt und kommt auf andere Gebiete. (Wallisch: „Die Herren wünschen doch die Aufmerksamkeit abgelenkt, weil das schmerzt, was man sagt. Das tut ja bitter wehe!“)

Wir werden also einer solchen Post, Landesgelder für klerikale Schulen zu geben, nie zustimmen. Aber es zeigt sich, meine Herren, wie weit die Herren sich bereits vorwagen können, daß Sie sich nicht mehr scheuen, einen solchen Antrag zu stellen, und daß ein solcher Antrag auch eine Mehrheit findet. (Zwischenruf.) Kommen Sie mir nicht mit der evangelischen Schule; ich weiß nicht, was auch von der israelitischen Schule die Rede? (Dr. Hübler: „Den Antrag können Sie stellen, Herr Kollege!“ — Leichin: „Sie sind ja der Verteidiger von Bofel!“ — Dr. Hübler: „Aber der ist doch Ihr Parteimann!“ — Hornik: „Das ist der Ärger über die Hammerbrofwerke!“) Ich muß erklären, daß ich die Zumutung des Kollegen

Dr. H ü b l e r, daß ich diesen Antrag wegen der israelitischen Schule stellen soll, zurückweisen muß, weil wir grundsätzlich auf dem Standpunkte stehen, daß konfessionelle Schulen aus öffentlichen Mitteln nicht unterstützt werden dürfen. Ich habe nur gefragt, wenn Sie an die evangelische Schule denken, ob Sie nicht zugleich auch an die israelitische gedacht haben. Sie haben die evangelische Schule und wie viele haben die Klerikalen katholische? (S c h r e c k e n t h a l: „Es sind doch auch mehr Katholiken!“) Wir haben dafür unsere Volksschulen. (S a ß: „Wenn man sie zusperrern würde, so wäre das eine Katastrophe für das Land!“ — Dr. A h r e r: „Warum schicken denn Ihre Parteigenossen ihre Kinder in unsere katholischen Privatschulen?“) Erstens einmal müssen Sie mir den bringen, der das tut. Es ist das eine Behauptung Ihrerseits, die Sie beweisen müssen. Herr Dr. A h r e r, Sie müssen sagen, in welche Ihrer Schulen Kinder unserer Parteigenossen gehen. (Große Unruhe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe im Hause.

Keser (fortfahrend): Ich habe mich sehr gewundert, daß ein solcher Antrag unter der Zustimmung der Herren Großdeutschen angenommen wurde, weil er sonst nicht hätte angenommen werden können. Ich begreife, daß die Herren vom Bauernbund allenfalls für einen solchen Antrag stimmen. Das begreife ich, denn sie sind doch sozusagen ein christlicher Bauernbund. (A u f t: „Aber auch erst seit ein paar Jahren!“ — S c h r e c k e n t h a l: „Wie Sie noch Wanderlehrer bei der Südmärk oder beim Schulverein waren!“) Ich begreife das, denn der Bauernbund könnte sonst, wenn Sie dagegen stimmen würden, wenn Sie, so wie früher einmal, wieder freiheitlich sein würden ... (Bündlerzwischenruf: „Sind wir auch!“ — H i r t: „Lang, lang ist's her!“) Das war einmal, daß sie antiklerikal waren. Heute werden Sie sich nicht dazu herbeilassen, denn dann müßten Sie zeigen, daß Sie nicht sehr christlich sind und könnten den Christlichsozialen nicht jene Konkurrenz machen, auf die Sie noch hoffen. Aber wie kommen die Großdeutschen dazu, daß sie für einen solchen Antrag stimmen? (Dr. H ü b l e r: „Wir wollen die Subvention für die evangelische Schule durchbringen!“) Das wäre so, wie wenn ich wegen einer Semmel dem andern einen ganzen Ochsen schenken würde. (Dr. H ü b l e r: „Wenn Sie die Semmel haben wollen, werden Sie den Ochsen herschenken!“) Meine Herren, ich habe geglaubt, daß in den Reihen der Großdeutschen bessere Geschäftsleute sind, als wie sie sich da zeigen, denn wegen einer Semmel gibt man doch nicht einen Ochsen her. (P o n g r a ß: „Hans im Glück!“) Aber das ist bloß ein miserables Beispiel. Hier handelt es sich um prinzipielle Dinge, um Ideale. Ich glaube, daß Ihre Partei — ich kenne sie jetzt weniger genau, denn erstens ist sie kleiner geworden, da ist die Untersuchung schwerer, zweitens ist sie neu, sie hat ja früher anders geheißsen ... (Dr. H ü b l e r: „Dann werden die Augen immer schlechter!“ — M a c h o l d: „Man sieht auch dort immer weniger!“ — S a r i n g e r: „Weil fast nichts da ist, kann man nichts sehen!“) — einst Grundsätze gehabt hat. Ich kann mich noch erinnern an Zeiten, wo die Deutsch-

nationalen, und Sie sind doch die Nachfolger der Deutschnationalen, Grundsätze nicht bloß in nationaler, sondern auch in kultureller Beziehung gehabt haben. Diese Grundsätze scheinen Sie heute nicht mehr zu besitzen, wenn Sie für eine solche Post stimmen.

Es gibt noch eine Reihe von anderen Posten im Voranschlage, für die wir absolut nicht zu stimmen bereit sind. Es wird sich noch bei den einzelnen Kapiteln und Titeln Gelegenheit ergeben, über diese Posten zu reden. Meine Aufgabe ist es, unsere Stellungnahme bei Beratung des Voranschlages zur Landeswirtschaft und zu den Handlungen der Landesregierung zusammenzufassen. Ich habe dies, soweit es in meinen allerdings schwachen Kräften steht, zu tun versucht, und ich glaube, daß es mir einigermaßen gelungen ist, das System aufzuzeigen, welches heute in Bezug auf die Landesverwaltung, insbesondere in der politischen Verwaltung, herrscht. Ich habe schon darauf verwiesen, daß wir nicht bereit sind, dieses System weiter zu dulden, und habe eine Reihe von Forderungen bekanntgegeben. Unser weiteres Verhalten in der Verwaltung und zur Verwaltung wird davon abhängen, ob diese von mir gerügten Zustände sich ändern. Wir glauben allerdings nicht, daß wir bei diesem Kampfe gegen die aufgezeigten Übelstände allein bleiben werden, daß selbst dort, wo ein entschiedenes und erwiesenes Unrecht oder parteiische Übergriffe vorliegen, irgendwie darauf rechnen können, daß auch Sie das als Unrecht empfinden und mit uns den Kampf gegen dieses führen. Wir wissen, daß in Ihren Reihen, ich will nicht sagen der Haß — der Ausdruck klingt zu hart —, die Abneigung gegen unsere Parteiangehörigen, unsere Klasse so groß ist, daß diese Abneigung es nicht zulassen wird, daß Sie gerecht zu urteilen vermögen. (H o r n i k: „Siehe Pichler in Bruck!“ — W a l l i s c h: „Das werden Sie beweisen!“ — H o r n i k: „Das werde ich!“ — M a c h o l d: „Morgen kommt der Pichler!“) Es wird noch Gelegenheit sein, über den Zwischenruf zu reden. Das ändert aber an unserem Urteil über Ihr Verhalten nicht das geringste. Das eine ist sicher, selbst wenn von unserer Seite irgend jemandem unseres Erachtens ein Unrecht geschehen ist, wir das nicht gutheißen, sondern trachten, dies zu beseitigen. (Zwischenrufe der Großdeutschen.) Ich wiederhole, daß wir bezweifeln, daß Sie selbst dort, wo wir im Rechte sind, wo nach allgemeinem objektiven Empfinden Übelstände, die vorliegen, die beseitigt werden können, daß Sie uns bei Beseitigung dieser Übelstände unterstützen. (Zwischenruf: „Es kommt darauf an!“) Wir rechnen nicht damit, daß wir in unserem Kampfe gegen das System R i n t e l e n von irgend einer Seite eine Unterstützung finden, wir glauben stark genug zu sein, dieses System beseitigen zu können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Es liegt mir daran, offen zu erklären, Herr Landeshauptmann, daß wir nicht bereit sind, uns derlei Amtshandlungen, wie sie in Ihrem Ressort vorkommen, weiter gefallen zu lassen. Wir erklären offen, daß wir nicht bereit sind, weitere Veranlassungen zu dulden, die in monarchistische Kundgebungen auslaufen. Wenn Sie sich brüsten, daß Wehrmacht, Polizei und Gendarmerie wirklich schon in der Verfassung sind, die öffentliche Ruhe und Ordnung

aufrecht zu erhalten, Sie sich aber nicht stark genug fühlen, derartigen Dingen entgegenzuwirken, so werden wir dies aus eigenem besorgen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Unser Bestreben war bisher, im Lande soviel Ordnung als nur denkbar war, nach der Verwirrung, die der Krieg in den Gemütern und im Wirtschaftsleben erzeugte, zu machen. Wir haben uns bemüht, selbst dort, wo Sie Eingriffe gemacht haben, bei denen zu befürchten war, daß sie zu Zusammenstößen führen könnten, deren Auswirkungen nicht absehbar waren, wieder Ordnung zu schaffen und haben getrachtet, daß alles in geregelten Bahnen gehen kann. Aber wenn wir dafür, daß wir loyal im Dienste des Landes, der Allgemeinheit wirken, als Dank nichts anderes haben, als daß Sie uns durch die Polizei überwachen lassen und obendrein erklären, es handle sich da um das gesetzliche Recht, wenn Sie sich bestreben, daß unsere gewerkschaftlichen Vertrauensmänner und die Standesvertretungen in den verschiedenen Formationen unmöglich gemacht werden, dann sind wir gezwungen, nicht wie heute, nur den Leuten bloß zu sagen, treten unserer Partei bei, sondern andere Mittel zu ergreifen. Ich habe den Auftrag, seitens meines Klubs zu sagen: Entweder Sie ändern Ihr System und Ihre Wirtschaft, oder es tritt eine vollständige Änderung in unserer Stellung Ihnen gegenüber ein! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wallisch: Hohes Haus! Wenn man über einen Voranschlag verhandelt, sollte man meinen, daß sich jene Personen, welche den Voranschlag ausgearbeitet haben, auch mit jenen Menschen beschäftigen, die in diesem Lande leben, und wenn man diese Menschen betrachtet, so soll man dies von dem Standpunkte aus tun, wo ist irgend etwas zu helfen, wo soll man stützen, wo ist jemand krank. Wir wissen, daß sich unser Staat in einer schweren Wirtschaftskrise befindet. Die Folge dieser Krise ist, daß wir in Steiermark nach dem letzten Ausweise der Industriellen Bezirkskommission über 13.000 Arbeitslose haben, und diese Arbeitslosen sind natürlich eine Krankheit an unserem Wirtschaftskörper. Man sollte nun meinen, daß die verantwortliche Leitung des Landes sich Gedanken darüber macht, wie man diese Krankheit sanieren, wie man an der Notlage dieser Menschen irgend etwas lindern könnte. Wir haben den Voranschlag gründlich studiert und mußten zur Überzeugung kommen, daß man für die Not der Arbeitslosen in diesem Voranschlage absolut nichts getan hat, wenn man davon absieht, daß der Herr Finanzreferent Dechant Prisching insgesamt 100 Millionen Kronen aufgenommen hat. Wenn man nun weiß, daß man nur für Diäten beim Religionsunterricht der Geistlichen 2 Milliarden Kronen ausgibt und man weiß, daß 13.000 Arbeitslose insgesamt nur 100 Millionen Kronen bekommen sollen, so ist das gewiß ein Beweis dafür, daß jene Partei, die sich heute christliche Arbeiter- und Volkspartei nennt, mit Unrecht diesen Namen angeeignet hat. Man soll natürlich nicht bloß die Arbeitslosen unterstützen, an sie Unterstützungen ausbezahlen. Wir wissen, daß die Bauernbündler in dieser Richtung einen noch viel konservativeren Standpunkt einnehmen als die Christlichsozialen, weil sie bei jeder Gelegenheit gegen die

Arbeitslosen Stellung nehmen. Wir haben auch nicht verlangt, daß beschlossen werden soll, daß im Voranschlage eine Bestimmung aufgenommen werde, daß die Arbeitslosen zu der staatlichen Unterstützung noch irgend einen Betrag bekommen pro Woche, sondern eine Regierung und deren Finanzreferent, dem das Los der notleidenden Bevölkerung wirklich am Herzen liegt, mußte sich auch sagen, es gibt nicht nur Arbeitslose, sondern es gibt in Steiermark auch Tausende von Wohnungslosen. Diese wohnungslosen Personen brauchen Wohnungen, und wenn sich die steirische Landesregierung wie die Wiener Regierung entschließen würde, Wohnungen zu bauen, so würde nicht nur die Not der Wohnungslosen gelindert werden, sondern man könnte auch den Arbeitslosen damit unter die Arme greifen. Es wäre dies eine Belebung unserer Wirtschaft. Wenn wir die Belebung unseres Wirtschaftskörpers, das Auffrischen unseres kranken Wirtschaftssystems untersuchen und fragen, was ist auf diesem Gebiete geschehen, so müssen wir feststellen, daß in dem Voranschlage für diesen Zweck fast nichts vorgesehen ist. Für die Linderung der Not der Obdachlosen, der Wohnungslosen, geschieht gegenwärtig in Steiermark nichts, das von der Landesregierung unterstützt würde. Wir lesen in den Zeitungen, daß sich Wien entschlossen hat, 1500 Wohnungen zu bauen. Durch den Bau dieser Wohnungen wird natürlich nicht nur den Wohnungslosen geholfen, sondern auch den Arbeitslosen, das Gewerbe wird befruchtet, die Industrie bekommt Bestellungen, es wird also tatsächlich der kranke Wirtschaftskörper aufgefrischt. So etwas finden wir bei uns nicht, aber wir finden einen weniger günstigen Zustand in Steiermark, und der Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen, der eigentlich der Verantwortliche dieses ganzen Zustandes in Steiermark ist, der hält es nicht für notwendig, bei einer so wichtigen Beratung, wo man Gelegenheit hat, sich zu beklagen und seine Schmerzen zu schildern, anwesend zu sein; er geht aus dem Saale fort und denkt sich, reden sie, was sie wollen, ich werde weiter das tun, was ich will, ich bin ja der Landeshauptmann, und ich habe ja meine christlichsozialen Abgeordneten hinter mir, die müssen zu allem, was ich tue, Ja und Amen sagen. Das ist eine Provokation, daß der Herr Landeshauptmann, wenn die zweitgrößte Partei des Landes Erklärungen abgibt, sich aus dem Saale entfernt. (Doktor Enge: „Vor Ihnen laufen ja die eigenen Leute davon!“) Diese Leute sollen von mir nicht zur Verantwortung gezogen werden, sondern ich habe mit den verantwortlichen Leuten des Landes abzurechnen. Ich spreche nicht in eigener Person, sondern im Namen einer Partei. Nehmen Sie dies zur Kenntnis, Herr Kollege Dr. Enge. (Dr. Enge: „Was ist mit Ihrem Kollegen Oberzaucher, der auch nicht da ist!“ — Oberzaucher (sich erhebend): „Ich bin hier!“ — Heiterkeit.) Wenn wir uns also mit der Wohnungsnot beschäftigen, werden wir in erster Linie feststellen müssen, daß zur Linderung der Wohnungsnot nichts geschehen ist; wir müssen allerdings so aufrichtig und ehrlich sein, festzustellen, daß der Herr Landeshauptmann bemüht war, zum Schmerze der Wohnungslosen, die angebliche Not der Hausbesitzer zu lindern. Er hat

im vergangenen Jahre eine Verordnung herausgegeben, er scheint die Konkurrenz des Pistor sehr stark zu fürchten, und hat sich entschlossen, das Wohnungsanforderungsgesetz herauszugeben, das einen glatten Rechtsbruch bedeutet. Es ist wiederholt festgestellt worden, und wir stellen neuerlich fest, daß wir einen solchen glatten Rechtsbruch, der einen Faustschlag für die wohnungslose Bevölkerung bedeutet, unter keinen Umständen dulden werden. Die Christlichsozialen schreien jetzt nicht um Beweise, sie verlangen nicht, man solle beweisen, deshalb werde ich diesem Wunsche, bevor er gestellt ist, sofort nachkommen. Ich werde den Beweis sofort glatt erbringen. Es ist ein Bundesgesetz herausgekommen. Im Sinne dieses hat jede Gemeinde das Recht, Wohnungen anzufordern. Es wird in diesem Bundesgesetz auch vorgeschrieben, daß die Gemeinde an einem Hausherrenvorschlag gebunden ist. Nachdem dieser Vorschlag ergeht, lautet dieses Gesetz noch folgendermaßen: „Fordert die Gemeinde den Wohnungsbedarf anderer in der dringlichsten Vorrangsklasse vorgemerkten Bewerber für dringlicher oder ist sie aus öffentlichen Rücksichten gezwungen, für die im Absatz 3 erwähnten Notstandsfälle vorzusehen, so hat sie ihrerseits dem Hauseigentümer mindestens zwei Bewerber vorzuschlagen, und demjenigen die angeforderten Räume zuzusagen, den der Hauseigentümer binnen 24 Stunden bei sonstigem Verluste seines Wahlrechtes auswählt.“ Diese Bestimmung, die der Gemeinde die Möglichkeit gibt, gegen die Willkür der Hausbesitzer sich zu schützen, wurde aus der Wohnungsanforderungsverordnung direkt hinausgestohlen. Es hat der Herr Landeshauptmann in keiner Bestimmung des Gesetzes auch nur die kleinste Berechtigung, diesen Passus abzuändern, diesen Passus verschwinden zu lassen. Er sagt aber in seiner Verordnung ganz einfach: „Bei der allgemeinen Anforderung von Wohnungen sind jedenfalls die Bestimmungen des § 25, Absatz 4, zu beachten und es haben weiters die Bestimmungen des § 25, Absatz 5, mit der Abänderung zur Anwendung zu kommen“, und hier sagt er, daß die Gemeinde unbedingt auf den Hausherrenvorschlag angewiesen ist, so daß jeder Wohnungslose und jeder, der Anspruch auf eine Wohnung erhebt, zum Hausbesitzer gehen und alleruntertänigst bitten muß, ihn in den Hausherrenvorschlag aufzunehmen. Wenn die Gemeinde auch nachweist, daß andere einen viel dringenderen Bedarf haben, eine Wohnung zu erhalten, so nützt es nichts. Der Herr Landeshauptmann unterstützt die Korruption, die Auslieferung an den Hausbesitzer, so zum Beispiel verlangt Herr Piatek in Bruck, kein Österreicher, sondern aus Polen eingewandert, von jedem Manne, der von ihm die Aufnahme in den Hausherrenvorschlag verlangt, eine Abgabe von 200.000, 300.000 bis 500.000 Kronen. Er muß sich verpflichten, monatlich 200.000 Kronen zu bezahlen, sonst kommt er nicht in die Wohnung hinein. So sieht es aus, weil der Herr Landeshauptmann sich unterstanden hat, das Gesetz so mit Füßen zu treten. Unserer Meinung nach sollte der erste Funktionär der Landesverwaltung bestrebt sein, nur die Gesetze einzuhalten und im Sinne der bestehenden Gesetze zu handeln. Wir müssen feststellen, und das ist eigentlich der Schmerz aller Industriegemeinden,

weil sie nicht in der Lage sind, die Wohnungsnot zu lindern; anstatt dafür zu sorgen, daß den wohnungslosen Wohnungen zur Verfügung gestellt werden, wird auf diesem Gebiete nicht nur nichts geschaffen, sondern man gibt die große Zahl der Wohnungslosen der Willkür der Hausbesitzer preis. Damit ist aber der Herr Landeshauptmann auch nicht zufrieden, er will bedingungslose Unterwerfung unter die Hausbesitzer. Er stellt sich auf den Standpunkt, ohne hierfür irgend eine gesetzliche Unterlage zu haben, daß der Wohnungsausschuß paritätisch zusammengesetzt werden muß. Im Gesetz heißt es, der Gemeinderat wählt einen Unterausschuß, den Wohnungsausschuß. In diesen werden in der Regel nur Gemeinderäte gewählt. Der Herr Landeshauptmann wünscht auch Nichtgemeinderäte. Es müssen die Hälfte des Wohnungsausschusses Hausbesitzer sein. Also, ohne dafür nur eine Unterlage zu besitzen, wird der Wohnungslose, der ohnedies der Willkür des Hausbesitzers ausgeliefert ist, auch noch der Gefahr ausgeliefert, daß im Wohnungsausschuß die Hausbesitzer die Majorität bekommen und das Mietengesetz über den Haufen geworfen wird. So konnte es passieren, daß bei uns in Bruck der Hofmann, ein Fabrikant, der seine Firma oft wechselt, sechs leere Wohnräume besitzt und noch weitere drei Parteien delogiert, all dies mit Berufung auf den Herrn Landeshauptmann. Sie können versichert sein, daß nach solchen Ereignissen die Bevölkerung keine besondere Freude hat, wenn sie den Namen dieses Herrn hört und daß der Herr Landeshauptmann keine allzu große Beliebtheit genießt! In einer Gemeinde, die hauptsächlich aus Industriearbeitern besteht, die hauptsächlich an der Wohnungsnot leiden, ist er aber direkt verhaßt. Es wäre eine andere Möglichkeit, die Produktion zu erhöhen, die produktive Arbeitslosenfürsorge zu betreiben. Gerade wir Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkte, daß man nicht durch Nichtstun zu etwas kommen kann, daß wir vielmehr durch Förderung von produktiver Arbeit in die Lage versetzt werden, unsere Wirtschaft zu sanieren. Ich habe Vergleiche aufgestellt, und da muß ich feststellen, daß im Jahre 1913 für Straßen- und Eisenbahnbauten in Steiermark, valorisiert nach unserem Geldwerte, 12 Milliarden Kronen ausgeben worden sind. Wenn wir den Voranschlag ansehen, müssen wir feststellen, daß wir heuer für diese Zwecke kaum 8 Milliarden Kronen vorgesehen haben, obwohl wir uns nach einem fünfjährigen Kriege befinden. Seit dem Umsturz ist an Straßen nichts hergestellt worden. Wir verweisen nur auf die Verbindung Wegscheid—Weichselboden—Frein—Mürzsteg. Bei den von der Welt verlassenen Menschen ist im Winter ein Verkehr mit der Außenwelt nicht möglich, die Leute können mit niemandem in Fühlung kommen. Während der Wintermonate sind sie nicht in der Lage, eine Post zu bekommen. Für die Linderung der Notlage dieser Menschen wird nichts getan. Es gibt die Landesregierung für solche Zwecke, nachdem die Straßen in einem solchen desolaten Zustande sind, nur zwei Drittel von dem her, was man 1913 unter viel günstigeren Verhältnissen, wo die Straßen sich nicht in einem so schlechten Zustande befunden haben, ausgeben hat. Es ist tatsächlich auf diesem Gebiete nicht

das geschehen, was wir erwartet hätten. Wir haben vom Herrn Finanzreferenten erwartet, daß er ein Investitionsprogramm ausarbeitet. Wir hören, daß in dreizehnter Stunde die Landesregierung über Vorschlag des Herrn Uhrer sich doch entschließen wird, ein Investitionsprogramm auszuarbeiten. Wir fürchten, daß dieses das gleiche Schicksal erleiden wird, wie der Entwurf über die gewerblichen Fortbildungsschulen. Da hat der Herr Landesrat G a s diesen Entwurf über ein Jahr in seiner Schublade liegen lassen; und jetzt nach einem Jahr kommt er wieder mit einem Vorschlag und dieser dürfte wieder in irgend einem Fache verschwinden. Solange Sie so arbeiten, werden Sie sich nicht das Vertrauen der Bevölkerung erringen, sondern es kann das Gegenteil erfolgen.

Ich muß noch auf einen großen Übelstand zu sprechen kommen, und zwar handelt es sich um das Trainzeugdepot in St. Marein. Der Herr Landeshauptmann hat dieses seit fünf Monaten in Verwaltung. In diesem Gebäudekomplex könnten mindestens 200 Wohnungen geschaffen werden, aber man hat bisher für diesen Zweck nichts getan, sondern man ist mit irgend einer Holzbau-Aktiengesellschaft in Verhandlungen getreten, und diese ist auch schon auf dem besten Wege, dort nicht Wohnungen zu bauen, nicht für die Wohnungslosen Unterkunft und für die Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit zu schaffen, sondern die wenigen Einwohner des Trainzeugdepots auch noch zu delogieren. Man will noch diese wenigen Leute, die dort untergebracht sind, auf die Straße schmeißen. (O b e r z a u c h e r: „Das ist christlich!“) Das ist die christliche Nächstenliebe, wie sie sich der Herr Dr. K i n t e l e n vorstellt! Das alles nur deshalb, weil der Herr Landeshauptmann irgend einer Aktiengesellschaft eine Gefälligkeit erweisen will. Wir erklären, solange die Landesregierung, besonders der Herr Landeshauptmann, nicht bereit sein wird, in dieser Sache gerecht vorzugehen, solange können wir uns nicht zufrieden geben.

Nun komme ich zu einer anderen wichtigen Sache, und zwar hat die christlichsoziale Partei durch ihr Organ für Steiermark, das „Volksblatt“, vorige Woche eine Erklärung veröffentlicht, mit welcher sozusagen der Wahlkampf für die Gemeinderatswahlen eingeleitet worden ist. In dieser Erklärung wird festgestellt, daß die christlichsoziale Partei für die vollständige Autonomie der Gemeinden ist. Ich habe noch nie soviel gelacht, als beim Lesen dieses Wahlauftrages der christlichsozialen Partei. Das ist der neueste Witz des Jahres 1924. Wir, die wir in den Industriegemeinden jede Woche von der christlichsozialen Landesregierung auf irgend eine Art und Weise belästigt werden, wir sollen so etwas ernst nehmen, daß diese Herren die Autonomie der Gemeinden anstreben. Ja, vergessen Sie Ihre früheren Äußerungen? Schämen sich die Herrschaften gar nicht, ist ihnen jede Schamröte in Verlust geraten, daß sie jetzt auf einmal sagen, sie seien für die Autonomie der Gemeinden? Es vergeht fast kein Tag, wo nicht irgend eine sozialdemokratisch verwaltete Gemeinde auf irgend eine Art und Weise vergewaltigt wird. Es genügt nicht, daß in diesen Gemeinden einstimmig, auch mit den Stimmen der Bürgerlichen, ein

Beschluß gefaßt wird. Darüber setzen sich die Herren der christlichsozialen Landesregierung hinweg und es werden diese Beschlüsse aufgehoben. Wenn es sich aber um eine bürgerliche Mehrheit handelt, so sind natürlich die Herrschaften nicht nur für die Autonomie, sondern sie sind sogar dafür, daß die Machthaber dieser Gemeinden die Gesetze mit Füßen treten. Da kann ich Ihnen auch wieder mit einer Menge von Beispielen dienen. Sie dürfen nicht glauben, daß, wenn wir heute die Gelegenheit benötigen, um Beschwerden vorzubringen, daß das nur deshalb geschieht, um etwas zu sagen. Wir bringen das hier zur Sprache, weil wenn wir zu unseren Versammlungen kommen, wir nichts anderes hören als Klagen und Beschwerden über die Vergewaltigung von sozialdemokratischen Minderheiten seitens christlichsozial verwalteter, beziehungsweise von bürgerlichen Mehrheiten geleiteter Gemeinden. Die bürgerlichen Gemeinden glauben, bestehende Gesetze überhaupt nicht einhalten zu brauchen, und wenn man sich vertrauensvoll an die christlichsoziale Landesregierung wendet, bekommt man überhaupt keine Erledigung oder ist diese Erledigung einseitig und parteipolitisch gegen die sozialdemokratische Partei gewendet. Es ist daher nicht zu verwundern, daß sich diese Bürgermeister einbilden, bestehende Gesetze überhaupt nicht mehr beachten zu müssen. Jedes kleine Kind weiß, daß man in jeder öffentlichen Körperschaft am Ende eines Jahres einen Jahresvoranschlag für das kommende Jahr ausarbeiten muß. Wenn man bei einer Gemeinde einen solchen aus verschiedenen Gründen nicht ausarbeiten kann, dann muß man sich eben ein Provisorium bewilligen lassen. Was jedes kleine Kind weiß, das weiß zum Beispiel der Herr Bürgermeister in der Breitenau nicht. Der Herr Bürgermeister in der Breitenau wirtschaftet schon seit 1. Jänner 1924 bis heute, ohne auch nur daran zu denken, sich einen Voranschlag oder ein Provisorium auszuarbeiten, respektive bewilligen zu lassen. Die sozialdemokratischen Gemeinderäte haben in einer Gemeinderatsitzung unter Berufung auf die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen verlangt, es möge ein solcher Voranschlag ausgearbeitet oder, wenn das nicht geht, möge wenigstens um ein Budgetprovisorium ange sucht werden. Es wurde dieses Ansuchen glatt abgelehnt. (Widerpruch bei den Christlichsozialen.) In Breitenau gilt also das Gesetz nicht, die Herren haben keine Ahnung, wie man eine öffentliche Körperschaft zu verwalten hat. (Rufe bei den Christlichsozialen: „Oh, das wissen wir schon!“) Der Herr Landesrat R i e g l e r ist derjenige, der hauptsächlich daran schuld ist, dem ist das Gesetz nicht maßgebend. Es haben sich die sozialdemokratischen Gemeinderäte schon im Monate Februar mit einer Beschwerde an die Landesregierung gewendet, der Herr Landesrat R i e g l e r hat seit zwei Monaten bis heute nicht einmal eine Antwort darauf erteilt. Aber nicht nur das ist in dieser Gemeinde geschehen; dort hat man sogar die Wählerschaft ihres Wahlrechtes beraubt. Man ist hergegangen und hat die Wählerliste, die 14 Tage aufliegen soll, nicht 14 Tage aufgelegt, der Herr Bürgermeister hat nach einigen Tagen, nachdem die Wählerliste aufliegen hätte sollen, nach 6 oder 8 Tagen, diese Wählerverzeichnisse unter-

fertigt, hat also eine offenkundige Fälschung begangen. Er hat die Wählerliste nach rückwärts datiert, und Landesrat Riegler kümmert sich um diese Geschichte nicht, weil er sich wahrscheinlich so große Verdienste um die Wiederbesiedlung erringen will. Er scheint sich, glaube ich, stark um solche Dinge zu interessieren und hat keine Zeit, sich im Ernste um wichtige Beschwerden zu kümmern. (Riegler: „Wir werden schon antworten!“) Ja, meine Damen und Herren, wenn derartige Dinge geschehen, dürfen Sie sich nicht wundern, daß man überhaupt glaubt, in einem Lande zu sein, wo es keine Gesetze mehr gibt, wo nur die brutale Gewalt besteht, wo man, wenn man gegen diese brutale Gewalt etwas ausrichten will, mit Gegengewalt oder Gegenmitteln sich das Recht erkämpft. (Zenj: „Da ist es in Bruck viel besser! Das glaube ich, daß es dort viel besser geht, weil es einen eifrigen Anhänger Bela Kun in seiner Gemeinde als Berater hat. Der Bela Kun hat halt viel besser regiert!“) Das müssen Sie viel besser wissen, denn Sie haben eben einen Bela Kun gleichwertigen in die Gemeinde aufgenommen. (Zenj: „Haben Sie ihn dort kennen gelernt?“) Es scheint Ihr besonderer Busenfreund zu sein, weil Sie sich für ihn einsetzen. (Zenj: „Sie scheinen gute Arbeit gemacht zu haben miteinander!“)

Nun komme ich zu einer anderen wichtigen Angelegenheit, und zwar handelt es sich auch wieder um eine Gesetzesverletzung der Landesregierung (Burg), für die der Herr Landeshauptmann Rintelen verantwortlich ist. Im Sinne des § 38 des Wahlgesetzes für die Nationalratswahlen muß in jedem Bezirk eine Bezirkskommission, eine Bezirkswahlbehörde und auch eine Berufungskommission aufgestellt werden. In Bruck ist eine Bezirkswahlbehörde aufgestellt, ebenso eine Berufungskommission für den Bezirk Bruck aufgestellt worden. Die Bezirkswahlbehörde hat die Kreiswahlbehörde aufgestellt und es wurde die Zahl der Mitglieder mit 12 festgesetzt. Die Landesregierung (Burg) hat aber die Zahl der Berufungskommissionsmitglieder mit 11 festgesetzt. (Dr. Alhrer: „Das ist ein Irrtum!“) Warum? Sehen Sie, das ist das Interessante. Das war kein Irrtum, sondern Ihr Wille, es kennzeichnet Sie. Jetzt ist die Sache natürlich repariert worden, weil wir mit einer dringlichen Anfrage gedroht haben, diese Mißwirtschaft an den Pranger zu stellen. Es ist Tatsache, daß Bezirke mit 15.000 Wahlberechtigten zwölf Mitglieder in der Berufungskommission hatten, während der Bezirk Bruck mit 29.000 Wahlberechtigten nur 11 Mitglieder bekommen sollte. Warum? Weil, wenn diese Kommission aus 12 Mitgliedern zusammengesetzt ist, die Sozialdemokraten die sichere Mehrheit haben, indem 7 Sozialdemokraten und 5 Bürgerliche ernannt werden müssen. Haben wir nur 11 Mitglieder, so erhalten die Sozialdemokraten 6, die Bürgerlichen 5 Sitze, den Vorsitz hat der Bezirkshauptmann, der hält gewöhnlich mit den Bürgerlichen, also haben sie sich ihre Mehrheit gesichert, und, um den Sozialdemokraten ein Schnippchen zu schlagen, da macht sich die Landesregierung (Burg) keine Sorge, wenn da das Gesetz wieder einmal mit den Füßen getreten oder gebrochen wird. Selbstverständlich müssen die Beamten das tun,

was der Vorgesetzte anordnet. Ich kann daher nicht den Beamten zur Verantwortung ziehen, sondern den Verantwortlichen; und es steht in diesem Gesetze nicht, daß der Landeshauptmann oder die Landesregierung (Burg) das Recht hat, zu entscheiden, sondern die Landesregierung. Die Landesregierung ist im Sinne der bestehenden Gesetze nicht der Landeshauptmann, sondern eben die vom Landtage gewählte Landesregierung. Es hätte also der Herr Landeshauptmann sofort das Richtige tun müssen und nicht warten, bis wir mit einer Anfrage ihn dazu zwingen. Heute ist die Sache repariert, heute ist endlich einmal ein gerechter Zustand geschaffen. Es zeigt aber das klar und es ist sehr bezeichnend, wie sich die christlichsoziale Partei das Regieren im Lande überhaupt vorstellt. Der Herr Landeshauptmann ist der Herr und die andern haben zu huschen, sie haben ganz einfach das zu tun, was Seiner Hoheit beliebt. Eine solche Vorgangsweise wird sich aber auf die Dauer nicht halten, wir werden das immer und immer bei jeder Gelegenheit der Bevölkerung in die Ohren schreien, wir werden ihr das mitteilen und sie wird sich davon überzeugen können, daß auch Ihre Macht nicht bis in den Himmel reicht.

Das gleiche Vorgehen hat man von Seite der christlichsozialen Partei auch bei der Festsetzung der Umlagen beobachtet. Zum Beispiel, eine Gemeinde entschließt sich, irgend etwas zu bauen. Um das Geld dazu zu bekommen, das Gebäude errichten zu können, muß sie sich neue Steuern verschaffen, muß sie Umlagen beschließen. Dieser Beschluß kommt einstimmig zustande. Der Beschluß wird ordnungsmäßig gefaßt und wenn man nun zur Landesregierung kommt, so schaut man nicht, ob dieser Bau begründet, ist das, was man hier beschließen hat, notwendig, durchgeführt zu werden, nein! Man fragt sich immer, wer ist die Mehrheit dieser Gemeinde. Sind es Sozialdemokraten, so darf das nicht bewilligt werden, sind es Christlichsoziale, ist es der sogenannte bürgerliche Kuddelmuddel, dann ist der Gemeinde alles bewilligt. Es haben in Obersteier Gemeinden Umlagen von über 1000 % beschlossen, es hat die Gemeinde Pernegg über 500 % beschlossen, daran hat niemand etwas auszuweisen gefunden. Das ist ohne weiteres angenommen worden. Aber bei der Gemeinde Donawitz hat man gesorgt dafür, daß das nicht geschehen soll. Dort hat man die Umlagen auf 200 Prozent herabgesetzt, obwohl man zugeben muß, daß auch diese Umlage sachlich begründet ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Darin muß sich auch ein Wandel vollziehen. Es darf das in Zukunft nicht mehr weiter geschehen, wenn Sie im Lande, im Lande geordnete Zustände haben wollen. Wenn Sie sagen, daß nur die Zusammensetzung dieser Gemeindevertretungen maßgebend ist, so werden wir das gleiche auch hier anwenden. Wir waren überall und immer bemüht, sachlich mitzuarbeiten. Wir haben uns immer von den sachlichen Momenten leiten lassen und wir werden das auch weiterhin tun. Die Sozialdemokraten haben immer bewiesen, wo sie die Mehrheit besitzen, daß sie in der Lage sind, sachliche Arbeit zu leisten. Die Christlichsozialen lassen sich immer nur von dem Prinzip leiten: Ist dort ein Parteigenosse, der während der letzten Wahl gut gearbeitet hat, so werden zum Beispiel

aus dem Fonds „Meliorationen“ zur Prämierung für irgend einen Misthaufen so und so viele Millionen gegeben. (Seiterkeit. — Große Unruhe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Die Obmännerkonferenz hat beschlossen, daß die Arbeitszeit eingeteilt wird in die Stunden von 10 bis 1 und von 4 bis 8 Uhr. Ich möchte an Sie, Herr Abgeordneter, die Frage richten, ob Sie jetzt Ihre Rede schließen oder sie unterbrechen und morgen fortsetzen wollen?

Wallisch: Ich werde sie unterbrechen und morgen fortsetzen, denn ich habe noch so vieles auszuführen, daß ich noch mindestens eine Stunde reden möchte.

Präsident: Nachdem wir um 8 Uhr die Sitzung schließen, sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Die Fortsetzung der Sitzung findet morgen um 10 Uhr statt. Morgen um $\frac{1}{2}$ 10 Uhr ist im Zimmer der Präsidenten eine Sitzung der Landesregierung und der Obmänner. Ich möchte die Herren bitten, zu derselben zu erscheinen. Eine Anfrage ist eingebracht worden von den Herren Abg. Schreckenthal, Winkel und Genossen an den Landeshauptmann in Angelegenheit der Heranziehung bäuerlicher Arbeitskräfte bei Bahnbauten an Stelle von Arbeitslosen, die ich der ordnungsgemäßen Behandlung zuführen werde.

(Die Sitzung wird am 28. April um 8 Uhr abends unterbrochen und vom Präsidenten Schreckenthal am 29. April um 10 Uhr 20 Minuten vormittags wieder aufgenommen.)

Präsident: Ich nehme die Sitzung wieder auf und lade Herrn Abg. Wallisch ein, seine gestern unterbrochene Rede heute fortzusetzen.

Wallisch (Fortsetzung): Hohes Haus! Ich habe gestern in meinen Ausführungen mich besonders gegen die schmähliche Behandlung verwahrt, die die Landesregierung bei der Linderung der Wohnungsnot einnimmt. Ich habe hervorgehoben, daß die christlichsoziale Partei, die sich bekanntlich eine Volkspartei nennt, immer so stolz darauf ist, daß in ihren Reihen sich alle Menschen wohlfühlen können. Wir haben das Empfinden, daß die christlichsoziale Partei, besonders ihre Exponenten in der Landesregierung sich als ihr Hauptziel gesteckt haben, die minderbemittelte Bevölkerung, so zum Beispiel die Arbeiter, auch in ihre Reihen zu bekommen, aber nur zu dem Zwecke, um mit Hilfe dieser irregeleiteten Menschen die Interessen der besitzenden Klassen umso leichter fördern zu können. Das können wir auch an der Hand des zur Verfügung stehenden Voranschlages recht klar und deutlich beweisen. Es zeigt recht drastisch, wie die Herren der christlichsozialen Partei eigentlich nur für den Hausbesitzer sorgen. Die Wohnungslosen und Arbeitslosen existieren für sie nicht. Diese Leute sollen betteln gehen, wenn sie alt und arbeitsunfähig sind, sie sollen aussterben. Wir kennen Fälle, die sich in der Oststeiermark abgespielt haben, in der Republik des Herrn Doktor Engle, wo die Leute von den Läusen aufgefressen worden sind. (Dr. Engle: „Da kann ich nichts dafür und zweitens ist es nicht wahr.“) — Großer Lärm.

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen. Das Wort hat Herr Abg. Wallisch. Bitte fortzusetzen!

Wallisch (fortfahrend): Es geschieht in mancher Republik so manches und wir wissen, in der Oststeiermark geschehen besonders arge Dinge, und daß das den Herren auf die Nerven geht, wenn es in der Öffentlichkeit festgestellt wird, das kann ich begreifen. Ich fühle, daß das Ihnen unangenehm ist, aber dann bitte Sorge zu fragen, daß die Dinge abgeschafft werden. (Dr. Engle: „Ich bin kein Gendarm und kein Polizist!“) Wir haben immer gesagt, man solle für die Armen und Wohnungslosen sorgen. Wir haben aber festgestellt, daß im Voranschlag für die Wohnungslosen nichts geschieht, und die Landesregierung hat uns einen Gesetzentwurf vorgelegt, und zwar durch den Herrn Finanzreferenten Dechant Prisching, worin verlangt wird, daß die Landesgebäudesteuer auf das Doppelte erhöht werden soll. Nun sollte man meinen, wenn die Landesgebäudesteuer von jenen Personen aufgebracht werden soll, die einen Zins bezahlen, also nicht von den Hausbesitzern, sondern von den Mietern, daß man einen Teil des auf diese Weise aufgetragenen Betrages für die Linderung der Wohnungsnot verwende. Wir haben verlangt, es solle die Hälfte dieses Geldes für Wohnungsbauten verwendet werden. Dieser Antrag wurde aber von Seite der Mehrheit ganz kaltblütig abgelehnt. Nicht einmal zu einem Kompromiß war man zu haben. Für die konfessionellen Schulen sind Hunderte von Millionen vorhanden. (Dr. Engle: „Dabei haben wir Milliarden erspart!“) Wir wissen, daß der Herr Dr. Engle Ursache hat, für diese Schulen eine besondere Vorliebe zu haben. Er hat uns in anerkennenswerter Weise mitgeteilt, daß er einer solchen Schule entsprossen sei. (Dr. Engle: „Ein Unglück, daß Sie das nicht genossen haben!“) Aber daß man öffentliche Steuergelder auf diese Art verschleudert, das ist das, was nicht verantwortet werden kann. Die Landesregierung hat bei der Anstellung der Lehrkräfte nichts dreinzureden und beim Lehrprogramm ebenfalls nicht. Sie hat trotzdem den Mut, von uns vorauszusetzen, daß wir ohne weiteres zustimmen, und für diese konfessionellen Schulen, wo die Kinder gegen ihre Eltern, wenn diese Sozialdemokraten sind, erzogen werden, Geld hergeben. (Mikola: „Das ist unerhört, das ist unrichtig!“) In Bruck ist es vorgekommen, daß man die Nähmaschinen in eine konfessionelle Schule überführt hat, ohne die Berechtigung hierfür zu haben. Die Gemeinde soll das Geld hergeben. (Hornik: „Das ist unrichtig. Ich werde darauf antworten!“) Ich weiß, daß der Herr Abg. Hornik die Pflicht hat, die Christlichsozialen zu verteidigen. (Hornik: „Wenn sie im Recht sind, ja!“) — Leichin: „Wurmfortsatz!“) Die Herren Großdeutschen müssen ihre Dankbarkeit auf eine Art zum Ausdruck bringen und sie glauben, sie am besten zum Ausdruck bringen zu müssen, wenn sie eine solche Vorgangsweise hier verteidigen. Es ist sehr traurig, daß freiheitliche Menschen sich hier finden, und sie haben sich doch lange freiheitlich genannt, die es gut heißen, daß man die Maschinen, die vom Bund und Land gekauft wurden, einer konfessionellen Schule zur Verfügung stellt. (Hornik: „Damit sie nicht Parteizwecken dienstbar gemacht werden, das war ja beabsichtigt!“) Das ist allerdings in dieser Schule so. Die Kinder werden gezwungen, dem katholischen

Volksbunde anzugehören. (Riemelmoser: „Wir sind nicht so, wie Sie mit ihren Kinderfreunden!“) Der Verein Kinderfreunde findet den Mut, offen zu bekennen, was für Ziele er sich gesetzt hat. Diesen konfessionellen Schulen verleihen Sie aber das Öffentlichkeitsrecht. Sie sagen, sie seien unpolitisch, währenddem diese für eine politische Richtung wirken. Das ist es, was wir verurteilen, man soll den Mut finden, zu sagen, das ist eine Parteinstitution; wenn man aber auf einer Seite behauptet, daß, wenn die Ausgaben für diese Schulen eingestellt werden, dann der Landtag noch viel mehr Mittel bewilligen müßte, dann soll auch auf der andern Seite objektiver Unterricht erteilt werden, dann soll die Landesbehörde das Recht haben, mit dreinreden zu dürfen. Wir müssen zahlen, es ist Tatsache, daß der größte Teil der Steuern hauptsächlich von der industriellen Bevölkerung aufgebracht werden muß. (Widerspruch bei den Christlichsozialen.) Das ist eine Tatsache. Tun Sie sich nicht mit solchen Ausreden auf ein Nebengeleise begeben.

Ich habe mich zuvor hauptsächlich dagegen verwahrt, daß man im Voranschlage der Landesregierung auf die Wohnungslosen vergessen hat. Man hat Steuern eingeführt, womit nur die getroffen werden, die in Wohnungen anderer Leute wohnen und daher einen Zins bezahlen müssen. Die Steuer wird auf das Doppelte erhöht. Anstatt nun zu versuchen, mit dieser Steuer die Not der Wohnungslosen zu lindern, hat man in dem Entwurfe die Unverschämtheit, zu verlangen, daß die Anteile der Hausbesitzer vom 15fachen auf das 20fache erhöht werden sollen. Das ist das Unverschämte an Ihrer Vorgangsweise, was wir nicht gutheißen können, denn wenn man Steuern erhöhen muß, dann müssen die Steuern auch dem Lande zufließen. Wenn man aber Steuern erhöht, um den Hausherren etwas geben zu können, um diese für die christlichsoziale Partei gewinnen zu können, das ist eine Vorgangsweise, die sich eine großseinerwollende Partei nicht erlauben dürfte. Damit ist aber die christlichsoziale Partei noch nicht zufrieden. Sie geht her und sagt, daß die Hausherren das 20fache nicht nur von der Landesgebäudesteuer, sondern von sämtlichen Zuschlägen erhalten sollen. Wann werden nun Zuschläge von der Gemeinde oder vom Bezirke beschlossen? Die Gemeinde beschließt Zuschläge nur dann, wenn sie gezwungen ist, Wohnungen zu bauen, Straßen herzurichten oder sonst etwas zu tun. (Dr. Enge: „Oder die Kinderfreunde subventionieren wie in Bruck!“) Herr Dr. Enge, Ihr Gewissen kann ruhig schlafen. Die Subvention wurde nicht von dieser Abgabe geleistet, das wurde geleistet von der Lohn- und Gehaltsabgabe von jenem Teil, der für Bildungszwecke bestimmt ist. Darüber besteht ein einstimmiger Beschluß. (Hornik: „Nicht einstimmig, die Wirtschaftspartei hat dagegen gestimmt!“ — Pichler: „Das habe ich schriftlich, schwarz auf weiß, Sie sind mitunterschieden!“) Die Herren Christlichsozialen, besonders Herr Dr. Enge, mögen beruhigt sein, denn die Christlichsozialen haben die Gelder, die sie aus diesem Fonds bekommen haben, auch eingesteckt. Es haben der christliche Arbeiterverein, der christliche Deutsche Turnverein, alle bürgerlichen Vereinigungen aus diesem

Fonds das Geld auch angenommen. (Rufe: „Hört!“ — Riemelmoser: „Aber welchen Prozentsatz?“ — Große Unruhe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen!

Wallisch (fortfahrend): Wenn in Bruck so wenig Christlichsoziale sind, wenn in Bruck der katholische Junggesellenverein jetzt eines seligen Endes gestorben ist, da dürfen Sie uns keinen Vorwurf machen. Wenn dieser Verein so wenig Mitglieder und die anderen so viele haben, dann muß man das Verhältnis der Mitglieder berücksichtigen. (Leichin: „In Bruck gibt es keine christlichen Junggesellen mehr!“) Es gibt dort nur mehr Jungfrauen, aber auch sehr wenige. Wenn auf der einen Seite der christlichsoziale Vertreter im Gemeindevorstande Herr Direktor Maurer selbst für diese Subvention gestimmt hat, dann bitte ich uns keinen Vorwurf zu machen. Wenn diese Herren einverstanden sind, wenn diese Leute, die alle Umstände genau kennen, für eine solche Subvention stimmen, dann haben Sie aus der Oststeiermark kein Recht, uns dafür einen Vorwurf zu machen, denn gerade in der Oststeiermark geschehen die größten Schweinereien. (Lebhafter Widerspruch bei den Christlichsozialen. — Dr. Enge: „Das werden wir uns nicht bieten lassen!“ — Großer Lärm.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Es wird mir mitgeteilt, daß sich die Galerie in die Debatte einmischt. Ich mache aufmerksam, daß sich die Galerie jeder Beifalls- oder Mißfallensäußerung zu enthalten hat; im Wiederholungsfalle würde ich die Galerie sofort räumen lassen. Herr Abg. Wallisch, ich bitte fortzusetzen.

Wallisch (fortfahrend): Wir können die Herren von der christlichsozialen Partei versichern, wir wollen Bruck nicht mit einer chinesischen Mauer umgeben, wir wollen nicht das gleiche, was in der Oststeiermark geschieht, daß man Sozialdemokraten mit Prülgeln hinausjagt, so etwas kommt in Bruck nicht vor. Wir wissen, daß Sie Ihre eigenen Parteigenossen desavouieren. (Zwischenrufe. — Dr. Enge: „Aber Esel und Ochsen werden wir nicht streifen!“) Diese gehören der christlichsozialen Partei an und ich bitte zu bedenken, daß Sie gerade in Bruck nicht die größten Esel in Ihrer Partei haben. Es gibt manche Leute, die der Meinung waren, daß dies der Fall ist, wir können dies heute mit Recht als Behauptung aufstellen.

Nun will ich mich einem anderen Punkte zuwenden. Ich habe festgestellt, daß wir es als eine große Ungerechtigkeit betrachten, wenn man den Hausbesitzern nicht nur einen erhöhten Anteil an den Steuern gibt, sondern, daß man alle Gemeinden zwingt, dem Hausbesitzer auch von den geringen Einnahmen etwas abzugeben. Darin erblicken wir eine Durchbrechung des Mieterschutzgesetzes. Wir sehen, daß Sie das, was direkt nicht möglich ist, auf Umwegen machen wollen, wir werden uns aber mit allen Mitteln zur Wehr setzen, um ein solches Attentat auf die Mieter zu verhindern. Ich habe weiters noch anzuführen, daß besonders die christlichsozialen Mitglieder der Landesregierung es seit 1½ Jahren verhindern und unmög-

lich machen, daß ein Beschluß von zwei Gemeindevertretungen, nämlich Eggenberg und Gösting, erledigt wird. Sie haben sich von Sachlichkeit nicht leiten lassen, das gibt es bei den Christlichsozialen nicht, sondern nur davon, was im Interesse der bürgerlichen Parteien, der christlichsozialen Partei gelegen ist. Die Gemeinden Eggenberg und Gösting haben beschlossen, gewisse Teile der Gemeinde Eggenberg an Gösting anzuschließen, weil die dort wohnenden Leute in der Glasfabrik in Gösting beschäftigt sind, es daher sachlich begründet ist, daß diese Personen und Häuser in Gösting angeschlossen wurden. Die Beschlüsse der Gemeinden und deren sachliche Begründung gilt jedoch für die christlichsozialen Schützer der Gesetze nicht, wenn es heißt, die christlichsoziale Machtposition verteidigen zu können. Seit 1½ Jahren konnte sich der Landeshauptmann oder der Referent noch nicht entschließen, in diesem Falle eine Entscheidung zu treffen. Man findet nicht den Mut zu sagen, wir pfeifen auf die Gesetze, oder zu sagen, „nein“, das nehmen wir nicht an; Sie machen es viel einfacher und sagen sich das schieben wir auf die lange Bank und denken sich dabei, so der christlichsozialen Partei den größten Dienst erwiesen zu haben.

Der Herr Referent, der Obmann des Finanzausschusses, hat uns auch in seinem einleitenden Referate mitgeteilt, daß man leider gezwungen ist, Verschärfungen in der Lohn- und Gehaltsabgabe einzuführen, es sind diese Verschärfungen notwendig gewesen. Es muß nun jeder Kleingewerbetreibende, jeder kleine Bauer, der bisher von der Leistung dieser Abgabe befreit war, dieselbe leisten. In allen übrigen Ländern besonders aber in Wien, müssen die Banken 8 Prozent Lohn- und Gehaltsabgabe leisten und es war ja auch im ursprünglichen Gesetzentwurfe enthalten, daß die Banken ohne Unterschied 8 Prozent Lohn- und Gehaltsabgabe leisten sollen. Das gleiche war auch hier geplant, dann mag wahrscheinlich der Direktor der Steirerbank über den Finanzreferenten hergefallen sein und gesagt haben, „Wehe deiner armen Seele, wenn du diese Sache Gesetz werden läßt!“ (Dr. Ahner: „Und Annenstraße!“) und was wir nicht erreichen konnten, das hat sofort der Herr Direktor der Steirerbank durchgesetzt, und wenn man dabei auch den so verschimpften jüdischen Banken ein Geschenk macht, so ist das Nebensache. Die Hauptsache ist, der Steirerbank einen Dienst zu erweisen und da sind die Christlichsozialen sofort dabei und natürlich wenn es heißt, eine Bank zu vertreten, auch die Großdeutschen. Die müssen ja, da sie die Ehre haben und das Glück genießen, ein Mandat in der Landesregierung zu bekleiden, die müssen ja mit ihren 4 Mitgliedern zu allem Ja und Amen sagen. Und so haben sie, wie sie ja auch in Wien die Geschichte Bosen verschluckt haben, auch hier dem zugestimmt, was die Banken wollten. Sie haben sich dazu herbeigelassen, was wir nicht gutheißen können, daß den inländischen Banken, die in Steiermark ihren Sitz haben, eine Reduktion der Lohnabgabe von 2 Prozent zuerkannt wurde. Meine Herren! Die kleinen Landwirte, die Kleingewerbetreibenden müssen eine 4prozentige Erhöhung über sich ergehen lassen, aber die Steirer-

bank nur eine Erhöhung von 2 Prozent. Warum, weil man eine Volkspartei ist, weil man für das Volk arbeitet. Wir werden, wenn dieser Antrag aufrecht erhalten wird, wenn er in dieser Fassung Gesetz werden soll, nicht ermangeln, die Öffentlichkeit hiervon in Kenntnis zu setzen. Wir werden hinausgehen zu den Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern und ihnen sagen, wie ihre Interessen hier vertreten werden (Schiffko: „Das werden wir schon selbst besorgen!“ — Riemelmoser: „Und der Wallisch in Obersteiermark!“), wie man für einige Direktoren bereit ist, die große Zahl der Kleinen leiden zu lassen. (Zwischenrufe: „Kommen Sie nur in die Oststeiermark!“) Ich bin schon dort gewesen. (Gaf: „Aber gleich wieder abgefahren!“) Meine Herren! Das ist eine Vorgangsweise, die gerade, wenn man Ihre Versammlungsreden hört, Ihre Zeitungen, den Sonntagsboten und die verschiedenen anderen Blätter liest, einen ganz sonderbar anmutet, daß sie, die immer die Meinung vertreten, daß die Banken das Unglück an unseren Machtverhältnissen sind, diese Banken auch noch schützen wollen gegen diesen Gesetzentwurf. Man sagt immer die ausländischen Banken, aber die inländischen sind nicht anders, weil Dr. Rintelen und Dr. Ahner in der Steirerbank die leitende Stelle bekleiden (Riemelmoser: „Und Oberzaucher in der Annenstraße! Warum sprechen Sie davon nichts?“). Wir sehen also, daß man die Banken absolut nicht belasten will.

Wenn wir den Voranschlag betrachten, müssen wir wohl sagen, daß ein System der Planlosigkeit besteht, es wird eigentlich nur darauf losgewirtschaftet. Es gibt Referenten, die den Voranschlag, bevor er dem Finanzausschuß vorgelegt worden ist, überhaupt nicht angesehen haben, denn sonst wäre es nicht möglich, so widersprechende Vorschläge, wie sie hier enthalten sind, zu machen. Schauen wir uns zum Beispiel die Weihnachtsremunerationen bei den verschiedenen Anstalten an. Man sollte meinen, daß die Weihnachtsremunerationen bei allen Anstalten gleich seien, weil die Bezahlung auch ziemlich die gleiche ist. (Prisching: „Aber der Dienst ist nicht der gleiche!“) Das ist doch das gleiche; oder läßt sich vielleicht der Herr Finanzreferent davon leiten, dort ist einer in Verdacht, sozialdemokratisch angehaucht zu sein und dort ein Christlichsozialer und deshalb bekommt der eine mehr und der andere weniger? Für so gewissenlos kann ich den Herrn Finanzreferenten doch nicht halten. (Prisching: „Danke schön!“) Es werden zum Beispiel Weihnachtsremunerationen für die Arbeiter in Silberberg mit je 40.000 K. gewährt, am Grabnerhof dürften schon bessere Christlichsoziale sein, die bekommen schon 50.000 K., in Thalerhof müssen schon waschechte Christlichsoziale sein, die bekommen 100.000 K. Da muß man doch wirklich fragen, von welchen Grundsätzen und Voraussetzungen geht man bei der Festsetzung aus? (Röfeler: „Ob sie im Ausschusse von Christlichsozialen Vereinen sind!“) Ist wirklich das maßgebend, sind sie mehr schwarz oder mehr rot und deshalb gibt es 40.000 K., 50.000 K. oder 100.000 K.? Ein solcher Vorgang ist nicht angebracht und solange Sie ein solches schlechtes System aufrecht halten, so-

lange werden wir kein Vertrauen zu ihrer Wirtschaft bekommen können und es ist selbstverständlich, daß man dann mit Bestimmtheit feststellen kann, daß Sie selbst die Sache nicht prüfen wollen, es soll ein Durcheinander sein, in welchem sich kein Mensch auskennt, weil es sich im Trüben gut fischen läßt, nach einem alten Sprichworte. (Paul: „Das wissen Sie von Ungarn her recht gut!“ — Unruhe.) Da kann man erst recht gut fischen! (Große Unruhe. — Riemelmoser: „Der Rotgardist Wallisch!“) Sie würden sehr gut dazu gepaßt haben! (Riemelmoser: „Da würden Sie nicht lebend davongekommen sein!“ — Ruskak: „Ihnen ist ja nicht einmal das Menschenleben heilig!“) Meine Herren! Gerade weil der Herr Abg. Riemelmoser immer wieder mit der Haltung der sozialdemokratischen Arbeiter während des Krieges kommt, da muß ich schon auf eine Sache zu sprechen kommen, die die Herren in jeder zweiten Zeitung schreiben; das ist der Dolchstoß der Sozialdemokraten von hinten; dieser sei schuld an unserem Unglück. Und heute behaupten Sie wieder, die Sozialdemokraten wären zu patriotisch gewesen. Wann haben Sie also gelogen? Da und dort! Ich glaube, für Sie ist das Lügen schon so zur Gewohnheit geworden, daß Sie es nicht lassen können (Widerpruch!); Sie werden ja immer freigesprochen, denn Sie haben ja einige Seelforger bei Ihnen, die werden Ihnen gewiß die Absolution erteilen. (Heiterkeit! — Widerpruch bei den Christlichsozialen.)

Meine Herren! Die gleiche Vorgangsweise, die wir bei der Lohn- und Gehaltsabgabe beobachtet haben, wie die Banken für eine Verminderung ihrer Steuer einwirken konnten, diese gleiche Vorgangsweise mußten wir auch bei der Autosteuer beobachten. Bei der Festsetzung der Autosteuer ist, wie wir sie im Finanzausschusse beraten haben, sofort ein Memorandum des Autoklubs und des Bundes der Industriellen vorgelegen. Der Autoklub und der Bund der Industriellen mußten dazu Stellung nehmen und das war die Grundlage, welche die Christlichsozialen benützt haben, um zu dieser Steuer Stellung zu nehmen. (Gaz: „Im Interesse der Arbeiter!“ — Regner: „Nein, wegen des Geschäftsausfalls des Spak!“) Meine Herren, wie wir dazu Stellung nehmen mußten, ist ein Memorandum des Autoklubs vorgelegen und weil der Autoklub gesagt hat, es soll das und das reduziert und das und das erhöht werden, so war das für die Christlichsozialen die heilige Schrift und weil der Autoklub es verlangte, ist die Steuer bei einer Gattung auf die Hälfte reduziert worden. Freilich hat man das dann rückwirkend vom 1. Jänner 1923 eingehoben. Es ist das ein sehr sonderbares Vorgehen, wenn man weiß, daß bei Anlässen, die die Arbeiterschaft betreffen, man nicht bereit ist, die zuständige Stelle, die Arbeiterkammer oder die organisierte Arbeiterschaft vorher zu befragen. Wir haben uns, wo man uns gebraucht hat, immer männlich gestellt, wir haben unsere Pflicht gewiß erfüllt, wenn es uns auch nicht immer gelungen ist, für die Arbeiterschaft das durchzudrücken, was notwendig war. Die Landesgewerkschaftskommission hat erklärt, daß es notwendig sei, für die Altersinvaliden mindestens 500 Millionen zu beschließen. Dieser

Beschluß hat für die christlichsoziale Majorität nicht existiert, das hat sie nicht getan. Sie haben sich nach schweren Kämpfen nur herbeigelassen, die Zuwendung auf 300 Millionen zu erhöhen, womit man auch nicht das Auslangen finden kann. Wenn Sie eine solche Vorgangsweise beobachten, wenn man sieht, wie es beim Autoklub und bei den Arbeitslosen zugeht, dann verstehe ich auch, daß der Finanzreferent, das heißt, der zuständige Referent für 66 Stiere eine Prämie von 66 Millionen vorschlägt, aber an Dienstbotenprämien, obwohl die Herren immer behaupten, daß sie für die Dienstboten sind — für Dienstboten, die sich durch Ordnung und treue Pflichterfüllung auszeichnen, insgesamt 1 Million verlangt. (Rufe: „Hört!“ — Peintinger: „Das ist nicht wahr!“) Nachdem wir diese Summe als lächerlich festgestellt haben, wurde eine Erhöhung auf 5 Millionen beantragt. (Peintinger: „Ich habe das beantragt, nicht Sie!“ — Riemelmoser: „Er schmückt sich mit fremden Federn!“) Was ist das für eine hohe Summe! 5 Millionen Kronen geben Sie diesen 30 und 40 Jahre im Dienst befindlichen Dienstboten. Es sind in Steiermark mindestens 500 solcher Personen, die werden 5 Millionen bekommen und für die 66 Stiere bekommen Sie 66 Millionen. (Peintinger: „66 Millionen sind für 66 Stierprämierungen, Sie verstehen das ja nicht!“) Das ist eine sonderbare Aufteilung der Subventionen und daß Sie das selbst fühlen, daß Sie das als eine ungerechte Vorgangsweise empfinden, das zeigt Ihre Aufregung. Sie wissen ganz gut, wie das verteilt wird und wir werden nicht ermangeln, das den Leuten zur Kenntnis zu bringen. Wer wird diese Stierprämien bekommen? Die bekommt der, welcher den größten und schönsten Stier hat. Und wer hat ihn? Der reichste. (Peintinger: „O nein, da sieht man, daß Sie von der Landwirtschaft nichts verstehen.“ — Winkler: „Was würde der kleine Bauer machen, wenn nicht ein guter Stier da ist?“ — Große Unruhe.)

Meine Herren, ich hätte somit das, was ich gegen den Voranschlag vorzubringen hätte, vorläufig erledigt. Ich muß nur noch einige Dinge, die das politische Gebiet berühren, Ihnen bekannt geben. Die Herren von der christlichsozialen Partei fragen immer: „Ja wo und was ist geschehen wegen der Bespitzelungen?“ Jetzt gehen wieder Gendarmen über höheren Auftrag von Haus zu Haus und stellen fest, wer irgendwelche Vorstrafen hat. (Gelächter bei den Christlichsozialen. — Wagner: „Das geht Ihnen auf die Nerven!“) Ich weiß nicht, worüber Sie lachen, oder was Sie zum Lachen gezwungen hat. Ich kann nur feststellen, diese Gendarmen stellen amtlich fest, wer vorbestraft ist, obwohl man das durch die Bezirkshauptmannschaft sofort erfahren kann. Was wird mit diesen Vormerkungen gemacht? In Kapfenberg ist dieser Gendarm, der das gesammelt hat, hergegangen und hat die diejenigen, die im Verdacht der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei standen, aus der Wählerliste herausreklamiert. (Rufe: „Hört!“) Personen aber, die zu vier, fünf und mehr Monaten schweren Kerker verurteilt waren und auch hinausreklamiert gehörten, die hat dieser unparteiische Gen-

darm einfach in der Wählerliste gelassen. Meine Herren, wenn man so hergeht und diese Amtspersonen gewissermaßen dazu zwingt, daß sie sich in den Dienst einer Partei und gegen eine Klasse stellen, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn wir das Vertrauen zur Objektivität dieser Personen verlieren müssen. Wenn wir wissen, daß im vergangenen Jahre im Monat März eines schönen Tages der Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen bei seinem sehr guten Freund, dem Sägewerksbesitzer Herrn Horn, eingekehrt ist und 2 Tage später ein Gendarm Gewehre von Herrn Horn wegzuschmuggeln versucht hat (Rufe: „Hört!“), dann dürfen Sie sich nicht wundern. (Dr. Rintelen: „Ich war nie dort bei Herrn Horn. Seien Sie doch vorsichtiger, wenn Sie etwas behaupten.“ — Riemelmoser: „Wenn Sie das nicht beweisen können, ist es eine Verleumdung!“) Der Herr Nationalrat Professor Pichler ist zwei Tage vor dem Tage, an welchem diese Waffen dort aufgefunden wurden, im gleichen Hause gesehen worden. (Riemelmoser: „Natürlich, jetzt ist es der Pichler.“) Und die gleiche Person, die den Professor Pichler gesehen hat, hat auch behauptet, den Herrn Landeshauptmann Doktor Rintelen dort gesehen zu haben. Nachdem nun Herr Pichler zugegeben hat, dort gewesen zu sein, müssen wir annehmen, daß auch der zweite Beweis zutrifft. Es haben sich diese Gendarmen, die dem Herrn Landeshauptmann unterstellt sind, dazu hergegeben, um Waffen zu verschieben und sie reaktionären Personen auszuliefern. Wir müssen daher das dringliche Verlangen an Sie stellen, diese Vorgangsweise endgültig einzustellen. Solange, als Sie diese Vorgangsweise nicht einstellen, beim Voranschlage so planlos vorgehen, solange Sie die zuständigen Organe dazu mißbrauchen, um gegen eine andere Partei zu kämpfen, um eine andere Partei zu unterdrücken, solange werden Sie mit uns den schwersten Kampf zu kämpfen bekommen! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich die Herren doch bitten, etwas mehr Ruhe zu bewahren.

Ich bin leider genötigt, den Herrn Abg. Riemelmoser wegen des Ausdrucks „Verleumdung“ zur Ordnung zu rufen.

Es ist mir, nachdem ich dem Herrn Abg. Wallisch das Wort schon erteilt hatte, eine dringliche Anfrage der Abgeordneten A u s t, O b e r z a u c h e r, R e g n e r und Genossen an den Landeshauptmann überreicht worden, betreffend eine Grundverteilung durch den Gemeinderat in Großlobming. Diese Anfrage weist die erforderlichen 10 Unterschriften auf und ich werde diese dringliche Anfrage im Laufe der Nachmittags-sitzung zur Verhandlung bringen.

Ich erteile nunmehr das Wort Herrn Landesrat Winkler.

Winkler: Meine verehrten Damen und Herren! Wir Bauernbündler haben die Überzeugung, daß wir sehr bald wieder zu einer Nachtragsbudgetberatung einberufen werden, weil wir der Meinung sind, daß diese Ziffern des Budgets, die vorgelegt wurden, eine weitere Erhöhung erfahren werden durch die im Gange

befindliche Befoldungsregelung in Wien. Und nachdem wir im Landtage ein Gesetz über die Anpassung haben, wonach die Gehalte der Landesangestellten an die des Staates anzugleichen sind, wird eine bedeutende Erhöhung der Personalkosten auch im Lande Steiermark eintreten, weil wir durch den Landtagsbeschluß zur Angleichung verpflichtet sind, ganz abgesehen davon, daß auch wir uns daran erinnern müssen, daß bei einem großen Teil der Angestelltenschaft bei ihren Löhnen und Gehältern, die sich unter dem Niveau der Valorisierung befinden, selbst eine Besserung eintreten sollte. Wir glauben daher, daß der Herr Finanzreferent gezwungen sein wird, ein Nachtragsbudget von 50 Milliarden vorzulegen, eine Summe, die für unser Land ganz bedenklich ins Gewicht fällt und wie ich glaube, das ganze Budget wieder über den Haufen werfen wird. Wir werden uns später darüber den Kopf zerbrechen müssen, wie die Bedeckung vorzunehmen sein wird und dazu werden alle Klassen und Stände Stellung nehmen und jene Parteien, welche diese Klassen und Stände hier vertreten. Vor allem aber wollen Sie erwägen, daß wir noch vor eine weitere schwere Belastung gestellt werden, weshalb ich meine Ausführungen mit Rücksicht auf diese im Zuge befindliche Belastung, auf diese Erhöhung der Ausgaben im Budget einstellen muß. Meine verehrten Damen und Herren, wir müssen hier vor allem zur Diskussion stellen das Verhältnis unseres Landes zum Bund, weil uns immer und immer wieder im Finanzausschusse und im Landtag erklärt wird, der Bundesstaat gestatte uns nicht, Steuern aufzulegen, er behalte sich in den größten Fragen der Steuerpolitik die Steuerhoheit vor und wir seien deshalb auf so wenige Steuern angewiesen, weswegen es uns außerordentlich schwer falle, die Bedeckung für Land und Gemeinden zu finden. Es wird da notwendig sein, einen Appell an die regierenden Parteien des Landtages zu richten, an jene Parteien, die auch in Wien als Bundesregierung repräsentieren, daß sie mit dieser ein Wort darüber sprechen, daß es nicht angehe, immer wieder den Standpunkt des Bundes zu betonen, das Land habe die ihm zukommenden Steuergattungen und mehr nicht. Wir wissen, daß die Gemeinden vielfach gezwungen sind, durch Umlagen auf die Grundsteuer ihr Budget zu sanieren, weil andere Einnahmequellen, wenn ich von den Ertragsanteilen absehe, nicht zur Verfügung stehen. Dadurch werden die ganzen Steuern illusorisch, weil die Umlagen ein Vielfaches von dem bedeuten, was hier beschlossen wird. Es ist den Gemeinden nicht gestattet, eine Umlage auf Getränke einzuhoben, weil der Bund es nicht duldet. Wir sind deshalb der Meinung, daß dieses Steuerverhältnis zwischen Land und Bund einer gründlichen Regelung bedarf und richten an den Herrn Finanzreferenten die Bitte und die Forderung, mit dem Herrn Finanzminister K i e n b ö c k, der, wie wir zwar wissen, selbst für seine eigenen Parteigenossen wenig zugänglich ist, endlich einmal diese notwendige Aussprache zu führen. Wir haben bereits in diesem Landtage — Herr Landesrat R e s e l hat auch darüber gesprochen — erklärt, daß es uns als unbedingte Notwendigkeit erscheint, die Ausgaben in der Ver-

waltung herabzumindern und bei der Verwaltungsreform das Kapitel Abbau nicht zu übersehen, denn jener Abbau, den wir bisher im Staate und Lande beobachten konnten, entspricht nicht den Wünschen unserer Partei, weil er uns zwecklos erscheint, denn damit erzielen wir keine vernünftige Verwaltungsorganisation im Staate und Lande. Nun wissen wir wohl, welche großen Schwierigkeiten einer solchen Neuordnung unserer Verwaltung entgegenstehen, wir wissen, daß bedeutende Schwierigkeiten auch bei den Parteien bestehen und da haben sich alle Mitglieder, alle Parteien des Landtages auf eine Formel geeinigt, wonach wir an die Bundesregierung das Ersuchen stellen, endlich einmal diese Verwaltungsreform zur Diskussion zu stellen. Diese Verwaltungsreform, die eine Zusammenlegung von „Burg“ und „Landhaus“ erstreben will, findet freilich speziell in der Burg großen Widerstand, weil die dortige Bürokratie in ihrem Hoheitsdünkel fürchtet, es möchte die schimmernde Gloriole ihrer burglichen Unnahbarkeit durch eine Vermengung und Verschmelzung mit dem vulgären Landtage verblassen. Es wurde zwar bereits versucht, eine Zusammenlegung durchzuführen; so wurde der Hofratsstiel im Landhause eingeführt und haben wir nun auch Hofräte des Landhauses, welche allerdings von ihren Kongenialen der Burg nicht anerkannt werden, also immerhin ein Angleichungsversuch, wenn er auch keine praktischen und materiellen Auswirkungen hat, keine Verbesserung unseres Budgets bringen wird. Wir sind daher der Meinung, daß der Nationalrat, denn dies ist schließlich Sache der Parteien des Nationalrates, mit allem Ernst zu dieser Frage Stellung nimmt.

Der Herr Abg. Peintinger hat im Finanzausschusse einen Antrag hinsichtlich der Teilung der Arbeitszeit gestellt, ich glaube, er hat ihn dann wieder zurückgezogen, was ich bedaure. Wir sind der Ansicht, daß die ungeteilte Arbeitszeit sowohl in öffentlichen Körperschaften als auch in Privatgesellschaften nicht praktisch sei. (Peintinger: „Ich habe den Antrag nicht zurückgezogen!“) Es würde mich freuen, Herr Kollege, wenn Sie den Antrag aufrechterhielten. Ich meine, daß diese ungeteilte Arbeitszeit von den schwersten Folgen begleitet war, daß diese ungeteilte Arbeitszeit als eine Erscheinung der Nachkriegszeit jedenfalls wieder jene Form finden muß, wie vor dem Kriege, da durch eine geteilte Arbeitszeit eine weit bessere Ausnützung der Arbeitskräfte stattfinden kann und wir würden ohne weiteres dem Antrage des Kollegen Peintinger mit Vergnügen zustimmen können. (Regner: „Vielleicht verlangen Sie zweimal 6 Stunden.“) Nein! Wir konzedieren Ihnen sogar die 8stündige Arbeitszeit.

Wir sind bestrebt, und das ist schließlich die Hauptsache, sachlich mitzuarbeiten. Wir haben wiederholt sachlich zu einzelnen Fragen Stellung genommen und alle Parteien des Landtages haben ein Interesse daran, daß in der Frage, betreffend die Landeskultur, in der Frage, betreffend die Anstalten des Landes, eine möglichst fortschrittliche Entwicklung erzielt wird, ein Fortschritt, der sich in Neuerrichtung von Anstalten und in deren Einrichtungen ausdrückt. Es interessiert

alle Parteien in demselben Maße wie auch hier die Bedeckung ausschaut, weil schließlich und endlich das Erfordernis durch die Bedeckung gesichert werden muß. So sehr alle Parteien als Freunde des Fortschrittes erkannt werden wollen, den Fortschritt auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete droffelt man in altgewohnter Weise, da sträuben Sie sich, einer zu starken Bedeckung ihre Zustimmung zu geben.

Abg. Wallisch hat gestern über das Wohnungslosenproblem gesprochen und unter anderem erklärt, daß in diesen Bedeckungsvorschlägen eine verschleierte Sabotage des Mietengesetzes in Form der Erhöhung der Landesgebäudesteuer besteht. Wir teilen diesen Standpunkt nicht (Wallisch: „Dürfen Sie gar nicht, weil Herr Pistor es verboten hat!“), und zwar deshalb nicht, weil wir, wenn wir den früheren Voranschlag des Landtages ansehen, einen großen Ausfall an Einnahmen konstatieren können, denn die Hauszinssteuer war sowohl für das Land als auch für die Gemeinden eine außerordentlich bedeutende Post, die Hauszinssteuer und die Umlage auf die Grundsteuer waren sozusagen die Alimention an das Budget. Die Hauszinssteuer, die mit 8 bis 9 Millionen Goldkronen . . . (Aust: „Ziehen Sie nicht so alte Walzen auf!“) Es empfiehlt sich manchmal, auch alte Walzen aufzuziehen. Die Hauszinssteuern, die mit 8 bis 9 Millionen Goldkronen einem heutigen Betrage von 114 Milliarden Kronen entsprechen würden, sind nach der letzten Erhöhung auf zirka 15 Milliarden zusammengeschnitten. Sehen Sie, wenn wir im letzten Jahre gegen dieses Mietengesetz aufgetreten sind, so nicht nur deshalb, weil es rechtsverlegend ist, an einem Stande, den Hausbesitz Zwangswirtschaft zu betreiben, sondern auch deswegen, weil uns eine bloße rechnerische Erwägung sagt, daß dadurch, daß sich so viele Nutznießer des Mietengesetzes von der Hauszinssteuerentrichtung entschlagen, das Budget unseres Landtages nachteiligt in Mitleidenschaft gezogen wird, welcher Ausfall durch Erhöhung der Grundsteuer wettgemacht werden muß. Diesen Standpunkt, den wir einnehmen müssen, werden Sie daher begreiflich finden. (Regner: „Also eine Überwälzung der Steuer!“) Ich werde mir auch erlauben, in dieser Richtung eine Resolution zur Antragstellung zu bringen. Wir sind gegen das Mietengesetz aus budgetären und auch aus volkswirtschaftlichen Gründen und unsere Einstellung zum Hausbesitz findet hiedurch ihre Begründung deswegen, weil wir uns sagen müssen, daß es ganz ausgeschlossen ist, den Entfall dieser Hauszinssteuer, die seinerzeit eine ganz bedeutende Post dargestellt hat, dem Rücken der Bauernschaft aufzubürden. (Aust: „Das spürt man!“) Ich habe heute die Rede des Dr. Bauer, des prominentesten sozialdemokratischen Führers, gelesen, die er gestern im Nationalrate gehalten hat. Ein Passus erscheint mir darin erwähnenswert genug, um ihn kritisch zu betrachten. Er sagte:

„Unser Budget hängt vornehmlich vom Export unserer Industrie ab und dieser ist ein Ergebnis des Mieterschutzes und der Zollfreiheit für Lebensmittel und Rohstoffe.“

Wenn die Exportfähigkeit der Industrie mit dem Mietengesetz zusammenhängt, das heißt, auf die Verarmung des Hausbesitzes eingestellt ist, muß ich die ideelle und materielle Wertigkeit unserer Industrie bestreiten, denn die Industrie lebt von der Verarmung eines anderen Standes. Dieses Geständnis eines nicht unbedeutenden österreichischen Parlamentariers ist jedenfalls hinreichend bemerkenswert und rechtfertigt unsere skeptische Haltung gegenüber der österreichischen Industrie. Wir wollen ja gar nicht einen radikalen Abbau des Mietengesetzes. (Saringer: „Die Trauben sind Ihnen zu sauer!“) Wir haben einen diesbezüglichen Antrag gestellt und darin auch berücksichtigt, daß es sehr arme Leute in diesem Lande gibt, die das Mietengesetz brauchen, die keinen großen Mietzins vertragen, diese wollen wir auch gar nicht in Mitleidenschaft ziehen. Es gibt aber auch sehr viele in diesem Lande, die lange ein valorisiertes, ja sogar ein übervalorisiertes Einkommen besitzen. Wieso gerade Sie, meine Herren von der sozialdemokratischen Partei, dazukommen, auch diese mit in Schutz zu nehmen, und das taten Sie, als Sie unserem Antrage auf Abbau des Mietengesetzes mit Rücksicht auf das Budget und in den Wechselwirkungen zum Budget nicht zustimmten, das kann ich nicht verstehen. (Aust: „Sie müssen sagen, wie man das technisch durchführen kann!“) Ich stelle fest, daß Sie sich im vorigen Jahre auf die Ausreden bezüglich der Finanzlandesdirektion beschränkt haben, wo sie doch sonst nicht so empfindlich sind und nicht sparsam sind mit den Erklärungen: „Das kann man nicht machen.“ In der Schweiz hat man schon einen großen Schritt nach vorwärts gemacht; dort hat man eine Kompensation zwischen Einkommen und Mietengesetz fixiert. Sie hätten also keine Ursache, unserem Antrage die Zustimmung zu verweigern, weil wir die kleinen Leute auch nicht treffen wollen. (Wallisch: „Greifen Sie auf die Wohnbausteuer, dann wird es schon gehen!“) Wir wollen nur die vielen Hunderttausende im Staate, die lange ein valorisiertes Einkommen haben, nicht weiter auf Kosten des Hausbesitzes und unseres Budgets schmarotzen sehen. (Wolf: „Die beste Lösung hat Wien getroffen!“) Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob das die beste Lösung genannt werden kann, wie sie der Herr Kollege Wallisch entdeckt zu haben glaubte, als er vom Wohnungslosenproblem sprach, indem er das Heil des Landes darin erblickt, daß er erklärte, wir müßten das machen, was Wien macht, das heißt, im Wege der Budgetierung die Mittel hereinzubringen, um Häuser zu bauen, also im Wege neuer Belastungen und Steuern die Mittel zu schaffen, um Häuser bauen zu können. Der Standpunkt ist ja sehr bequem; wir könnten die Erhöhung sowohl der Grundsteuer als auch der Lohn- und Gehaltsabgabe beschließen; wir bekämen dann vielleicht 100 oder auch 200 Milliarden Kronen und das Geld für Neubauten wäre da. Ja, sie könnten damit Wohnungen bauen, sie würden aber damit auch den Bauernstand und einzelne andere Stände zu Grunde richten. Das, was Sie meinen, wäre ganz richtig und schon gedacht, nur ist es eben für unsere Verhältnisse nicht immer zutreffend. Wir haben eben andere

Steuergrundlagen. Wir haben uns oftmals dagegen gewehrt, daß die meisten und größten Industriegesellschaften in Wien ihre Zentralbureaus haben. Wir müssen für die Kinder der Arbeiter, die in diesen Industrien beschäftigt sind, die Schullasten befriedigen; denn die Steuern dieser Unternehmungen, die in Wien ihren Sitz haben, die allgemeine und die besondere Erwerbsteuer, die werden in Wien gezahlt (Aust: „Ist ja nicht wahr!“) und da hat Breitner wohl ein leichtes Spiel, er kann sich in seinem Budget viel leichter bewegen als wir im Lande, weil er ganz andere Steuerquellen erfassen kann. Wir können das Wohnungslosenproblem nicht allein damit lösen, daß wir im Wege budgetärer Mittel die Baukosten für neue Wohnungen aufbringen. Das Wohnungslosenproblem wird sich nur lösen lassen, wenn wir allmählich zum Friedenszustand zurückkehren, denn es muß der Anreiz zum Bauen gegeben sein und das wird dann eintreten, wenn an einem vernünftigen Abbau des Mietengesetzes geschritten werden wird. (Köffler: „Da werden die einen hinausgeworfen und die Wohnungen werden frei!“) Ich bitte, Sie sagen immer, neue Wohnungen unterliegen nicht dem Mietengesetz. Da fehlt erstens das Vertrauen, daß sie wirklich nicht dauernd dem Mietengesetz unterliegen und zweitens werde ich mir nicht eine 300-Kronen-Wohnung, die, sagen wir, 10 oder 20 Millionen kostet, nehmen, wenn ich eine solche um 300.000 Kronen im Jahre haben kann. Ich bin der festen Überzeugung, daß das Wohnungslosenproblem nicht gelöst werden kann, indem man einseitig aus öffentlichen Mitteln Häuser baut. Die gründliche Lösung des Wohnungslosenproblems läßt sich nur durch vernünftigen Abbau des Mietengesetzes durchführen. Ich bitte, Sie vergessen meist eines: die Wohnungslosen — es sind sehr viele Ledige, es handelt sich nicht um Familien — sind dem Wucher der Vermietung, der trotz der Entrechtung des Hausbesitzers herrscht, ausgeliefert. Was verlangt man von einem Untermieter für ein bescheidenes Zimmer oder Kabinett: drei-, vier-, fünfhunderttausend Kronen im Monat (Kandler: „Und mehr!“), ein Vielfaches, was sie für die ganze Wohnung bezahlen! Die Herren von der linken Seite unterstützen damit eigentlich nicht jene Kreise, die sie schützen sollten, sie sollten doch die wirtschaftlich Schwachen nicht neuen Bedrückungen aussetzen. Wir haben Ihnen Vorschläge zur Abhilfe gemacht, denn wir wollen die Armen und Schwachen nicht belasten, aber anderseits finden wir keinen Grund, daß die vielen Tausende Menschen, die über ein Friedenseinkommen verfügen, weiter auf Kosten des Hausbesitzers billige Wohnungen haben sollen. Der Wohnungswucher blüht wie noch nie zuvor, die Wohnungslosen können keine Unterkunft finden und das Wohnungsproblem ist eine ausschließliche Preisfrage. Muß da nicht endlich an einen vernünftigen Abbau des Mietengesetzes geschritten werden? Ich erlaube mir auch auf die Wechselwirkung zwischen Budget und Mietengesetz hinzuweisen. Die Vertreter der Bauernschaft empfinden es als äußerst bedrückend, daß die Abgänge stets aus den Erhöhungen der Grundsteuer gedeckt werden müssen. Wir empfinden es als eine kolossale Ungerechtigkeit, wenn man den Grund-

befähigt dafür zum Leidtragenden macht, indem dieses Gesetz, das als volkswirtschaftlich schädlich anerkannt werden muß, auf dessen Mehrleistungen seine Existenz dokumentiert. Ich meine daher, wenn ich im Interesse meiner Wählerschaft eine Resolution unterbreite, daß ich damit den Wünschen nicht nur der Hausbesitzer sondern auch des Budgets und des Finanzreferenten entspreche. Die Resolution lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen: Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Abbau des Mietengesetzes endlich in die Wege zu leiten.“ (Ingenieur **Wihann**: „Sehr richtig!“)

Nun, meine Damen und Herren, wir haben, wenn wir den Landesvoranschlag durchsehen, eine bedeutende Ausgabenpost, die es verdient, beachtet zu werden. Es betrifft das Schulwesen. Dasselbe ist gewiß die Grundlage unserer Kultur. Auch wir Bauernbündler sehen in der Schule die Basis für die wirtschaftliche Entwicklung, denn auf je höherem Niveau unsere Schule steht, desto eher werden wir unseren Wünschen und Idealen zustreben können, nach Förderung der Produktion und ähnlichem; denn nur vollwertig ausgebildete Bauern und Bauernsöhne sind imstande, der wirtschaftlichen Seite des Bauernberufes den notwendigen Ertrag abzurufen. Die Schulausgabe bildet eine besonders hohe Post im Landesbudget und es muß gesagt werden, daß wir bereit sind, für die Schule alles zu bewilligen, weil die Schule jener Teil des Bildungswesens ist, der die größten Fortschritte bringen kann. Hingegen müssen wir aber auch bedauerlicherweise konstatieren, daß heute das Schulwesen im Lande Steiermark zu einem Politikum gemacht worden ist. Ich bedaure das deshalb sehr, weil wir bisher in den Schulen eine objektive Einrichtung gesehen haben, aber was jetzt geschieht und was in den letzten Jahren geschehen ist, das ist nicht mehr Objektivität und Sachlichkeit, das ist eine Politisierung der Schule, in die sich die beiden größten Parteien des Landtages geteilt haben. Die Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkte, in der Schule in Kapfenberg zum Beispiel darf nur ein sozialdemokratischer Lehrer lehren (**Wallisch**: „Das ist ja Ihr Standpunkt!“), in Grafendorf bei Hartberg muß hinwiederum ein klerikaler Lehrer seine Ausbildung verwerten. Dieses „divide et impera, Teile und Herrsche!“ auf dem Gebiete der Schule muß einst von den schwersten Folgen begleitet sein, weil Sie die Lehrer, die die Charakterbildung der Schüler, der Kinder unseres Volkes in gutem Sinne beeinflussen sollten, zu Heloten und Zeloten degradieren, zu unfreien, ja zu ehrlosen Leuten machen, weil sie deren materielle Interessen und Avancementbedürfnis ausbeuten, weil der Lehrer als Lehrer nicht weiter kommt, weil er, wenn er bloß objektiv ist und am Ende Ihre Gefinnung nicht teilt, den Oberlehrerposten nicht bekommen kann, wenn er die schwarze oder rote Mitgliedschaft nicht nachzuweisen in der Lage ist. Sie entmannen die Lehrerschaft, den Charakter derselben. Was wollen Sie von diesen Lehrern erwarten, die gleich Windmühlen zwischen zwei Mühlsteinen getrieben werden? (**Auft**: „Das trifft nur bei den Christlichsozialen zu!“) Die Wünsche und Beschlüsse der Ortsschulräte werden nicht

berücksichtigt. Die Bezirksschulräte haben nichts zu reden. Es ist gestern erst gesprochen worden von der Autonomie der Gemeinden und Körperschaften. Auch der Ortsschulrat ist eine Körperschaft der Gemeinde und es ist ein starkes Stück, wenn dieses Kleeblatt **Riemelmoser**, **Rückl** und **Röchl** sich erdreistet, Beschlüsse der Ortsschulräte und Bezirksschulräte einfach durch die Abstimmung im Landesschulrate illusorisch zu machen. Ich will nicht Pauschalbeschuldigungen erheben. Ich habe einige sehr interessante Beispiele hier, damit Sie sehen, wie objektiv der Landesschulrat arbeitet, wie er geradezu die Politisierung der Schule fördert, ein Unheil für die ganze künftige Entwicklung unseres Schulwesens. In Labach bei Gleisdorf wurde die Oberlehrerstelle mit dem christlichsozialen Günstling **Hyden** besetzt, der nur 4 Dienstjahre hat, während **Klinger** 15 und **Kossegg** schon 18 hat. Der jüngste, der **Hyden**, wurde ernannt. Bei der Installation **Hydens** ist der Nationalrat **Luttenberger** erschienen und hat gesagt: „Wir können stolz sein, daß es gelungen ist, diesen Mann herzubringen.“ Für Herrn **Riemelmoser**, der ja sonst im Lehrberufe vielleicht tüchtig sein mag (**Riemelmoser**: „Danke für die Anerkennung!“), wäre es doch sehr gut, wenn er in Bezug auf diese Generalstäbler Stadtrat **Rückl** und Landesschulinspektor Dr. **Röchl**, an den ich übrigens mir die öffentliche Anfrage erlaube, ob er seine Amtstätigkeit mit seinem Dienstfeid vereinbarlich findet, sich bemühen würde, auf Berücksichtigung objektiver Antragstellung zu sehen.

Die Oberlehrerstelle in Langenwang kann nicht besetzt werden, weil der Vorschlag beim Landesschulrat „studiert“ wird. Die Christlichsozialen wollen den erst vorgeschlagenen **Tax** ernennen, während die Sozialdemokraten diese Stelle dem Oberlehrer von Koglhof, **Tauschek**, zuschanzen wollen. (**Ruschak**: „Oberlehrer **Tax** kann nicht ernannt werden, weil er in Disziplinaruntersuchung steht!“) Die Stelle kann deshalb nicht besetzt werden, weil **Riemelmoser** den **Tax** und **Wolf** und **Rückl** den **Tauschek** haben wollen.

Ich will gleich reasumierend sagen, daß wir nichts anderes wünschen, als die vollständige Liquidation dieses Systems und wir richten an die maßgebenden Faktoren des Landtages die Bitte und das Ersuchen, diesem Zustande ehestens ein Ende zu machen, wir fordern, daß wieder nach objektiven sachlichen Gesichtspunkten, nach Fähigkeit und Qualität, vorgegangen werde. (Zwischenruf: „Warum reden Sie nichts von **Ferner** und **Kollmann**?“) Die Oberlehrerstelle in Leibnitz wurde dem Christlichsozialen **Omerzu** verliehen, der aus Untersteiermark kam und nicht einmal deutsch sprechen kann. Der weit ältere Mitbewerber **Böhmer**, der 20 Jahre in Leibnitz wirkt und an erster Stelle vorgeschlagen war, wurde mit Hilfe der Sozialdemokraten und Christlichsozialen niedergestimmt. Dafür erhielt der jüngste Bewerber, der Sozialdemokrat **Wilhelmauer**, die Oberlehrerstelle in Scheifling. (Große Unruhe.) Ich habe nur gesagt, das war eine Kompensation. Ich habe nicht untersucht, ob **Auer** unrechtmäßig hingekommen ist. Tat-

sache ist, daß Böhmer, der 20 Dienstjahre hatte, von Ihnen nicht angestellt wurde. (Riemelmoser: „Aber wegen der schlechten Qualifikation!“) Der in Leibnitz übergangene Lehrer Böhmer fiel auch bei der Besetzung der dortigen Oberlehrerinstelle durch, weil für diese Stelle die christlichsoziale Lehrerin Tauber ernannt werden mußte. Ich könnte diese Tabelle noch weiter fortsetzen, denn ich habe ein ganzes Büchel vor mir. Ich habe vor mir einen Protest liegen von 5 Ortschaftsräten des Marktes Leutschach, Ortschaftsrat Leutschach, Gemeinde Ganz, Eichberg und Schloßberg. Diesen Protest zu lesen würde sich lohnen, weil man sieht, daß die Ortschaftsräte zahlen müssen, aber nichts zu reden haben. Wir meinen daher, daß wir damit nicht einverstanden sein können, daß Ortschaftsräte und Bezirkschulräte als öffentliche Körperschaften einfach vergewaltigt werden. Es wäre sehr verlockend, noch auf andere Vorgänge einzugehen, ich möchte aber nur feststellen, daß meine Partei, die Partei der Bauernbündler darauf besteht, daß wieder die alte gutbewährte Form Einzug hält im Schulwesen, daß einzig Fähigkeiten, Qualifikation und Dienstzeit maßgebend sein mögen, und ich möchte insbesondere an den Herrn Landeshauptmann als obersten Hüter und Führer des Landes die dringende Bitte richten, diesem Zustande ein Ende zu bereiten, wenn er nicht will, daß aus jedem Lehrer, weil er sich nicht entschlossen hat, auf eine Oberlehrerstelle zu verzichten, ein Gefinnungslump gemacht werde. (Aust: „Aber nur die Christlichsozialen! Ich bin gut unterrichtet darüber, bei uns ist es gerade umgekehrt!“) Herr Aust, Sie sind nicht unschuldig an dieser Züchtung von Renegaten. Dieser Zustand liegt nicht im Interesse der Schule und wird von schlechten Folgen begleitet sein. (Aust: „Wir werfen jeden hinaus...“)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Aust, Sie haben nicht das Wort! Sie haben sich zum Worte gemeldet und kommen Nachmittag daran. Da haben Sie dann genug Zeit zu reden.

Winkler (fortfahrend): Aus den Verhandlungen im Finanzausschusse ist schon hervorgegangen, daß gerade die Vertreter der Bauern und diese aller Parteien bemüht waren, nicht eine zu starke Belastung in Form der Grundsteuer auskommen zu lassen. Ich möchte mich nicht in Einzelheiten verlieren, sondern will mich nur einmal mit dem ganzen System beschäftigen, und zwar deswegen, weil wir Bauernbündler der Ansicht sind, daß das Steuersystem auf vollkommen falschen Grundlagen aufgebaut ist. Wir müssen konstatieren, daß die Grundsteuer und die neue Erfindung, die Personaleinkommensteuer, die Warenumsatzsteuer, wie die geplante Mehlabgabe, kurzum alle diese Steuern auf dem Katastralreinertrag aufgebaut sind; es ist das einfachste und bequemste für eine derartige Methode der Steuereinzahlung, weil es einfach ist, auf Grund des Grundbesitzbogens festzustellen, was für Steuerertrag sein kann und es ist sicherlich für die Finanz-Landesdirektion außerordentlich bequem, mit dem Katastralreinertrag steuerpolitisch zu manipulieren. Der Katastralreinertrag ist eine ungerechte, eine falsche Grundlage, denn Katastralreinertrag und Einkommen sind zwei verschiedene Begriffe. Es geht nicht

an, daß die ganze Steuerpolitik im Staat und Land aufgebaut ist auf fixen Grenzen, ob sie nun richtig sind oder nicht, ob der Ertrag richtig ist oder nicht, ob das Einkommen mit dem Katastralreinertrag in irgendeinem Verhältnis steht oder nicht. Der Katastralreinertrag kann hoch sein, das Einkommen aber verhältnismäßig nieder. Es darf nur das eintreten, was bei uns in Steiermark öfter eintritt, daß irgend ein Elementarschaden, Dürre, Trockenheit, Rasse oder Hagelschlag erfolgt. Solche Ereignisse drosseln das Einkommen, den Ertrag außerordentlich, obwohl der Katastralreinertrag im Grundbesitzbogen sich sehr schön ausnimmt. Dieser Katastralreinertrag, diese fixe Grenze, hat aber auch noch einen anderen Nachteil. Wir wissen, daß die Großkapitalisten im Staate, die Großindustrie, die Aktiengesellschaften, die Banken es verstehen, ihre Bilanz zu frisieren, für die Steuerbehörden schön zu machen, sie verstehen es, durch künstliche, buchmäßige Maßnahmen ihr Einkommen herabzusetzen. Dieses Frisieren des Einkommens ist dem Bauern nicht möglich, auch dann nicht, wenn er wirklich das Einkommen nicht gehabt hat, weil eben der Katastralreinertrag, diese fixe Grenze, eine falsche und unrichtige Unterlage für die Steuerbemessung und Beratung bildet. Es tritt hier aber auch noch ein zweiter Umstand in Erscheinung, welcher darauf, und das ist der Standpunkt, den wir immer vertreten haben, daß tatsächlich die Produktion des Bauern nicht imstande ist, eine starke Belastung auf sich zu nehmen. Der Unterschied zwischen städtischer, industrieller Produktion und agrarischer Produktion gipfelt darin, daß die Produktion des Landwirtes eine viel zu langwierige ist. Beim Getreide braucht es ein Jahr, um eine Einnahme aus der Arbeit zu erzielen und wir bedürfen bei der Viehzucht mehrerer Jahre; es ist eine langwierige Produktionspraxis, der Umsatz geht zu langsam vonstatten. Daher befindet sich die bäuerliche Bevölkerung stets in Krisen, während die städtische Produktion durch rascheren Umsatz ihrer Erzeugnisse sich leichter anzupassen vermag. Wir müssen vom Standpunkte unserer Partei erklären, daß wir absolut gegen die Grundlage unseres Steuersystems sind und müssen die schärfsten Einsprüche gegen die fixierte Grenze des Katastralreinertrages erheben. Wir sind bereit, nach dem Einkommen unsere Steuer zu bezahlen, aber der Katastralreinertrag kann nicht jene Bemessungsgrundlage sein, als die er heute dient.

Wenn wir das Budget betrachten und die Summe in einzelnen Kapiteln darin, dann finden wir, daß das Land Steiermark in Österreich gewiß nicht an letzter Stelle steht in Bezug auf Aufwendungen für die Landeskultur, aber wir sind doch noch stark im Rückstande. Wir haben uns ja in den letzten Jahren bemüht, mehr für die Förderungszwecke unserer Produktion zu leisten. Was aber die Meliorationen anbelangt, besonders wo es sich um die Tierzüchtungsförderung gehandelt hat, die Förderung des Pflanzenbaues, insbesondere Futterbau, sind außerordentlich bescheidene Mittel zur Verfügung gestanden. Es ist auch interessant, zur Sprache zu bringen, wie eigentlich die Wirtschaftslage im Staate ist und welchen Anteil an derselben die Produktion hat, weil sich ja heute Staat

und Volk in einer Wirtschaftskrise befinden, was aus den letzten Aufschlüssen, den Veröffentlichungen der Handelsbilanz von 1922 auf 1923 sich ergibt. Ich muß feststellen, daß trotz der Stabilisierung der Krone sich unsere Wirtschaftslage seit 1922 bedeutend verschlechtert hat, daß wir nicht in der Lage sind, aus unserer Produktion mehr auszuführen, als notwendig wäre, um die Einfuhr wettzumachen. Die Wirtschaftsbilanz ist stark passiv und die Handelsbilanz ist ja ein Spiegelbild der Wirtschaftslage und wir sind heute bei dem Manko von 1922 so weit gekommen, daß wir um 813 Millionen Goldkronen mehr eingeführt als ausgeführt haben, so daß wir eigentlich in Österreich vielfach für das Ausland roboten müssen. Es war vorauszu sehen, daß der Friedensvertrag von St. Germain, abgesehen von dem politischen Teile des Vertrages, mit seiner wirtschaftlichen Zerstückelung eines großen einheitlichen Wirtschaftsgebietes von den schwersten Folgen begleitet sein mußte und wenn wir die einzelnen Ziffern dieser Handelsbilanz ansehen, so bemerken wir, daß der Landwirtschaft, beziehungsweise der Nahrungsmitelefuhr ein bedeutender Anteil zur Last fällt. An Getreide und Mählprodukten wurden um ungefähr 242 Millionen Goldkronen, an Obst und Gemüse 47, an Schlacht- und Zuchtvieh 96, an Geflügel 7, an tierischen Rohstoffen 31, an Eßwaren, Käse usw. 52, an Fett, speziell Butter, 6, zusammen wurde also um einen Betrag von rund 500 Millionen Goldkronen an landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach Österreich eingeführt. Es gibt viele maßgebende Politiker in Österreich, die auf dem Standpunkte stehen, daß die Agrarwirtschaft in Österreich überhaupt keine Bedeutung mehr hat, sondern daß wir vielmehr dem Industriefaate zustreben und daß das Problem Agrar- oder Industriefaate von selbst zur Lösung kommen werde. Ich möchte mir daher erlauben zu sagen, daß diese Handelsbilanz ziffern von außerordentlicher Bedeutung sind für die Beurteilung auch des Landes Steiermark. Denn seine Bevölkerung steht ja in enger Wechselbeziehung zum ganzen Staate und auch zur Weltwirtschaft und daß es die ernsteste Sorge aller Politiker und aller Faktoren im Staate sein soll, darüber nachzudenken, wie diese Handelsbilanz verbessert werden könne, wie es möglich sein werde, dieses ungeheure Defizit in der Wirtschaftsbilanz zu beseitigen. Wir haben oft gehört, daß es hier zwei Möglichkeiten gäbe, daß entweder die Industrie in die Lage versetzt werde, mehr ihre Produktion und Ausfuhrmöglichkeit zu steigern, oder die zweite Alternative, durch Hebung unserer landwirtschaftlichen Produktion mehr Nahrungs- und Lebensmittel zu erzeugen, um einigermaßen den Koeffizienten für Nahrungsmitelefuhr herabzusetzen. Es wird schließlich auf das hinauskommen, daß wir eine mittlere Linie finden werden, daß der Export der Industrie gesteigert wird, eine Sache, der wir etwas ferner stehen, daß aber andererseits auch die Steigerung der Produktion aus der Flächeneinheit in der Landwirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung sein wird, Grund und Boden, abgesehen von jenen Flächen, die nicht voll ausgenützt sind, um seinen Öbländereien, die allerdings durch Kultivierung und Meliorationen voll produk-

tionsfähig gemacht werden könnten, können wir nicht vermehren und daher bleibt uns nur, den Ertrag der Flächeneinheit zu steigern und da muß ich hier sagen, sind wir von jenem Hemmnis gefesselt, das Abg. Dr. Bauer in seiner schon zitierten Äußerung erklärt hat. Dr. Bauer hat dargetan, daß einerseits das Mietengesetz und andererseits die Zollfreiheit für Lebensmittel ein ausschlaggebender Faktor für die Lebensfähigkeit der Industrie sei. Auch wir sind mit ihm der Meinung, daß die Zollfreiheit für die Landwirtschaft eine bedeutende Rolle spielt, daß die Zollfrage überhaupt bei der Beurteilung der Möglichkeiten, unsere Produktion auf Flächeneinheit zu erhöhen, eine ausschlaggebende Bedeutung haben muß. Die Zollfrage, die Erneuerung des Zolltarifes, oder wie man sie besser bezeichnen muß, die Novellierung desselben, steht im Nationalrat zur Diskussion, beziehungsweise die Bundesregierung hat einen Unterausschuß einsetzen lassen, um darüber zu beraten, wie der neue Zolltarif aussehen solle. Sie wissen, daß wir im Zolltarifgesetz vom 23. Februar 1906 einen ganz ansehnlichen Schutz für agrarische Produkte gegenüber dem Auslande gehabt haben, und zwar für Weizen pro 100 Kilogramm 6-3 Goldkronen Zoll, für Roggen 5-8, Gerste 2-8, Hafer 4-8 und Mais 2-8. Bei Weizen und Roggen hatte dieser Zollschutz von rund 6 Goldkronen, das sind beiläufig 90.000 Kronen pro Meterzentner, schon eine ausschlaggebende Bedeutung (Stametz: „Das war ein Hungerzoll für die Arbeiter!“).

Ich werde mir nun erlauben, darauf zurückzukommen, was Abg. Dr. Bauer in seinem Elaborat behauptet, ob Getreidezölle für die Landwirtschaft, beziehungsweise für die Kleinbauern annehmbar seien oder nicht. Damit werde ich mich noch etwas eingehender beschäftigen, weil dieser Plan, der an und für sich annehmbar erscheint, doch etwas enthält, was uns nicht ohne weiteres so recht gefallen will. Es ist doch ganz natürlich, daß seitens der Landwirtschaft Österreichs mit Energie die Forderung erhoben wird, daß die einseitige Zollfreiheit für die Landwirtschaft aufgehoben wird. Warum wehren wir uns? Wir würden — ich erkläre das ganz ausdrücklich und die Herren von der sozialdemokratischen Partei mögen auch einmal eine solche Erklärung gefälligst zur Kenntnis nehmen — wir würden ohne weiteres eintreten für einen zollfreien Warenaustausch mit dem Auslande, wir sind gar nicht erpicht auf agrarische Hochschutzzölle, aber es geht nicht an, daß Leder-, Zement-, Schuhzölle erhöht werden, daß alle Industriezölle, die schon bestehen und deren bedeutende Erhöhung eine Belassung aller Konsumenten darstellt, weiter bestehen bleiben — und da sind wir auch Konsumenten — ohne daß die Landwirtschaft dabei einigermaßen einen Härteausgleich findet. Verehrte Damen und Herren! Es geht nicht an, daß diese einseitige Zollpolitik, die durch den Krieg hervorgerufen wurde, auch in der Nachkriegszeit ihre dauernde Fortsetzung findet, weil das zu jenen Folgen führen müßte, daß die agrarische Produktion bedeutend sinkt, welche die erste und wichtigste Produktion ist. Wir haben das an der Spitze unseres Parteiprogrammes, wir bekennen uns dazu und wir verlangen nichts anderes, als gerechte Preise

für unsere Produktion. Wir sind keine kapitalistische Produktion, wir haben kein arbeitsloses Einkommen in unserer Wirtschaft, wir haben keine Amortisation, keine Verzinsungsquote für das Kapital, welches in der Landwirtschaft liegt. Was der Bauer einnimmt, ist nichts anderes, als eine andere Form von Lohn-einkommen, ist das Lohn-einkommen seiner Hände Arbeit und wir wollen nichts anderes, als daß dieses Lohn-einkommen der Landwirte eine gerechte Entschädigung findet. Wir wollen, daß durch Beseitigung dieser einseitigen Zollpolitik, auch der Industrie-Hochschutzzölle, wodurch alles für den Landwirt verteuert wird, endlich ein Härteausgleich geschaffen wird. Wir sind bereit dafür einzutreten, wie sich der Herr Doktor Bauer den Idealzustand des zollfreien Warenaustausches vorstellt, weil wir sagen, daß wir dann endlich imstande sind, das was wir für den Konsum brauchen, billiger zu beschaffen. Der Herr Generalkommissär, die Bundesminister, die ganze Presse und die ganze Öffentlichkeit, sie alle schwelgen von dem Schlagwort der Intensivierung der Landwirtschaft. Wenn wir aber intensivieren wollen, wenn wir unsere Düngstoffe besser erfassen und Jauche für den Viehfutter- und Wiesenbau haben wollen, dann müssen wir zementierte Jauchegruben bauen. Und da müssen wir unseren Zement dann zahlen mit dem hohen Zoll der Industrie, da liegt noch ein hoher Aufschlag darauf und da hören wir, daß der Zementzoll noch eine weitere Erhöhung von 2½ Millionen Kronen finden soll. Eine Intensivierung der Landwirtschaft ist unter diesen Verhältnissen unmöglich, weil ich außerdem noch den Nachweis liefern kann, daß wir mit Leihkapital in der Landwirtschaft nicht zu arbeiten vermögen. Der Herr Dr. Bauer hat — diese Frage ist wichtig, weil die sozialdemokratische Kleinbauernbewegung im letzten Jahre einen neuen Antrieb bekommen hat — ausgerechnet, daß den Sozialdemokraten zur politischen Mehrheit noch höchstens 360.000 Stimmen fehlen. Wenn nun die Bürgerlichen 180.000 Stimmen verlieren und die Sozialdemokraten diese 180.000 Stimmen gewinnen, dann werde jedenfalls eine Mehrheit da sein. Und weil die Herren Sozialdemokraten glauben, daß alle anderen Quellen der Erfassung der einzelnen Schichten der Wählerschaft erschöpft sind, deshalb haben die Sozialdemokraten ihre Partei darauf eingestellt, ihre Stimmen aus der Landwirtschaft zu holen. Das ist gar nicht so ungeschickt und es werden daher alle Bestrebungen wieder aufgewärmt, die schon in der Zeit des Krieges so stark mitgespielt haben. Da ist einmal eine eigene Zeitung für die Landwirte erschienen, aber nach 2 Jahren hat sie ihre Tätigkeit wieder eingestellt. Und um nun auf diesem Gebiete der Wählererfassung etwas mehr zu erreichen, um alle diese Stimmen zu gewinnen, da arbeitet die sozialdemokratische Partei mit einem bedeutenden Aufwand an Kapital und Geld, mit einem großen Apparat von Zeitungen, Heftblättern usw., um die Kleinbauern für die sozialdemokratische Idee einer Kleinbauernorganisation zu gewinnen. Und nachdem die Sozialdemokraten daher auch Bauernpolitik machen müssen, beschäftigen sie sich auch mit dem Zoll. Denn es ist natürlich, sie kennen unsern bisherigen Standpunkt, wir lehnen

alle Lebensmittelzölle ab, weil dadurch die Gestehekosten der Industrie und in weiterer Folge die Löhne der Arbeiter verteuert werden und die Industrie weniger exportfähig wird. Deswegen unser bisheriger Standpunkt in der Ablehnung aller Lebensmittelzölle. Nun muß aber den Kleinbauern natürlich gesagt werden: „Ich bitte, wie verhalten wir Kleinbauern uns zu den Zöllen?“ Und der Herr Dr. Bauer, den ich als äußerst geistreich bezeichnen möchte, hat sofort den Ausweg gefunden. Er sagt: „Weil wir Lebensmittelzölle ablehnen, so geht es doch nicht an, die Getreidebauern zugrunde gehen zu lassen.“ Denn wenn er die Getreidebauern ausläßt, müßte der Getreidebau der Gefahr ausgesetzt sein, eine wesentliche Einschränkung zu erfahren. Ich bitte, das ist eine vollständige Umstellung. Sie haben bisher erklärt, die Landwirtschaft braucht einen Zoll nicht. Auf einmal erklärt nun Doktor Bauer: „Es gibt gewisse Gebiete in Ober-, in Niederösterreich, im Burgenland, wo der Getreidebau der Gefahr einer Einschränkung ausgesetzt wäre, wenn wir einfach erklären, es gibt keinen Zollschutz dafür.“ (Zwischenruf: „Nur weiter lesen, was Dr. Bauer sagt!“) Ja, meine Herren, ich komme auf alles noch zu sprechen und Sie werden mir gewiß gestatten, daß ich mich mit diesen Fragen eingehend beschäftige, weil wir nicht sobald wieder Gelegenheit haben werden, uns mit dieser Frage abzugeben. Nun gestatten Sie, daß ich nochmals den Herrn Dr. Bauer anführe. Ich freue mich darüber, daß der Mann, was seine Aufregungen sachlicher Natur anbelangt, Anerkennung findet. (Wallisch: „O welche Gnade!“) Wenn Dr. Bauer erklärt, mit dem bisherigen Standpunkt zu brechen und einfach den Zollschutz schleunigst zu verweigern, so muß ich sagen, der Getreidebauer hält das nicht aus, das geht nicht. Nun sagt Dr. Bauer folgendes, ich habe den „Kleinbauern“ hier und wenn Sie ihn durchschauen, so finden Sie eine Reihe von Artikeln, wo darin steht: „Ja, Bauer, das ist etwas ganz anderes.“ Diese Zölle, die Viehzölle haben für die Kleinbauern gewiß eine Bedeutung, denn das Alpenland ist ein viehzucht-treibendes Land; aber die Kleinbauern haben am Getreidezoll kein Interesse, weil sie Getreide und Mehl und Futter kaufen und in der Beziehung als Konsumenten auftreten. Deshalb sind wir Kleinbauern da strikte Gegner. Denn Österreich ist ein Alpenland und der größte Teil der Kleinbauern sind Gebirgsbauern. Wir haben daher am Getreidezoll sehr wenig Interesse.“ Sie werfen da das alte Schlagwort auf, den Gegensatz zwischen Höndl- und Köndlbauern, das im alten Reichsrate Abg. Panz und Reichsritter v. Hohenblum geprägt haben. Es ist bemerkenswert, daß Sie sich bei Ihrer Kleinbauernorganisation im ganzen Zollproblem der Landwirtschaft gerade den Getreidezoll aussuchen. Bei den Glasarbeitern, die am Glaszoll interessiert sind, die kein Interesse am Schuhzoll haben, weil sie ihre Schuhe billiger kaufen wollen, da spielen sie nicht den Glas- gegen den Schuhzoll aus, obwohl selbstverständlich der Glasarbeiter kein Interesse am Lederzoll haben kann. Das ist bei dem ganzen Zollproblem selbstverständlich, aber bei der Landwirtschaft, da wird jetzt der Gegen-

jaß herausgearbeitet, daß Ihre Gebirgsbauern, Ihre Kleinbauern kein Interesse am Getreidezoll haben. Eine Zollpolitik in der Landwirtschaft läßt sich von diesen Gesichtspunkten aus nicht führen. Denn dann müßten wir uns auch sagen, wir, die wir keine Weinbauern sind, wir haben kein Interesse an einem Weinzoll, wir haben ja unsern Most und sind froh, wenn das Viertel Wein billiger ist. Aber da kommen die Weinbauer und Winzer gerade so in Schwierigkeiten gegenüber den ungarischen Weinen und gegenüber den Auslandsweinen überhaupt. Jedoch davon wird nicht gesprochen, sondern es wird der Getreidezoll als derjenige aufgegriffen, der jetzt auf einmal unpopulär gemacht werden soll. Die Herren haben ja gewiß nicht Unrecht, die Gebirgsbauernschaft hat kein Interesse am Getreidezoll, die Gebirgsbauernschaft, die viehzuchtreibende Bauernschaft hat ein Interesse daran, Mehl und Futtermittel billiger einzukaufen. Aber wenn wir die einzelnen Gruppen und Klassen innerhalb der landwirtschaftlichen Berufe, den Getreidebauer gegen den Viehbauer und den Viehbauer gegen den Weinbauer auspielen, so stiften sie fürchterliches Unheil, weil es dazu kommen muß, daß in der Zollfrage untereinander der Kampf tobt, ohne daß gemeinsam etwas erreicht wird. Dr. Bauer anerkennt, daß der heutige Zustand unhaltbar ist, er erklärt, daß wir nach einem Mittel fassen müssen, um den Schutz Zoll für Getreide zu ersetzen, er schlägt vor ein Getreideeinfuhrmonopol. Er sagt folgendes und es ist notwendig, hier das zu besprechen, weil die Frage von großem Werte und ausschlaggebender Bedeutung ist. „Das Recht, Getreide und Mehl aus dem Auslande einzuführen, steht nur dem Staate zu. Er überträgt das Recht an eine gemeinwirtschaftliche Anstalt, wobei jedoch die Selbstständigkeitsrechte der Hoheitsverwaltung vollständig gewahrt bleiben. Der Handel mit inländischem Getreide bleibt frei, der österreichische Landwirt kann sein Getreide jedem verkaufen, dem er es verkaufen will. Die Monopolanstalt hat das Getreide zu Selbstkostenpreisen den Mählern abzugeben.“ Der Sinn des Ganzen ist der: Dr. Bauer sagt, den Getreidezoll, welcher nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist, lehne ich ab, möchte aber an dessen Stelle ein Getreideeinfuhrmonopol vorschlagen, wonach alles Getreide durch eine Anstalt gemeinwirtschaftlicher Natur verwaltet wird und die hat dann die Preise zu regeln. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Gedanke wäre ja gar nicht so schlecht. Uns Bauern ist es auch ganz gleich, wie diese Härte ausgeglichen wird. (Rufe: „Na, also!“) Sie gestatten uns aber eine Frage. Es fehlt uns nämlich wirklich nach den Erfahrungen, die wir mit den gemeinwirtschaftlichen Anstalten gemacht haben, das Vertrauen. (Zwischenrufe.) Sie entschuldigen, das Vertrauen fehlt uns, da haben wir berechtigte Zweifel, weil wir uns wieder sagen müssen, weiß Gott was für eine neue Bürokratie in Form eines Getreideeinfuhrmonopols entstehen wird. Nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, tut es uns leid, daß wir uns dazu sehr schwer verstehen können. Wenn Sie ein Beispiel aufgezeigt hätten, daß eine solche Anstalt wirklich etwas leistet, wirklich etwas hervorbringt, dann, meine Herren, bin ich gerne bereit, meine Ansicht zu ändern.

Wir sind nicht fanatische Anhänger eines unbedingt agrarischen Zollschatzes, wenn es möglich ist, auf andere Weise einen Ausgleich der Härten herbeizuführen. Ist das möglich, so ist uns das dann ebenso sympathisch, weil unser Standpunkt dahin geht, daß wir verlangen müssen, so sehr wir begreifen, daß die Industrie sich gegenüber der Auslandskonkurrenz schützt, daß auch für die Landwirtschaft eine gerechte Beurteilung ihrer Lage Platz greifen muß. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wollte ich zur Zollfrage sagen, ich wollte nachdrücklich den Standpunkt meiner Partei vertreten, daß wir ein restloses Interesse daran haben, in der Frage des Zolles endlich in Österreich zu einem Ergebnisse zu gelangen. Der heute bestehende Zustand ist unerträglich, muß eine Reform finden, weil es nicht angeht, daß eine derart einseitige Industriezollpolitik uns weiter in die schwierigsten Lagen bringt. Die Regelung der Zollpolitik bildet die Voraussetzung für eine günstigere Handelsbilanz, und ich habe Ihnen hier die Zusammenhänge aufgezeigt, welchen Weg ich für gangbar halte, um die Handelsbilanz zu verbessern. Die Zollfrage ist dazu angehen, hier mitzuhelfen; denn preispolitisch müssen wir nach wie vor darauf sehen, daß gute Arbeit, daß angewendete Arbeitskraft auch den entsprechenden Lohn finden muß. Denn sonst bietet eben die Arbeit nicht mehr den Anreiz, den sie bieten soll.

Sehr wichtig ich auch das, was beispielsweise gestern Herr Wallisch über die Arbeitslosenfürsorge gesagt hat. Er hat darüber gesprochen, daß die produktive Arbeitslosenfürsorge doch mehr in Anspruch genommen werden solle. Er hat das Arbeitslosenproblem so behandelt, indem er meinte, ein Zeichen der Krankheit unseres Staates und unseres Landes sei es, daß 13.000 Arbeitslose im Lande sind. Wir sind eingetreten dafür, daß die produktive Arbeitslosenfürsorge eine entsprechende Durchführung findet, wir sind bisher dafür eingetreten, daß die Arbeitslosen tatsächlich für Investitionsbauten beschäftigt werden mögen. Aber ich muß feststellen, meine sehr Geehrten, daß es geradezu einen unerhörten Leidensweg bedeutet, aus den Mitteln der produktiven Arbeitslosenfürsorge für Investitionen etwas zu erreichen. (Pichler: „Wenn Sie noch nie die Wahrheit gesagt haben, jetzt haben Sie sie gesagt!“) Sehr verbunden, Herr Bürgermeister! Ich meine, daß diese produktive Arbeitslosenfürsorge gewiß die Aufgabe hätte, in Bezug auf die Intensivierungsmaßnahmen in der Landwirtschaft förderlich einzugreifen. Wir verstehen aber nicht, daß Hunderte von Millionen im Lande für weiß Gott welche Zwecke ausgegeben werden, ohne die richtige Bestimmung zu finden. Schauen wir uns ein Beispiel an! Der Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften hat sich eingebildet, aus den Mitteln der produktiven Arbeitslosenfürsorge für den Bau eines großen Lagerhauses in St. Michael Beiträge beanspruchen zu können. Wir haben damals dort ein Lagerhaus bauen wollen, jetzt ist es gebaut und bereits fertig. Wir haben damit den Beweis geliefert, daß wir die Absicht gehabt haben, zu bauen, und zwar haben wir dieses Lagerhaus deshalb gebaut, weil St. Michael im Zentrum des Bahnverkehrs liegt, daher es außerordentlich zweckmäßig

war, dort etwas zu schaffen. In St. Michael ist auch eine große Menge von Arbeitslosen. Wir haben nun, ich weiß es nicht genau, aber so annähernd an die 50 Eingaben gemacht, es sind Abgeordnete aller Parteien in das „soziale“ Ministerium gegangen. Deshalb kann ich mit Recht sagen, es sei ein Leidensweg, ein unerhörter Leidensweg in Ansehung der Schwierigkeiten, die der wirklichen Ausnützung und Verwertung der produktiven Arbeitslosenfürsorge entgegenstehen. So kann man keine Wirtschaft fördern, wenn auf der einen Seite Hunderte von Millionen im Staate für Zwecke der produktiven Arbeitslosenfürsorge gewidmet werden und auf der anderen Seite ein wirklich vernünftiges Gesetz, das ehrlich das Gute will, durch einen ungeheuer komplizierten Apparat, durch Akten-schreiberei, zunichte gemacht wird. (Pichler: „Haben Sie kein Geld gekriegt?“) Ich glaube nicht. Wir haben bei der Gelegenheit auch noch etwas Wichtiges hinzuzufügen. Ich konzentriere meine Ausführungen nun in der letzten Stunde auf das große Wirtschaftsproblem, auf die Beseitigung der Wirtschaftskrise, die in der Handelsbilanz ihren Ausdruck findet, mehr oder weniger vom Standpunkte der Landwirtschaft, wenn ich auch glaube, die anderen Umstände mit zu berücksichtigen. Wir sind der Meinung und wir haben die Überzeugung, daß es gelingen würde, einen bedeutenden Teil der Nahrungsmittelfuhr durch Mehrerzeugnisse im Lande und im Staate hereinzubringen, daß wir imstande wären, durch die Mehrerzeugung von Lebensmitteln die Handelsbilanz, das Defizit der Handelsbilanz, zu verbessern. (Aust: „Wenn die Bauern nicht so konservativ wären!“) Herr Kollege Aust, schauen Sie, Sie fassen das falsch auf. (Aust: „Ich habe nicht gesagt, daß die Bauernbündler es sind!“) Es ist manchmal ganz gut, wenn der Bauer konservativ ist. Wenn die Bauern all das Fachliche, das ihnen seit Jahrzehnten verzapft wird, immer anwenden sollten, ohne entsprechende Versuche anzustellen, dann würden Sie manche schlechte Erfahrung machen. Ich meine wirtschaftlich konservativ ist der Landwirt, es klingt zwar sonderbar, weil er die beste Schulbildung oder, besser gesagt, die beste Fachausbildung hat. Es klingt sonderbar, aber Sie gestatten mir vielleicht, das ganz kurz darzulegen. Er hat deshalb die beste Vorbildung, weil er von Kind auf dem bäuerlichen Handwerke obliegt. Kein anderer Beruf ist imstande, eine derartige Fachausbildung mitzubringen, das dürfen Sie nicht übersehen. Wenn Sie zum Beispiel das Gewerbe ins Auge fassen, was geschieht da? Gewöhnlich wird für einen angehenden Lehrling nach Absolvierung der Volksschule eine Lehrstätte gesucht, dort geht er drei Jahre hin lernen und bekommt dann sein Zeugnis. Der bäuerliche Beruf dagegen wird von Jugend auf erlernt, von Kindheit auf beobachtet er die Natur und lernt ihre Zusammenhänge kennen. Es ist ganz merkwürdig und klingt auch so, daß trotz der vielfach herrschenden Auffassung, daß die Bauern rückständig seien, sie doch die beste Fachausbildung genießen, und unser Bestreben muß daher nur noch sein, dem Landwirt im Wege der bäuerlichen Fortbildung, im Wege des landwirtschaftlichen Schulwesens, der landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen, die Erkenntnis der Zusammen-

hänge beizubringen, dann geht alles von selber. (Aust: „Sie gehen ja nicht in die Fortbildungsschulen. In Seckau sind drei Schüler und fünf Lehrer!“ — Hartleb: „Schauen Sie nur nach Neumarkt!“ — Aust: „Dort ist es nicht besser!“) Ich wollte nur sagen, daß es ganz gut ist, wenn die Bauern in diesen Dingen etwas konservativ sind. Sie meinen natürlich, er wolle nichts Neues. Daher soll vornehmlich unser Bestreben sein, ihm die wirtschaftlichen Vorgänge und Fortschritte zugänglich zu machen, es ihm zu ermöglichen, daß er die Zusammenhänge in der landwirtschaftlichen Produktion erfasse, weil er dann auf Grund seiner praktischen Ausbildung in der Jugend die Anwendung neuer, moderner Mittel nach seinen Grundsätzen sicherlich versuchen wird.

Ich will mir nun erlauben, eine dritte Voraussetzung zu besprechen, und das ist die Frage, die gerade für unser Land von einer überragenden Bedeutung ist, nämlich die Alp- und Weidefrage. (Pichler: „Die Nutzungsrechte überhaupt!“) Wir haben in Steiermark einen großen Teil von kleinen Besitzern, von Bauern, die an einer derartigen Weidearmut leiden, daß sie nicht imstande sind, ihre Viehwirtschaft entsprechend aufrechtzuerhalten, und dieser Mangel hat sonderbarerweise in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte gemacht, obwohl wir wissen, daß in Österreich, besonders in Obersteiermark und im nördlichen Gebiete der Oststeiermark, Hunderte von Hektar Weideflächen sind, die der Produktion nicht zugeführt erscheinen. Diese Frage ist von größter Bedeutung für unser ganzes Land, weil dessen Budget sich wesentlich günstiger stellen würde, wenn wir sehen würden, daß ein Mittel gäbe, ein praktisch ins Werk zu setzendes Mittel, um die Weidefrage in der Steiermark zu lösen. Wir könnten den Viehstand heben, ihn vermehren, wenn wir Sommerweiden für unsere bäuerlichen Betriebe hätten, wenn wir nicht gezwungen wären, auch im Sommer vielfach vom Heimgut das Futter zu verfüttern; wir könnten dann eine bedeutende Streckung des Futters vornehmen, wenn wir durch vier Monate das Vieh auf die Alpe, auf die Weide bringen könnten. Nicht nur für die Gebirgsbauern trifft das zu, wir müssen auch dazu kommen, daß wir den mittelländischen Bauern, den Bauern des flachen Landes, Gelegenheit geben, im Wege des Bahntransportes für eine Ernährung ihres Viehes über den Sommer auf der Alpe zu sorgen, weil dies zum Nutzen, zur Gesundung und der Aufzucht des Viehstandes besser dienen würde. Ich muß leider konstatieren, daß wir in den letzten 20 Jahren Erscheinungen feststellen müssen, die uns ganz contre coeur gehen. Erstens sehen wir eine hypertrophische Bureaukratie in der Auffassung der Forstwirtschaft und daß die forsttechnischen Stellen besonders strenge sind in der Auslegung des Forstgesetzes. Wehe Bauer, wenn du gegen dieses Forstgesetz dich vergehst. Die Strafen sind sofort da. Diese Paragrafenstecherei ist unerträglich, weil sie zum Schaden unserer ganzen Viehzucht und Viehwirtschaft führt. (Zwischenruf Aust.) Wir sind gewiß keine Feinde der Waldwirtschaft. Wir wissen, daß sie als Produktionszweig gerade in der Steiermark eine